

Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: **Jahresprogramm 2010 des Regierungsrates**

Datum: 8. September 2009

Nummer: 2009-254

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links: - [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
 - [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
 - [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
 - [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

Vorlage an den Landrat

Nr. 2009 / 254

Jahresprogramm des Regierungsrates

2010



Kanton Basel-Landschaft
Regierungsrat

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
2. Finanz- und Kirchendirektion	4
3. Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion	20
4. Bau- und Umweltschutzdirektion	42
5. Sicherheitsdirektion	76
6. Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion	88
7. Landeskanzlei	102
8. Entwicklung der Finanzen des Kantons Basel-Landschaft	107
9. Antrag	118
Anhang 1: Laufende Gesetzgebungsarbeiten (Gesetze und Dekrete)	119
Anhang 2: Sich in Vorbereitung und Bearbeitung befindliche Landratsvorlagen	123

Impressum

Verabschiedung

8. September 2009

Inhalt, Redaktion

Finanz- und Kirchendirektion, Generalsekretariat
und Finanzverwaltung
mit Unterstützung der vier anderen Direktionen
und der Landeskanzlei

Gestaltung

vista point, Basel

Fotografie

Thomas Becks, Basel

Druck

Schwabe AG, Muttenz

Titelbild

Das Thema Arbeitsplätze bildet den «optischen Faden»
durch das Jahresprogramm 2010.

1 Einleitung

Wie in der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft (§ 73 Absatz 3) verankert, hält der Regierungsrat die jährlichen Ziele und Massnahmen der Regierung und der Verwaltung im Jahresprogramm fest und legt dieses dem Landrat gleichzeitig mit dem Budget zur Kenntnisnahme vor.

Das vorliegende Jahresprogramm 2010 ist das dritte Programm der laufenden Legislaturperiode 2008 – 2011. Es enthält die kurzfristigen Zielsetzungen und Massnahmen der Verwaltung, gegliedert nach den fünf Direktionen und der Landeskanzlei. Die übergreifenden Legislaturziele und die politischen Schwerpunkte der Regierung sind im Regierungsprogramm 2008 – 2011 festgehalten und publiziert.

Die normale kundenorientierte Verwaltungstätigkeit, also die so genannte Routinearbeit, die aber in der Sache eben keine Routine ist, weil jeder Geschäftsfall eine spezifische Situation beinhaltet, ist nicht Gegenstand des vorliegenden Jahresprogramms. Das Programm zeigt vielmehr diejenigen Massnahmen auf, die im kommenden Jahr zusätzlich zu den eigentlichen Dienstleistungskernbereichen in die Wege geleitet und umgesetzt werden.

Wie schon in den vergangenen Jahren werden verschiedene Projekte und Vorhaben des Jahresprogramms 2010 mit Daten aus dem Budget 2010 ergänzt. Bei den Massnahmen sind wiederum die finanziellen Auswirkungen im Jahr 2010 aufgeführt, sofern es solche gibt. Das Kapitel «Entwicklung der Finanzen des Kantons Basel-Landschaft» enthält detaillierte Informationen zum Finanzplan und zum Investitionsplan. Im Anhang zum Jahresprogramm 2010 informieren wiederum Übersichtstabellen zu den laufenden Gesetzgebungsarbeiten (Gesetze und Dekrete) und zu den sich in Vorbereitung und Bearbeitung befindlichen Landratsvorlagen.

Erläuterung

Programmpunkt:

3.03 Wirtschaft

Strategische Zielsetzung:

Verbesserung der Standortattraktivität

Massnahme:

3.03.01 Revision des Wirtschaftsförderungsgesetzes



FKD: Hier werden die Texte und Zahlen zum Jahresprogramm verdichtet.

2 Finanz- und Kirchendirektion FKD

Adrian Ballmer, Regierungsrat



Der Kanton Basel-Landschaft steht nach wie vor gut da:

- Er konnte in den vergangenen Jahren seine Schulden markant und stetig abbauen;
- Der Kanton verfügt über solide Bonitätsratings – nicht nur von Standard & Poor's. Die Bestnote AAA von Standard & Poor's wurde im Sommer 2009 bestätigt;
- Baselland ist in der Schweiz ein relativ ressourcenstarker Kanton und Nettozahler bei der NFA und
- Das Baselbiet hat eine überdurchschnittlich hohe Standortqualität, was Steuern, Bildung (hochqualifizierte Arbeitskräfte) und Erreichbarkeit anbetrifft.

Das schöne Bild wird von der weltweiten Wirtschaftskrise und den Aussichten für das laufende und das Jahr 2010 getrübt. Die Prognoseinstitute haben die Konjunkturprognosen seit dem 4. Quartal 2008 laufend nach unten korrigiert. Die Wirtschaft befindet sich in einer Rezession. Für das Jahr 2009 wird prognostiziert, dass die Wirtschaftsleistung in der Schweiz weiter schrumpft. Ob im Jahr 2010 wieder eine Konjunkturerholung einsetzt, hängt entscheidend von der Stabilisierung des weltwirtschaftlichen Umfelds ab, was derzeit noch mit sehr grosser Unsicherheit behaftet ist. Zum heutigen Zeitpunkt sind die realwirtschaftlichen Nachwirkungen der Finanzkrise schwer abschätzbar.

Panik und Panikmache sind aber fehl am Platz. Vielmehr sind Ruhe und ein wohl überlegtes Vorgehen gefragt. Der Kanton Basel-Landschaft hat einiges früh angepackt und bereits umgesetzt. Der Regierungsrat hat im Rahmen seiner Strategie zur Stärkung der Standortattraktivität und der nachhaltigen Finanzpolitik in den vergangenen Jahren zahlreiche Massnahmen eingeleitet, die eine positive Wirkung auf den Konjunkturverlauf haben. Die in den vergangenen Jahren vorbereiteten Steuerreformen (Familienbesteuerung, Unternehmenssteuerreform) sind in Kraft gesetzt und führen zu einer jährlichen Entlastung von Unternehmen und privaten Haushalten im Umfang von insgesamt 121 Mio. Franken.

Der Regierungsrat hat zudem bereits mit dem Budget 2009 neben anderem drei Ausgaben beschlossen, welche die Nachfrageseite aktuell positiv unterstützen:

- Der volle Teuerungsausgleich für die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung im Ausmass von 2.6 Prozent;
- Die Anpassung der Prämienverbilligungen an die Steigerungen des Prämienniveaus;
- Die Erhöhung des Investitionsvolumens um 70 Mio. Franken.

Mit dem vorhandenen Eigenkapital kann unter Beachtung der Defizitbremse eine kurze Phase von Haushaltsdefiziten, die insgesamt die Summe von 108 Mio. Franken umfassen dürfen, überbrückt werden. Dank der Bildung von Reserven in den vergangenen Jahren ist ein Investitionsniveau von 200 Mio. Franken (Nettoinvestitionen und Beiträge an Investitionen Dritter) bis auf weiteres verkraftbar. Diese Massnahmen können ebenfalls stabilisierend auf die Konjunktur wirken.

Die Rezession in der Wirtschaft führt rasch zu Mehrausgaben (Sozialkosten) und zu Mindereinnahmen (Steuerausfällen) im Staatshaushalt. Der Finanzplan zeigt, dass sich aufgrund der zahlreichen Automatismen die Schere zwischen Aufwand und Ertrag öffnet. Der Regierungsrat hat finanzpolitische Strategien für die verschiedenen Szenarien der Wirtschaftsentwicklung erarbeitet und eine Stärkung der strategischen Führung des Regierungsrates eingeleitet. Bei den Aufgaben wird noch strikter das Wünschbare vom Notwendigen zu trennen sein, und eine entsprechende Priorisierung und Posteriorisierung der Vorhaben ist unabdingbar. Das Budget und das Jahresprogramm 2010 sind nach diesen Grundsätzen zusammengestellt worden.

Im Rahmen der finanzpolitischen Strategien sind Kriterien zur Priorisierung und Posteriorisierung der Vorhaben festgelegt worden. Bei der Priorisierung von Vorhaben stehen folgende Zielsetzungen im Zentrum: 1. Keine Verstärkung der rezessiven Tendenzen, 2. Die Optimierung der staatlichen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und 3. Die Aufrechterhaltung des geplanten und verstehtigten Investitionsniveaus.

2.01 Finanzwesen

Die Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP) im Jahr 2003 hat den Grundstein für einen strukturell ausgeglichenen Haushalt und den Abbau der Kantonsschuld in den vergangenen Jahren gelegt. Die finanzielle Ausgangslage des Kantons Basel-Landschaft ist nach wie vor solide. Standard & Poor's hat den Kanton Basel-Landschaft auch für das Jahr 2009 mit der Bestnote AAA ausgezeichnet. Allerdings haben sich die finanziellen Perspektiven stark verschlechtert.

Aufgrund des im Jahr 2008 eingetretenen Rückgangs der Wirtschaftsentwicklung und der absehbaren, konjunkturell bedingten Einnahmenschwäche wird der finanzielle Spielraum des Kantons Basel-Landschaft stark eingeengt. Es zeichnet sich ab, dass nicht alles Wünschbare realisiert werden kann. Steuererhöhungen in wirtschaftlich schlechten Zeiten sollen vermieden werden. Die nachhaltige Finanzpolitik soll auch in wirtschaftlich schlechten Zeiten weitergeführt werden, d.h. die Verschuldungszunahme soll begrenzt werden, so dass im Konjunkturaufschwung keine Steuererhöhungen notwendig werden. Damit diese nachhaltige Finanzpolitik weitergeführt werden kann, wird im Rahmen einer strategischen Aufgabenüberprüfung im Finanzplan und im Investitionsprogramm das Notwendige vom Wünschbaren getrennt.

Mit der Implementierung eines neuen ERP-Systems und der Einführung der neuen Rechnungslegung sind wichtige Schritte zur Verbesserung der Führungsinstrumente vollzogen worden. Die Weiterentwicklung der Führungsinstrumente auf der Basis des neuen ERP-Systems wird fortgesetzt, namentlich im Bereich der Prozessoptimierungen, des Controllings, der Haushaltsführung und des Internen Kontrollsystems.

2.01.06 Umsetzung Beteiligungscontrolling

Die Umsetzung der Verordnung zum Beteiligungscontrolling erfolgt schrittweise. Im Jahr 2010 wird die jährliche Berichterstattung aufgebaut, und es werden Eigentümerstrategien formuliert.

Für den Leistungseinkauf, der ebenfalls in den Themenbereich der Beteiligungen gehört, wird eine separate Verordnung erarbeitet.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.05 Mio. Fr.

2.01.08 Weiterentwicklung des Internen Kontrollsystems

In einer 1. Etappe wurden die Anforderungen eines Internen Kontrollsystems auf das ERP-Projekt angewandt. In einer 2. Etappe soll das Interne Kontrollsystem auch in anderen Verwaltungsbereichen weiterentwickelt werden.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.1 Mio. Fr.

Risikopolitik

Aufgrund der Risikokategorisierung wird für den Regierungsrat eine Risikopolitik und ein darauf basierendes Risikomanagement formuliert.

2.01.10 Schliessung der Deckungslücke der Pensionskasse

Die Vorlage zur Schliessung der Deckungslücke der Pensionskasse wird dem Landrat nach der Durchführung des Vernehmlassungsverfahrens zum Beschluss unterbreitet.

2.01.13 Weiterentwicklung des ERP-Systems

Nach der Einführung des neuen ERP-Systems werden die Prozesse im Finanz- und Rechnungswesen weiter optimiert (zum Beispiel Einführung des Belegscannings und der elektronischen Belegarchivierung).

2.01.15 Strategische Aufgabenüberprüfung

Aufgrund der eingetretenen Wirtschaftsentwicklung zeichnen sich Einnahmenausfälle ab, und der finanzielle Spielraum wird in den kommenden Jahren stark reduziert sein. Auf der Basis von Vorgaben für die Aufgabenbereiche wird die Finanzplanung überarbeitet. In einer zweiten Phase werden die Massnahmen zur Erreichung der Zielgrössen konkretisiert.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.1 Mio. Fr.

2.01.16 Weiterentwicklung des Verwaltungscontrolling

Auf der Basis des neuen ERP-Systems sollen die Controllinginstrumente und -prozesse weiterentwickelt werden. Weiter soll die Controllingorganisation gestärkt werden. Die Weiterentwicklung des Verwaltungscontrolling, die unter anderem mit einer Anpassung der Aufgaben der dezentralen und zentralen Controllerdienste einhergeht, benötigt zusätzliche Ressourcen. In einem ersten Schritt wird im zentralen Controllerdienst eine zusätzliche Stelle geschaffen.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.1 Mio. Fr.

2.01.17 Krankenkassenprämienverbilligung

Anpassung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung an die zu erwartenden Änderungen des Bundesgesetzes in den Bereichen Zahlungsverzug, Leistungssistierung und Auszahlung der Verbilligung an die Versicherer.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Noch nicht exakt quantifizierbar

2.01.18 Optimierung der Planungsinstrumente und des Berichtswesens

Auf die neue Legislaturperiode 2012 – 2015 hin sollen die Planungsinstrumente (Grundsatzpapier «Auf lange Sicht», Regierungsprogramm, Jahresprogramm, Budget) und das Berichtswesen (Rechenschaftsbericht zum Regierungsprogramm, Amtsbericht, Staatsrechnung) breiter abgestützt und optimiert werden. Einerseits sollen die Planungsinstrumente vermehrt strategisch ausgerichtet werden. Andererseits sollen das Budget und das Jahresprogramm sowie die Rechnung und der Amtsbericht zusammengeführt werden.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.1 Mio. Fr.

2.02 Interkantonale Zusammenarbeit (Partnerschaftsverhandlungen BL / BS)

Die interkantonale Zusammenarbeit zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft soll anhand einheitlicher Vorgaben vermehrt standardisiert werden. Die Regierungen von Basel-Stadt und Basel-Landschaft haben zu diesem Zweck eine Verhandlungsplattform etabliert und mehrere Teilprojekte gestartet.

2.02.01 Standardisierung / Systematisierung der interkantonalen Zusammenarbeit (Partnerschaftsverhandlungen BL / BS)

Zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der interkantonalen Zusammenarbeit sollen die erarbeiteten Leitlinien, wie die Standards BL / BS, das Handbuch zur Zusammenlegung von Dienststellen und die Vorgaben für den Leistungseinkauf, in allen relevanten Einzeldossiers angewendet werden.

2.02.02 Verhandlungen in Einzeldossiers (Partnerschaftsverhandlungen BL / BS)

Im Jahr 2010 finden unter dem Dach der Partnerschaftsverhandlungen schwerpunktmässig Verhandlungen zu den Universitätsneubauten statt.

2.02.03 Bericht zur regionalen Zusammenarbeit (Interkantonale Zusammenarbeit)

Bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode soll ein neuer Bericht zur regionalen Zusammenarbeit erstellt werden. Unter anderem sollen die in der Landratsvorlage Nr. 2003 / 277 skizzierten Thesen anhand der in der Zwischenzeit erzielten Resultate überprüft und allenfalls aktualisiert werden.

2.03 Sozialwesen

Die Finanz- und Kirchendirektion hat dem Regierungsrat bis Mitte 2010 Bericht über die Wirksamkeitsprüfung der Eingliederungsmassnahmen gemäss Sozialhilfegesetz zu erstatten und die gebotenen Anträge in Form einer Landratsvorlage zu stellen.

Aufgrund einer Anpassung der Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) im Bereich der Verwandtenunterstützung – Anhebung der Limiten der notwendigen guten wirtschaftlichen Verhältnisse – soll die Sozialhilfeverordnung nach der Vernehmlassung in den Gemeinden angepasst werden.

Die Schulungen hinsichtlich Neuerungen im Sozialhilfewesen sowie spezifische Aus- und Fortbildungsseminare als einzelne Module bilden auch im Jahr 2010 einen Schwerpunkt im Bereich der Sozialhilfe.

Die jährlich erscheinende Sozialhilfestatistik wird in enger Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt ausgearbeitet und einem breiten Publikum zur Verfügung gestellt.

Im Bereich der Interinstitutionellen Zusammenarbeit, kurz IIZ, die aus drei Projektgruppen besteht, werden die bestehenden Zielsetzungen auch im Jahr 2010 schwergewichtig weiterverfolgt.

2.03.01 Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen

Die §§ 16 und 19 des Sozialhilfegesetzes regeln die Angebote zur Förderung der beruflichen Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen bzw. die Lohnkostenbeiträge an Arbeitgebende, die leistungsreduzierte, unterstützungsberechtigte Personen anstellen. Sie gelten nur bis 2013 und sind während dieser Dauer auf ihre Wirksamkeit hin zu prüfen. § 52 des Sozialhilfegesetzes legt die Evaluation der Bestimmungen über die Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen fest. Die Finanz- und Kirchendirektion hat dem Regierungsrat gemäss RRB Nr. 0882 vom 17. Juni 2008 bis Mitte 2010 Bericht über die Wirksamkeitsprüfung zu erstatten und die gebotenen Anträge in Form einer Landratsvorlage zu stellen.

2.03.02 Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ)

Die Gesamtleitung des Steuerungsausschusses liegt beim Vorsteher des Kantonalen Sozialamtes (KSA).

- Projekt «IIZ-klassisch»
Verantwortungsbereich KSA: Durch gemeinsame Veranstaltungen aller Organisationen im Sommer 2010 und die Fixierung der Prozessabläufe wird die Durchdringung weitergeführt. Im Jahr 2010 geht es insbesondere um die Schnittstellen mit der Berufswegbereitung.
 - Für das Projekt «Jugendliche Erwerbslose» liegt die Federführung bei der BKSD.
 - Für das Projekt «MAMAC» bleibt die Federführung bei der IV.
-

2.03.05 Spezifische Schulungen für Behördenmitglieder

Schulungsangebote zur Aus- und Fortbildung werden in Form von drei Modulen zu spezifischen Themen ausgearbeitet. Diese Angebote erfolgen zusammen mit dem Verband für Sozialhilfe Basel-Landschaft (VSO). Inhalte der Module, die aufgrund der in den letzten Jahren gesammelten Erfahrungen an die Bedürfnisse der Adressaten angepasst werden, sind:

- Subsidiaritäten
- Rechtliches
- Berechnungsbeispiele aus der Praxis.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

2.03.06 Kantonale Sozialhilfestatistik

Die Sozialhilfestatistik des Kantons Basel-Landschaft – ein gemeinsames Produkt des Kantonalen Sozialamtes und des Statistischen Amtes – erscheint einmal pro Jahr. Sämtliche der Sozialhilfestatistik zugrunde liegenden Daten werden vom Kantonalen Sozialamt in den Gemeinden erhoben (siehe dazu § 43 des Sozialhilfegesetzes).

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

2.03.07 Handbuch Sozialhilferecht Basel-Landschaft

Das Handbuch Sozialhilferecht gewährleistet eine einheitliche Anwendung des Sozialhilferechts im Kanton Basel-Landschaft und hat zu einer grossen Rechtssicherheit geführt. Auch das Kantonsgericht Basel-Landschaft berücksichtigt in seinen Entscheiden das Handbuch Sozialhilferecht.

Das KSA überprüft laufend das Handbuch Sozialhilferecht und aktualisiert und ergänzt allfällige Beiträge, die sich durch die politische Meinungsbildung (Gesetze und Verordnungen) ergeben oder einem Bedürfnis der Praxis entsprechen, in Zusammenarbeit mit der vom Regierungsrat eingesetzten Konsultativkommission Sozialhilfe (KKSH).

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

2.03.08 Leistungsaufträge 2010

Abschluss der internen Strukturveränderungen Koorasyl / KSA im Jahr 2009, entsprechende Anpassung der Pflichtenhefte und der Leistungsaufträge im Jahr 2010.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

2.03.11 Rechtssicherheit

Rechtsgutachten / Beratung der Gemeinden: Die rechtlichen Stellungnahmen an die Gemeinden im Bereich Sozialhilfe bei den immer komplexer werdenden Einzelfällen stellt eine Kernaufgabe der Aufsicht im Bereich der Sozialhilfe dar und trägt zur einheitlichen Anwendung des Sozialhilferechts und zur Gewährleistung der Rechtssicherheit entscheidend bei. Jährlich werden über 300 solcher rechtlicher Stellungnahmen erstellt. Ziel ist die Beantwortung der Anfragen innert Wochenfrist.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

Beschwerdewesen: Die Instruktion des Regierungsrates für Beschwerden im Bereich der Sozialhilfe ist die Kernaufgabe des Rechtsdienstes des Kantonalen Sozialamtes. Jährlich werden rund 55 Beschwerden bearbeitet. Im Internet werden zudem laufend Beispiele aus der Praxis betreffend die Abhandlung von Beschwerden in anonymisierter Weise publiziert. Ziel ist die Instruktion zuhänden des Regierungsrates innert drei Monaten seit Aktenschluss.

2.03.12 Überwachung der bei der Sozialhilfe verbleibenden Fälle im Bereich der Pflegekinder

Gemäss § 31 Absatz 3 Buchstabe a bis SHG ist der Kanton Basel-Landschaft Kostenträger für die trotz Entkoppelung der Jugendhilfe von der Sozialhilfe in der Sozialhilfe verbleibenden Einzelfälle von Unterbringungen von Kindern und Jugendlichen. Ziel ist die Sicherstellung der gesetzeskonformen Abwicklung dieser Fälle in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und anderen Kantonen.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

2.03.14 Heimaufsicht

Gemäss Sozialhilfegesetz ist das KSA für die Aufsicht von zwei Obdachlosenheimen (Wohnheim für Frauen und Mütter mit Kindern in Not Amans-Madeux-Stiftung / Allschwil, Wohnheim «Die Brücke» der Heilsarmee / Liestal) zuständig. Im Jahr 2010 ist die Überprüfung und die entsprechende Bewilligungsverfügung für das Wohnheim für Frauen und Mütter mit Kindern in Not Amans-Madeux-Stiftung / Allschwil fällig.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

2.03.16 Kostenvoranschläge Zahnbehandlungen (§ 14 SHV)

Die Klienten haben für Unterstützungen an die Aufwendungen für schmerzstillende Zahnbehandlungen und Zahnsanierungen der Sozialhilfebehörde einen Kostenvoranschlag einzureichen. Neu bestimmen die Finanz- und Kirchendirektion und die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion gemeinsam die für die Sozialhilfebehörden zuständigen zahnärztlichen Personen aus dem Kreis der im Kanton praktizierenden Zahnärztinnen und Zahnärzte.

Die Sozialhilfebehörde reicht den Kostenvoranschlag der zuständigen zahnärztlichen Person zur Plausibilitätsprüfung ein. Diese erstattet der Sozialhilfebehörde unentgeltlich Bericht. Die Sozialhilfebehörde kann von der Gesuch stellenden Person eine Überprüfung des Kostenvoranschlags durch den Vertrauenszahnarzt verlangen.

Jährlich werden vom kantonszahnärztlichen Dienst rund 800 Plausibilitätsprüfungen nach § 14 SHV durchgeführt. Rund 40 Prozent der beantragten Kosten werden abgelehnt oder durch kostengünstigere Behandlungen ersetzt. Ziel ist die Sicherstellung gesetzeskonformer Zahnbehandlungen.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.076 Mio. Fr.

2.03.17 Wegkauf des Leistungsaufschubes gemäss EG KVG

Die Sozialhilfebehörden, die gemäss § 6b EG KVG die Leistungsaufschübe der Krankenversicherer weggekauft haben, haben ihr Gesuch um Vergütung der Kosten an das Kantonale Sozialamt zu richten, nicht direkt an die Sozialversicherungsanstalt bzw. die Ausgleichskasse. Das Kantonale Sozialamt überprüft die Gesuche und leitet diese an die Ausgleichskasse weiter. Die Ausgleichskasse vergütet daraufhin den Sozialhilfebehörden ihren Anteil nicht bezahlter Prämien am Wegkauf sowie die Verzugszinsen. Ziel ist die Sicherstellung einer gesetzeskonformen Abwicklung.

Im Bereich des Wegkaufes des Leistungsaufschubes kann es aufgrund einer Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) eine Systemänderung geben. Eine Arbeitsgruppe wurde bereits eingesetzt.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

2.03.18 Verwandtenunterstützung und Rückerstattung

Das Kantonale Sozialamt vollzieht die Bestimmungen über die Rückerstattung von Unterstützungen aufgrund wirtschaftlicher Verhältnisse sowie die Bestimmungen über die Verwandtenunterstützung.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

2.04 Asylwesen

Für das Jahr 2008 prognostizierte der Bund ursprünglich 10 000 neue Asylgesuche. Bereits im 2. Quartal des Jahres 2008 zeichnete sich ein starker Anstieg der Neuzuweisungen ab. Die Zahl der neuen Asylgesuche hat dann auch auf rund 16 000 im Jahr 2008 zugenommen. Dieser Trend zeigt sich auch in der Prognose für 2009 mit gut 17 000 neuen Gesuchen. Davon muss der Kanton 3.7 Prozent übernehmen. Für das Jahr 2010 muss in der Planung von der gleich grossen Anzahl ausgegangen werden. Das heisst in Bezug auf die Zuweisungen – nicht zuletzt auch bedingt durch die verschiedenen Strukturen im Wohnbereich der Gemeinden –:

1. Weiterführung des flächendeckenden, direkten Zuweisungskonzeptes auf die Gemeinden (§ 2 kAV). Die Gemeinden werden bei der Realisierung von Partnerschaften untereinander weiterhin aktiv vom Kanton unterstützt.
2. Weiterführung der Entlastungsunterkunft durch den Kanton.

Einhaltung der rechtlichen Grundlagen für die verschiedenen Kategorien gemäss § 1 kAV:

- a. Asylsuchende mit Ausweis N,
- b. vorläufig Aufgenommene mit Ausweis F,
- c. Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung mit Ausweis S,
- d. Personen mit einer rechtskräftigen Wegweisungsverfügung (Stopp),
- e. Personen, deren Asylverfahren mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid abgeschlossen worden ist (NEE).

2.04.02 Steuerung der Finanzierung des Asylwesens

Controlling in allen Bereichen der Asylfinanzierung. Insbesondere sind die Bundesvergütungen, die Vergütungen an die Gemeinden und die Kostenentwicklung im Gesundheitsbereich im Hinblick auf eine Sicherstellung der Kostenneutralität bei Personen aus dem klassischen Asylbereich, mit Ausweis N (§ 1 lit. a kAV) und mit Ausweis F (§ 1 lit. b kAV, weniger als sieben Jahre in der Schweiz) zu überprüfen.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

2.04.03 Sozialhilfestopp und Nichteintretensentscheide (NEE)

Rasche Umsetzung des Ausschlusses von der Sozialhilfe gemäss Bundesgesetz. Durchsetzung der konsequenten Umsetzung der kantonalen Asylverordnung auf Gemeindeebene. Aufgrund der praktischen Erfahrungen aus den beiden Vorjahren wurden die zu erwartenden Zahlen entsprechend nach unten angepasst.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.4 Mio. Fr.

2.04.05 Schulungen

Bedarfsorientierte Schulungen: Gemäss den Anforderungen aus den Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit den Gemeinden.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

2.04.07 Vorläufig Aufgenommene

Durchsetzung der Anordnung von Integrationsmassnahmen für Personen mit einer vorläufigen Aufnahme. Vergütung von 100 Prozent der Kosten an die Gemeinden. Gemäss den bisherigen Erfahrungen und den hochgerechneten Zahlen für das Jahr 2010 ist eine ausgeglichene Rechnung zu erwarten.

Zielsetzung: Sensibilisierung der Gemeinden.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

2.05 Gemeindewesen

Das Gemeinderechnungswesen der Baselbieter Einwohner- und Bürgergemeinden wird an das Modell HRM 2 angepasst.

2.05.03 Teilrevision des Gemeindegesetzes

Die Teilrevision wird nötig aufgrund der überwiesenen Motion Straumann (2007 / 313) betreffend Änderung von § 98 Gemeindegesetz, Rechnungsprüfungskommission. Zudem ergeben sich eine Reihe kleinerer Änderungen aus der Anwendungspraxis. Die Vorlage wird in der 2. Jahreshälfte 2010 in die Vernehmlassung geschickt werden.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

2.05.04 Teilrevision der Gemeindefinanzverordnung

Die Teilrevision führt das revidierte, harmonisierte Rechnungswesen (HRM2) im Gemeinderechnungswesen ein. Der Änderungsentwurf wird in der 2. Jahreshälfte 2010 in die Anhörung bei den Gemeinden geschickt werden.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

2.05.05 Gesetz über die Elementarschadenprävention bei Gebäuden

Das neue Gesetz verlangt bei Neu- oder Umbauten bauliche Schutzmassnahmen gegen Naturgefahren. Es basiert auf den Naturgefahrenkarten und erfolgt im Nachgang zur Hochwasserkatastrophe in Laufen von 2007. Die Vorlage wird Anfang 2010 dem Landrat zur Beschlussfassung zugeleitet werden.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

2.05.06 Totalrevision des Feuerschutzgesetzes

Das bald 30jährige Gesetz muss grundlegend überarbeitet und an die heutigen Verhältnisse sowie an neue Aufgaben (zum Beispiel Unfallrettung) angepasst werden. Die Vorlage wird 2010 in einer Arbeitsgruppe erarbeitet werden.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

2.07 Steuerwesen

Die seit mehreren Jahren anhaltenden Bemühungen zur Attraktivitätssteigerung des Wohn- und des Wirtschaftsstandortes Basel-Landschaft sollen aus steuerlicher Sicht fortgesetzt werden. Daher ist einerseits die im Jahr 2009 verabschiedete Unternehmenssteuerreform II in ersten Teilen zur nochmaligen Entlastung der Baselbieter Wirtschaft umzusetzen. Andererseits ist die Reform der Einkommens- und Vermögensbesteuerung zur Behebung weiterer Schwachstellen bei der Besteuerung natürlicher Personen abzuschliessen.

Zur Vereinfachung der Abläufe und der Schaffung klarer, für den Steuerkunden transparenter Zuständigkeiten sollen das Inkasso und die Veranlagung der Spezialsteuern von den Bezirksschreibereien auf die kantonale Steuerverwaltung übertragen werden.

Die kantonale Steuerverwaltung soll durch den Bezug des ehemaligen Gebäudes der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung (BGV) auf weniger Standorte konzentriert werden und somit durch die Nutzung von Synergien sowie durch die Anpassung der Organisation und der Prozesse ihre Dienstleistungen noch kundenfreundlicher anbieten können. Im Sinne der Kundenfreundlichkeit und als Innovation soll zudem die elektronische Rechnung eingeführt werden.

2.07.16 Unternehmenssteuerreform II

Umsetzung des ersten Teils der im Jahr 2009 beschlossenen Unternehmenssteuerreform II. Darunter fallen insbesondere die Anrechnung der Gewinn- an die Kapitalsteuer, die Ersatzbeschaffung bei der Handänderungssteuer und die Bewertung des beweglichen Geschäftsvermögens zum Buchwert.

Inkraftsetzung des ersten Teils per 1. Januar 2010 (zweiter Teil per 1. Januar 2011).

Finanzielle Auswirkungen
2010: -7 Mio. Fr.

2.07.17 Revision der Vermögens- und Einkommenssteuer

Verabschiedung der Reform zur wettbewerbsfähigen Ausgestaltung der Vermögens- und Einkommensbesteuerung unter Einbezug der kantonalen Vermögenssteuerwerte für Liegenschaften und Wertpapiere sowie unter Berücksichtigung notwendiger Anpassungen bei der Besteuerung mittlerer und hoher Einkommen.

Vernehmlassungsverfahren und Verabschiedung der Landratsvorlage im 1. Semester 2010.

Finanzielle Auswirkungen
2010: ertragswirksam
frühestens ab 2011

2.07.22 Veranlagung und Inkasso Spezialsteuern

Bereinigung der zahlreichen Schnittstellen und der zwischen den Bezirksschreibereien und der kantonalen Steuerverwaltung aufgeteilten Verantwortung bei der Veranlagung und dem Bezug der Spezialsteuern (Handänderungs-, Grundstückgewinn-, Erbschafts- und Schenkungssteuern), mit hoher Dringlichkeit für die Bezirksschreibereien wegen des ERP-Projektes (Einführung von SAP).

Übernahme Inkasso ab 1. Januar 2010; **Übernahme Veranlagung** nach Anpassung der gesetzlichen Grundlagen.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Synergien nicht
bezahlbar

2.07.23 Bezug des ehemaligen Gebäudes der BGV

Unterstützung bei der Planung und der Erstellung der Bezugsbereitschaft des BGV-Gebäudes mit dem Ziel, Organisation und Prozesse so zu optimieren, dass die Dienstleistungen der Steuerverwaltung noch kundenbezogener angeboten werden können.

Bezug des BGV-Gebäudes im 1. Semester 2010.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

2.07.24 Einführung der E-Rechnung

Einführung von EBPP (Electronic Bill Presentment and Payment) mit dem Ziel, den Kunden auf Wunsch Steuerveranlagung und -rechnung elektronisch in ihrem E-Banking-Portal zur Verfügung stellen zu können.

Einführung ab 2. Semester 2010.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

2.08 Statistik

Das Kantonale Personenregister (ehemals KANADA) ist ein strategisches Projekt zwischen den Gemeinden und der kantonalen Verwaltung. Übergeordnete Ziele sind die verwaltungsweite Koordination des Bereiches Personendaten (Gemeinden, kantonale Verwaltung, öffentlich-rechtliche Anstalten, Bund) und die Verbesserung des Service public für die Bürgerinnen und Bürger.

Die Einwohnerregister der Gemeinden sind im Hinblick auf die Volkszählung 2010 zu harmonisieren. Die Volkszählung 2010 soll im Kanton fristgerecht per Stichtag 31. Dezember 2010 durchgeführt werden können.

Weiterentwicklung des Web-Portals www.statistik.bl.ch. Die Web-basierte dynamische Datenauswertung wird auf weitere statistische Fachgebiete ausgedehnt.

Umsetzung der Revision der Gesundheitsstatistiken (insbesondere Krankenhausstatistik und Medizinische Statistik) aufgrund der revidierten Bundeskonzepte.

Im Rahmen des periodischen Bildungsmonitoring der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion erstellt das Statistische Amt den Statistikbericht.

Aufgrund der SAP-Einführung im Rahmen des ERP-Systems werden sämtliche Datenschnittstellen für die Staatsfinanzstatistik sowie die Personal- und Beschäftigtenstatistiken neu erstellt.

2.08.04 Weiterentwicklung des Web-Portals

Das Web-Portal www.statistik.bl.ch wird von den interessierten Datennutzer/innen stark frequentiert. Die Web-basierte dynamische Datenauswertung wird auf weitere statistische Fachgebiete ausgedehnt (zum Beispiel Baustatistik). Das Web-Portal des Statistischen Amtes wird zudem als Plattform für den Datenzugriff von Themenbereichen aus anderen Direktionen zur Verfügung gestellt (zum Beispiel Bau- und Umweltschutzdirektion: Nachhaltigkeitsindikatoren, Umweltindikatoren).

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

2.08.06 Kantonales Personenregister (ehemals KANADA)

Ab Beginn 2010 steht das Kantonale Personenregister (ehemals KANADA) für die Statistikfunktionalitäten bereit. Es folgen schrittweise die Datenmigration aus den Einwohnerkontrollen der Gemeinden und die Gesamttests für die Statistikfunktionalität im Hinblick auf die Kantonale Bevölkerungsstatistik und die Volkszählung 2010. Der 31. Dezember 2010 ist der Stichtag für die Datenlieferung «Volkszählung 2010» an das Bundesamt für Statistik. In der zweiten Jahreshälfte 2010 beginnt zusätzlich die Bereitstellung und die partielle Inbetriebsetzung des Kantonalen Personenregisters für die Verwaltungsfunktionalität, d.h. für den Anschluss der Nutzersysteme (Gemeinden und erste Dienststellen wie Steuerverwaltung, Grundbuch, Motorfahrzeugkontrolle, Polizei). Die volle Verwaltungsfunktionalität des Kantonalen Personenregisters wird im Folgejahr erreicht.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.6 Mio. Fr.

2.08.09 Volkszählung 2010

Die Einwohnerregister der Gemeinden sind im Hinblick auf die Volkszählung 2010 gemäss dem Merkmalskatalog des Registerharmonisierungsgesetzes des Bundes (RHG) anzupassen. Die Einwohnerregister werden unter anderem mit dem eidg. Gebäudeidentifikator (EGID) und dem Wohnungsidentifikator (EWID) ergänzt. Dabei dient der so genannte EWID der Haushaltsbildung. Die Gemeinden werden in ihren Arbeiten fachlich durch den Kanton beraten und unterstützt. Daneben überwacht der Kanton den Projektfortschritt und die Datenvalidierung im Hinblick auf eine fristgerechte Durchführung der Volkszählung 2010.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

2.08.12 Anpassungen bei den Gesundheitsstatistiken

Die Gesundheitsstatistiken des Bundes werden aufgrund der 2. KVG-Revision mit der Neuregelung der Spitalfinanzierung von der Tages- zur Fallpauschale revidiert. Dies bedingt sowohl für die Spitäler als auch für den Kanton (Statistisches Amt) grundlegende Änderungen an den EDV-Systemen und an den Datenschnittstellen. Von den Anpassungen betroffen sind insbesondere die Krankenhausstatistik und die Medizinische Statistik.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

2.08.13 Bildungsmonitoring

Im Rahmen des periodischen Bildungsmonitoring 2011 der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion erstellt das Statistische Amt einen Statistikbericht mit den statistischen Portraits zu den verschiedenen Schularten. Im Gegensatz zur Ausgabe 2007 erscheinen die statistischen Portraits in kompakter Form in einer separat herausgegebenen Broschüre. Die Arbeiten am Statistikbericht fallen im Jahr 2010 an.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

2.08.14 Ablösung der Datenschnittstellen aufgrund des ERP-Systems

Sämtliche bestehenden Datenschnittstellen aus dem bisherigen Personal- und Lohnverwaltungssystem HR Access werden durch SAP-Schnittstellen aus dem neu eingeführten ERP-System abgelöst. Die betroffenen kantonalen bzw. Bundesstatistiken sind: Staatsfinanzstatistik, Statistik der Bildungsausgaben- und -kosten, Personalstatistik, Betriebszählung, vierteljährliche Beschäftigungsstatistik, Lehrkräftestatistik, Lohnstrukturerhebung. Anpassungen bei der Lehrkräftestatistik ergeben sich zusätzlich aufgrund der Revision des Bundes (neu: Statistik des Schulpersonals).

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

2.09 Personalwesen

Die Weiterführung des Aufbaus und des Betriebs eines effizienten und effektiven Personalmanagements in der gesamten kantonalen Verwaltung soll durch eine konsistente Weiterentwicklung der Strategie in Bezug auf die Anwendung von modernen Personalführungs- und controllinginstrumenten sowie durch die praktische Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben zur Personalpolitik sichergestellt werden.

Weiterführung der laufenden Umsetzungen von strategischen Personalmanagement-Projekten (Personalentwicklung, Personalmarketing, Personalcontrolling, Anpassung Lohnsystem, etc.).

2.09.01 ERP-System (Personalwesen)

Inbetriebnahme und betriebliche Optimierung des ERP-Systems Personalwesen / HRM (Human Resource Management) für das integrierte Personalmanagement basierend auf den Rahmenbedingungen der Personalstrategie und der daraus abgeleiteten operativen und einheitlichen Personalprozesse.

2.09.02 Honorierungssystem

- Schaffung der Rahmenbedingungen für eine effiziente Arbeitsweise der Bewertungskommission (Schulung, Information, Organisation).
- Erneuerung, Überarbeitung und Bewertung der wichtigen Referenzfunktionen (Modellumschreibungen) im Bildungs- und Gesundheitsbereich.
- Schulungsangebote für die dezentralen Personaldienste zur Förderung der einheitlichen und wirksamen Anwendung des Honorierungssystems.
- Erarbeitung und Begleitung einer Regierungs- und Landratsvorlage für notwendige Anpassungen des Personaldekrets im Bereich des Honorierungssystems.

2.09.03 Personalcontrolling

Mit der Einführung des ERP-Systems erfolgt die Weiterentwicklung des Personalcontrollingkonzeptes. Neben einem HR-Cockpit mit den wichtigsten HR-Kennzahlen erfolgt der Aufbau des Qualitätscontrollings mit Fokus auf die Umsetzung und die Entwicklung personalstrategischer Massnahmen und Elemente.

2.09.04 Personalentwicklung

1. Weiterentwicklung der Konzepte «48 – 50 + / Diversity / Förderung von Mitarbeitenden mit Betreuungsaufgaben» und «Führung und weitere Laufbahnen».
2. Weiterentwicklung des Berufsbildungskonzeptes der kantonalen Verwaltung BL.
3. Entwicklungsziele 2010 auf der Basis der Bildungsbedarfsanalyse:
 - Führungskräfte
 - Positives Präsentieren der kantonalen Verwaltung nach Innen und Aussen sowie Serviceorientierung fördern und optimieren.
 - Strukturelle und rechtliche Veränderungen gewinnbringend in Kooperation aller Beteiligten planen und steuern.
 - Strategieorientierte Führung und wertschätzende Mitarbeitendenführung in den unterschiedlichen Führungsrollen.
 - Persönlichkeitsentwicklung und persönliches Ressourcenmanagement.
 - Vorbildliches Verhalten im positiven Denken und Kommunizieren sowie Äussern von notwendiger Kritik.
 - Mitarbeitende:
 - Termingerechte Zielerreichung.
 - Ziel- und prozessorientiertes Denken und Planen.
 - Selbstverantwortliches Lösen von Konflikten und schwierigen Situationen.
 - Konzentration aufs Wesentliche, Filtern von wichtigen Informationen und Einsetzen von adäquaten Informationsmitteln.

2.09.05 Personalmarketing und Personalgewinnung

Umsetzung und Detailkonzeption von Massnahmen aus dem Personalmarketingkonzept:

- Unterstützung der Führungskräfte: Bereitstellen von Arbeitstools, insbesondere für den Personalgewinnungsprozess, auf der Intranetplattform.
 - Externes Personalmarketing: Ausbau des Informationsgehalts der Internetseite im Bereich Stellenangebote.
 - Steigerung der Effizienz bei den Stellenausschreibungen: Prüfung von Automatisierungsmöglichkeiten (Datenaustausch zwischen mehreren Jobplattformen).
 - Weiterführung und Weiterentwicklung von Workshops zur Stellenausschreibung und Personalauswahl.
-

2.10 Informatik

Das prioritäre Ziel besteht darin, mit der Einführung des integrierten ERP-Systems fortzufahren. Ein weiterer Schwerpunkt wird die Erarbeitung der IT-Strategie sein.

2.10.01 Einführung ERP-System (ERP = Enterprise Resource Planning)

Der Landrat hat am 21. Februar 2008 das ERP-Projekt zur Realisierung freigegeben. Der Begriff ERP steht für gemeinsam genutzte Informatiksysteme in den Bereichen Finanzen, Personal und Logistik im Kanton. Bei der ausgewählten Standardsoftware handelt es sich um das Produkt SAP und der Implementierungspartner ist die Firma NOVO Business Consultants.

Nach der Initialisierungsphase wurden ab Mai 2008 die Soll-Prozesse und das Systemdesign bestimmt. Ab September 2008 begannen die Realisierungsarbeiten im System. Der Produktivstart für den Planungs- und Budgetierungsprozess erfolgte im April 2009. Die breite Einführung für alle Benutzenden im Bereich der ERP-Prozesse (Finanzen, Controlling, Personal) erfolgt dann nach der Produktionsvorbereitung mit einer Datenmigration, so dass ab dem 1. Januar 2010 mit der neuen Lösung gearbeitet werden kann.

Neben applikatorischen Arbeiten bilden organisatorische Massnahmen einen Schwerpunkt der Aktivitäten der Linie.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 2.3 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB	
Total:	Fr. 13 000 000.–
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr. 3 890 000.–
Budget 2009:	Fr. 6 810 000.–
Budget 2010:	Fr. 2 300 000.–

2.10.02 IT-Strategie

Mit dem Abschluss der Analysephase der IT-Strategie BL konnten per 1. April 2009 die Strategiegrundsätze in Kraft gesetzt werden. Mit dem Projektprogramm STRATUM (steht für IT-Strategie-Umsetzung) erfolgt mit sechs Projekten die Umsetzung bis 2012. Namentlich sind dies:

- IT-Strategie-Umsetzungscoordination ITSBLUK,
- Applikations- und Server-Überführung ASÜber,
- Service-Desk,
- Kundenorientierter Service KOS,
- Prozess-Tool,
- VIS (Verordnung Informations-Sicherheit) Umsetzung VISUM.

Das Gesamtbudget beträgt 2.4 Mio. Franken.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 1.0 Mio. Fr.

2.11 Luftverkehr (EuroAirport)

Der Kanton engagiert sich für den Erhalt des gut funktionierenden und konkurrenzfähigen Flughafens. Er soll weiterhin die Bedürfnisse des Wirtschaftsstandortes und der Bevölkerung befriedigen können sowie eine wichtige Arbeitsstätte sein. Gleichzeitig soll der Verkehr in Zusammenarbeit mit den regionalen Partnern möglichst umweltverträglich abgewickelt werden und die Wohnqualität in den flughafennahen Gemeinden so wenig wie möglich beeinträchtigen.

2.11.05 Sicherheit und Umweltverträglichkeit

Die Regierung setzt sich dafür ein, dass konsensfähige Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Umweltverträglichkeit realisiert werden. Die Prüfung möglicher Massnahmen wird zusammen mit dem Flughafen, Behörden im In- und Ausland sowie unter Konsultation der Fluglärmkommission weitergeführt. Weiterhin besonders beobachtet wird die Benutzung des Südlandeverfahrens ILS 33. Die Regierung besteht auf einer strikten Einhaltung der Benutzungsvereinbarung.

2.11.06 Mobilität und Wohlstand

Der Flughafen soll weiterhin die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft befriedigen können. Überdies setzt sich die Regierung dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für die auf dem EuroAirport tätigen Unternehmen verbessert werden.

2.12 Gleichstellung von Frau und Mann

Die Ausrichtung der Baselbieter Gleichstellungspolitik am Schweizerischen Gleichstellungsindex und an einem Gleichstellungs-Controlling zieht Grundlagenarbeiten im Bereich der Messbarkeit und der Berichterstattung nach sich. Sie wird zudem durch konkrete Handreichungen für bestimmte Anspruchsgruppen unterstützt. Dies gilt auch für den Schutz persönlicher Grenzen und sexueller Integrität beim Arbeitgeber Kanton.

2.12.01 Leitfaden zum Gleichstellungs-Controlling für Führungskräfte

Im Rahmen der Einführung eines Gleichstellungs-Controllings wird ein Leitfaden für Führungskräfte erarbeitet.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Im Rahmen des
Budgets

2.12.10 Nachhaltige Prävention des Arbeitgebers

Als Arbeitgeber bekräftigt der Kanton seine Prävention zum Schutz persönlicher Grenzen und sexueller Integrität mit der Optimierung seiner Strukturen und der Aktualisierung des Leitfadens für seine Mitarbeitenden.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Im Rahmen des
Budgets

2.12.11 Projekt Gender- und Gleichstellungsbarometer

Der Verzicht auf die schweizerischen Volkszählungen und die Umstellung auf andere statistische Erhebungen verlangen nach einem regional und schweizerisch koordinierten Vorgehen, um den Stand der (Un-)Gleichstellung im Kanton künftig systematisch erfassen, vergleichen und darüber berichten zu können.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Im Rahmen des
Budgets



VGD: Beim Amt für Geoinformation stehen die Grenzen im Vordergrund.

3 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD)

Peter Zwick, Regierungsrat



Der Generationenvertrag zwischen Jung und Alt resp. zwischen Alt und Jung bleibt auch im Jahr 2010 das Schwerpunktthema der Direktion. Leider, so ist festzustellen, hat dieser Vertrag Ende 2008 und in der ersten Jahreshälfte 2009 eine weitere Dimension erhalten. Ausgelöst durch die internationale Finanzkrise hat auch die Baselbieter Wirtschaft mit Rückgängen der Auftragsbestände zu kämpfen. Die derzeitigen Prognosen der Arbeitsmarktentwicklung lassen befürchten, dass von einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote im Kanton von rund 4.4 Prozent ausgegangen werden muss. Betroffen von dieser Entwicklung sind junge Leute, die eine Lehrstelle suchen, betroffen sind Arbeitgebende, welche den Personalbestand reduzieren oder gar den Betrieb schliessen müssen, betroffen davon sind Arbeitnehmende, die mit Kurzarbeit oder gar mit einem Verlust der Arbeitsstelle konfrontiert sind, betroffen sind aber alle, ob Jung oder Alt, denn die Finanzkrise führt durch die Vernichtung von Kapital auch zu höheren Krankenkassenprämien und zu Rückgängen von Steuern für den Kanton und die Gemeinden.

Angesagt ist Bedächtigkeit. Die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion wird in den Spitälern und den Kantonalen Psychiatrischen Diensten bereits auf das neue Schuljahr 2009 / 2010 das Lehrstellenangebot erhöhen. Die Kontakt- und Bestandespflege zur Baselbieter Wirtschaft hat eine hohe Priorität. Sowohl in den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren der Öffentlichen Arbeitslosenkasse, wie auch beim Angebot Arbeitsmarktlicher Massnahmen werden die Ressourcen an die arbeitsmarktliche Entwicklung angepasst, um die notwendigen Unterstützungsdienstleistungen umfassend anbieten zu können. Bedächtigkeit heisst aber auch, über das schwierige Jahr 2010 hinaus zu denken. Der vermehrte Absatz von Holz als Baustoff und Energieträger bleibt trotz derzeit gebremster Nachfrage ein aktuelles Thema. Vor dem Hintergrund der steigenden Durchschnittstemperaturen sind Themen wie die Gefahrenkarte als Grundlage für

raumplanerische Massnahmen zur Prävention vor Naturgefahren für Infrastrukturanlagen und Siedlungsgebiete und Themen wie Veränderungen in der Pflanzen- und Tierartenzusammensetzung weiter zu bearbeiten, um schädliche Entwicklungen erkennen und rechtzeitig Bekämpfungsmassnahmen einleiten zu können (Umgang mit den so genannten Neobionten).

Die Vorbereitungen auf die neue Spitalfinanzierung nach Krankenversicherungsgesetz, die Neuregelung der Pflegefinanzierung, das Projekt «64+», der Abschluss der «Aktion gesundes Körpergewicht» und die nachhaltige Verankerung der bewährten Programmelemente, die Weiterentwicklung eines Angebots zur Förderung der Gesundheit älterer Menschen sowie die Überprüfung des Angebots und der Koordinationsstrukturen für die Gesundheitsförderung Jugendlicher bleiben Themen, welche die Direktion im Jahr 2010 stark beschäftigen werden. Auch hier gilt es, mit Bedacht, Weitsicht und Beharrlichkeit die komplexen Fragestellungen zukunftssträchtigen Lösungen zuzuführen.

Die Kantone Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Jura nehmen auf Einladung des Kantons St. Gallen im Oktober 2010 als Gastkantone an der OLMA teil. Die Ausgestaltung und die Umsetzung dieser Ehrengastrolle liegt beim Kanton Basel-Landschaft. Im Rahmen ihres trikantonalen Auftritts wollen die drei Kantone dem Messepublikum und der ostschweizerischen Bevölkerung ein aktuelles, authentisches und erinnerungswirksames Bild der Nordwestschweiz und ihrer Region vermitteln.

3.01 Wald

Auch wenn die gegenwärtige Wirtschaftskrise die Nachfrage etwas gebremst hat, bleibt der vermehrte Absatz von Holz als Baustoff und Energieträger ein aktuelles Thema. Die fortschreitenden Struktur- anpassungen der Forstbetriebe sind weiter zu beobachten. Änderungen der Betriebsstrukturen, aber auch der Infrastruktur sind (beratend) zu begleiten. Leistungsfähige und eigenwirtschaftliche Forst- betriebe erbringen auch die Leistungen im Bereich der öffentlichen Ziele (Schutzwald, Naturschutz im Wald) effizienter und günstiger.

Das Verständnis der Bevölkerung für eine vermehrte Nutzung der Ressource Holz ist nach wie vor gering. Die begonnene Aufklärungsarbeit ist gemeinsam mit den Partnern der Wald- und Holzwirt- schaft fortzusetzen. Insbesondere ist aufzuzeigen, dass eine intensivere Nutzung des Waldes auch den öffentlichen Zielen der Waldbewirtschaftung dient. Bei exponierten Holzschlägen, die mit öffentlichen Geldern (mit)finanziert werden, ist für eine genügende Information der Bevölkerung zu sorgen.

Vor dem Hintergrund steigender Durchschnittstemperaturen und eines sich ändernden Niederschlag- regimes sind:

- a) die Walddauerbeobachtung mit einem veränderten Fokus auf die sensiblen Standorte weiterzuführen, und die Erkenntnisse sind in einem überarbeiteten Jungwaldpflegeprogramm einzubauen
- b) Veränderungen in der Pflanzen- und Tierartenzusammensetzung zu beobachten.

Dabei kann es im Umgang mit den so genannten Neobionten nicht darum gehen, Änderungen gene- rell auszuschliessen; vielmehr sind Bekämpfungsmassnahmen auf jene Pflanzen- und Tierarten zu beschränken, die besonders aggressiv (auch für die Menschen) sind oder standortheimische Pflanzen verdrängen und die Walderhaltung (Verjüngung) in Frage stellen.

3.01.02 Gefahrenkarte

Mit der Gefahrenkarte wird die Grundlage für die raumplanerischen Massnahmen zur Prä- vention vor Naturgefahren für Infrastrukturanlagen und Siedlungsgebiete geschaffen.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.25 Mio. Fr

Landratsvorlage 2006 / 058 vom 21. Februar 2006 / Verpflichtungskredit LRB 2037 vom 19. Oktober 2006			
Total:	Fr.	4 150 000.–	insgesamt, davon brutto zu Lasten Forstamt beider Basel Fr. 1 630 000.– (Konto 2225.318.91)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	310 000.–	
Budget 2009:	Fr.	250 000.–	
Budget 2010:	Fr.	250 000.–	
Bundesbeiträge 2010:	Fr.	150 000.–	

3.01.04 Waldgesundheit

Weiterführung des Beobachtungsprogramms in Zusammenarbeit mit weiteren Kantonen und dem Bund.

Umsetzung der Empfehlungen der Arbeitsgruppe zur Bekämpfung bzw. Eindämmung der Neophyten im Wald.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.125 Mio. Fr.

Landratsvorlage 2008 / 101 vom 22. April 2008, LRB 713 vom 25. September 2008 für einen Verpflichtungskredit April 2008 bis März 2013

Total:	Fr.	529 000.–	(Konto 2225.318.93)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	95 621.65	
Budget 2009:	Fr.	120 000.–	
Budget 2010:	Fr.	125 000.–	

3.01.05 Schutzwaldbewirtschaftung

Weiterführung der Arbeiten in den bestehenden Schutzwaldprojekten.

Umsetzung des Schutzwaldpflegekonzeptes insbesondere in den durch die Nassschnee-Ereignisse vom Dezember 2008 geschädigten bzw. instabil gewordenen Beständen.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.63 Mio. Fr.

Wiederinstandstellungsprojekt «Röschenz – Dittingen»

Landratsvorlage 2005 / 169 vom 14. Juni 2005, LRB 1399 vom 20. Oktober 2005

Total Brutto:	Fr.	667 500.–	
Anteil Kanton:	Fr.	307 525.–	(Konto 2225.362.72)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	172 762.05	
Budget 2009:	Fr.	62 000.–	
Budget 2010:	Fr.	60 000.–	
Bundesbeitrag 2010:	Fr.	24 500.–	

Wiederinstandstellungsprojekt «Laufen»

Landratsvorlage 2005 / 170 vom 14. Juni 2005, LRB 1399 vom 20. Oktober 2005,

Total Brutto:	Fr.	1 006 150.–	
Anteil Kanton:	Fr.	401 740.–	(Konto 2225.362.72)
Total Anteil Kanton:	Fr.	709 000.–	(Konto 225.372.72)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	207 739.35	
Budget 2009:	Fr.	68 000.–	
Budget 2010:	Fr.	70 000.–	
Bundesbeitrag 2010:	Fr.	28 500.–	

3.01.07 Waldwissen

Fortführung des Grundangebotes an Führungen und Vorträgen in Zusammenarbeit mit den regionalen Waldbildungsorganisationen.

Aufbau und Betrieb einer Angebotsplattform «Schauplatz Wald» (= Arbeitstitel).

Finanzielle Auswirkungen
2010: Fr. 0.025 Mio.

3.01.08 Nachhaltige Waldentwicklung: Waldinformationssystem

Schrittweise Verwirklichung des Konzeptes: Integration in die Planungs- und Berichterstattungsinstrumente.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.04 Mio. Fr.

3.01.09 Leistungsvereinbarungen Waldeigentümer (Abschluss)

Prüfung der Möglichkeiten (Pilotrevier) produktweiser oder produktübergreifender Leistungsvereinbarungen mit den Waldeigentümern bzw. den betrieblichen Leistungserstellern.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.03 Mio. Fr.

3.02 Arbeit / Wirtschaft

Für das Jahr 2010 wird mit einer weiteren Verschlechterung der Arbeitsmarktlage als Folge der konjunkturellen Krise gerechnet. Die derzeitigen Prognosen lassen befürchten, dass von einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote im Kanton von 4.4 Prozent ausgegangen werden muss. Der «Peak» der Negativentwicklung sollte aber überschritten werden und per Jahresende eine Erholung eintreten. Dennoch heisst dies, dass davon auszugehen ist, dass Arbeitslosenversicherung (ALV)-Dienstleistungen für rund 9 000 Stellensuchende und zahlreiche Betriebe mit Kurzarbeit zu erbringen sein werden. Entsprechend wird die zentrale Herausforderung für das kommende Jahr die Bereitstellung der entsprechenden Ressourcen und Dienstleistungen sein.

3.02.05 KMU-Entlastungsgesetz

Die Überprüfung der KMU-Betroffenheit des bestehenden Erlassbestandes wird voraussichtlich Anfang 2010 definitiv abgeschlossen und vom KMU-Forum beurteilt sein.

Im Rahmen einer abschliessenden Berichterstattung an den Landrat wird der absolvierte Prüfungsprozess reflektiert und die daraus hervorgegangenen Massnahmen werden aufgezeigt.

3.02.07 Tourismusförderung

Nachdem eine Wirkungsüberprüfung (Wertschöpfungsstudie) eine positive Entwicklung des Tourismus im Kanton Basel-Landschaft aufzeigte, wurde der Verpflichtungskredit für Beiträge an den Verein «Baselland-Tourismus» mit Landratsbeschluss vom 15. Januar 2009 erneuert.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.6 Mio. Fr.

Landratsvorlage 2008 / 228 vom 23. September 2008 / LRB 983 vom 15. Januar 2009

Total:	Fr.	2 400 000.–	(Konto 2200.365.00)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	0.–	
Budget 2009:	Fr.	600 000.–	
Budget 2010:	Fr.	600 000.–	

3.02.11 Standortpromotion

Die Wirtschaftsförderung beider Basel (BaselArea) betreibt im Auftrag der beiden Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt die Standortpromotion im Ausland und vermittelt unterstützende Dienstleistungen bei der Ansiedlung von Unternehmungen.

Die laufende Budgetperiode endet 2009. Eine weiterführende Erneuerung der Betriebskostenbeiträge für die Budgetperiode 2010 – 2013 aus den Mitteln der kantonalen Wirtschaftsförderung ist demnach neu zu beurteilen. Der Regierungsrat entscheidet voraussichtlich Mitte Jahr auf der Grundlage einer Empfehlung der Wirtschaftsförderungskommission über eine weitere Verlängerung der Beitragsperiode von 2010 – 2013.

3.02.14 Revision / Ersatz des Ruhetagsgesetzes

Der Entwurf des revidierten Ruhetagsgesetzes setzt sowohl die Motion 2008 / 037 von Paul Wenger vom 21. Februar 2008, die vom Landrat in seiner Sitzung vom 16. Oktober 2008 als Postulat an den Regierungsrat überwiesen worden ist, wie auch die Initiative Wasserfallen (siehe Punkt 3.02.15) um. Nach Inkraftsetzung im Laufe des Jahres 2010 gilt es, die Umsetzung vorzunehmen resp. zu begleiten.

3.02.15 Umsetzung der Initiative Wasserfallen

Am 21. Dezember 2007 hatte die Bundesversammlung – veranlasst durch die von Nationalrat Kurt Wasserfallen eingereichte Parlamentarische Initiative «Limitierte Anzahl Sonntagsverkäufe ohne Restriktionen» – beschlossen, für Verkaufsgeschäfte bewilligungsfreie Sonntagsarbeit an bis zu vier Sonntagen pro Jahr zuzulassen. Das eidgenössische Arbeitsgesetz (ArG) wurde entsprechend mit Artikel 19 Absatz 6 ergänzt: «Die Kantone können höchstens vier Sonntage pro Kalenderjahr bezeichnen, an denen Arbeitnehmer in Verkaufsgeschäften ohne Bewilligung beschäftigt werden dürfen.» Die neue Bestimmung ist seit dem 1. Juli 2008 in Kraft.

3.02.16 Kapazitätsausbau im ALV-Vollzug

Sowohl in den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren der Öffentlichen Arbeitslosenkasse, wie auch beim Angebot Arbeitsmarktlicher Massnahmen werden die Ressourcen an die arbeitsmarktliche Entwicklung anzupassen sein, um die notwendigen Unterstützungsdienstleistungen weiterhin umfassend anbieten zu können. Nebst der Anstellung neuen Personals beinhaltet dies auch dessen Schulung, aber auch die Zumietung zusätzlicher Räumlichkeiten. Die entsprechende Flexibilität zur Personalanstellung ist vorhanden, die Finanzierung geschieht vollständig durch die Arbeitslosenversicherung (ALV).

3.02.17 Bereitstellung einer Konformitätsbewertungsstelle (KBS)

Per 2010 soll die sich im Aufbau befindliche neue Konformitätsbewertungsstelle (KBS) ihren Betrieb aufnehmen können. Sie wird in den Räumlichkeiten der Fachstelle Messwesen in Münchenstein lokalisiert sein und eng mit dem Bundesamt für Metrologie (METAS) zusammenarbeiten und für die regionale Wirtschaft eine wichtige Dienstleistung, die Beglaubigung der Marktkonformität von Messmitteln, bereitstellen.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.1 Mio. Fr.
Aufwand und Ertrag
(saldoneutral)

3.02.18 Interreg IVA-Projekt Bio Valley

Im Rahmen des Interreg IVA Programms ist das Projekt «BioValley-Cluster» der Lebenswissenschaften und der Medizinaltechnik für die wirtschaftliche Entwicklung der Metropolitanregion Oberrhein darauf ausgerichtet, zur weiteren Stärkung des trinationalen Life Sciences Clusters den Wissens- und Technologietransfer zwischen den Hochschulen und der Privatwirtschaft et vice versa zu beleben, besser zu strukturieren und zu konsolidieren. Der Regierungsrat genehmigte deshalb für die Periode 2008 – 2013 eine Kofinanzierung mit weiteren schweizerischen Projektpartnern in der Höhe von insgesamt 119 000 Franken (Landratsvorlage 2007 / 214 vom 11. September 2007, Total: Fr. 1.5 Mio., Konto 2005.367.00: Beiträge an das Ausland).

Mittels gezielter Scouting-Aktivitäten wird insbesondere angestrebt, die Privatwirtschaft besser mit den Angeboten der Hochschulen im trinationalen Raum zu vernetzen.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.02 Mio. Fr.

3.02.19 OLMA 2010

Die Kantone Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Jura nehmen auf Einladung des Kantons St. Gallen vom 7. bis 17. Oktober 2010 als Gastkantone an der OLMA teil. Im Zentrum dieses traditionellen Messeanlasses mit landesweiter Ausstrahlung stehen dabei insbesondere die Themen Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung. Bereits 1982 ist den beiden Basler Kantonen diese Ehrengastrolle zugefallen. Im Rahmen ihres trikantonalen Auftrittes wollen die drei Kantone dem Messepublikum und der ostschweizerischen Bevölkerung während der ganzen Messedauer ein aktuelles, authentisches und erinnerungswirksames Bild der Nordwestschweiz und ihrer Regionen vermitteln. Die gemeinsamen Aktivitäten umfassen den Festumzug am Tag des Ehrengastes sowie während der ganzen Messedauer eine Sonderausstellung und eine Tierschau. Die federführende Verantwortung für die Vorbereitung, die Ausgestaltung und die Umsetzung dieser Ehrengastrolle liegt beim Kanton Basel-Landschaft. Das Budget beträgt 1.3 Mio. Franken und wird von den drei Kantonen anteilig finanziert. Der Anteil BL beläuft sich auf 540 000 Franken. Die Finanzierung erfolgt zulasten des Lotteriefonds.

3.02.20 Kooperation Wirtschaftsförderung beider Basel mit dem Kanton Jura

Funktionale Wirtschaftsräume zeichnen sich durch eine zunehmende Verflechtung ihrer Teilräume ab. Bedarfsorientierte Kooperationen auf unterschiedlichen Ebenen sind deshalb für die strategische Standortentwicklung des Kantonsgebietes von zunehmender Bedeutung. In diesem Kontext hat der Regierungsrat im Mai 2009 einer auf vorerst vier Jahre befristeten engeren Kooperation der Wirtschaftsförderung beider Basel mit dem Kanton Jura auf dem Gebiet der ausländischen Standortpromotion unter der gemeinsamen Dachmarke BaselArea im Grundsatz zugestimmt. Ab 2010 wird der Kanton Jura auf seinen Märkten insbesondere in Frankreich, den Benelux-Staaten und Russland unter der Dachmarke BaselArea auftreten und dabei den Wirtschaftsraum aller drei Kantone vermarkten.

Als Entschädigung für die Markenbenützung einerseits und die Nettoleistungen der Wirtschaftsförderung beider Basel zu Gunsten der Markenpflege und Marktbearbeitung andererseits zahlt der Kanton Jura einen jährlichen Beitrag in der Höhe von 250 000 Franken.

3.02.21 Standortförderung: Bestandes- und Kontaktpflege

Die Kontakt- und Bestandespflege zur Baselbieter Wirtschaft hat eine hohe Priorität.

Im Rahmen der Bestandespflege besteht ein vielseitiges Angebot an Wirtschaftsdienstleistungen. Die Bestandespflege ist grundsätzlich eine Aufgabe der gesamten öffentlichen Verwaltung. Der Wirtschaftsdelegierte steht den Unternehmen als Erstkontaktstelle, Berater und Koordinator zur Verfügung. Die Betriebe werden insbesondere bei der Lösung vielschichtiger Herausforderungen im Zusammenhang mit der Erfüllung hoheitlicher Auflagen oder bei der Objektvermittlung für die Evaluation eines neuen Betriebsstandortes unterstützt und begleitet.

Im Fokus der Kontaktpflege stehen die Gewinnung von Informationen zur Einschätzung der Standortqualität und der Kundenzufriedenheit. Dafür stehen der Vorsteher der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion und der Wirtschaftsdelegierte in einem engen Kontakt mit den Baselbieter Betrieben. Anlässlich von gezielten und regelmässigen Betriebsbesuchen werden insbesondere auch Anliegen und Erwartungen in Bezug auf die öffentliche Verwaltung entgegengenommen. Daraus lassen sich wiederum wichtige Rückschlüsse für die Gestaltung attraktiver Rahmenbedingungen und eines bedarfsgerechten Dienstleistungsangebotes der öffentlichen Verwaltung ableiten.

3.03 Landwirtschaft

Die landwirtschaftliche Ausbildung gemäss dem neuen Berufsbildungsgesetz wird schrittweise umgesetzt.

3.03.01 Anpassung der landwirtschaftlichen Ausbildung

Die Anpassung der landwirtschaftlichen Ausbildung an das neue Berufsbildungsgesetz wird gemäss Planung durchgeführt. Es wird vorübergehend eine erhöhte Zahl an Lektionen nötig sein.

2010 werden zusätzlich 360 Lektionen anfallen, die ab 2012 wieder wegfallen werden. Dazu kommen 5 – 10 Stellenprozent für die Lehraufsicht und Ausbildungsberatung im Berufsfeld Landwirtschaft.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.05 Mio. Fr.

3.03.06 Optimierung der Nutzung des Ebenrains

Durch den Transfer von zusätzlichen Dienststeinheiten der VGD nach Sissach in die Gebäulichkeiten des Landwirtschaftlichen Zentrums Ebenrain soll die Nutzung der vorhandenen Flächen und Infrastrukturen optimiert werden.

3.03.07 Förderung der regionalen Entwicklung und von regionalen Produkten

Mit der Änderung des Landwirtschaftsgesetzes (Landratsvorlage 2009) wird die Rechtsgrundlage geschaffen, um das Bundesgesetz über die Landwirtschaft umzusetzen. Der Aufbau von konkreten Projekten muss auf Privatinitiativen beruhen.

3.05 Geoinformation (Vermessung)

In der heutigen Informations- und Wissensgesellschaft hat die politische und die wirtschaftliche Bedeutung von Geodaten und Geoinformationen stark zugenommen. Sie bilden die Basis für Planungen, Massnahmen und Entscheidungen aller Art, in der Verwaltung genauso wie in der Politik, der Wirtschaft und der Wissenschaft oder im Privatbereich. Ziel ist eine optimale Wertschöpfung aus den Geoinformationen durch Kanton, Gemeinden und Private.

Umsetzung Neue Amtliche Vermessung 93 (AV 93) im Zeitraum von 1995 – 2015 und in drei zeitlich sich folgenden Etappen. Aktuell ist die vom Landrat 2001 beschlossene 2. Etappe AV 93 2002 – 2008 (LRB 2001 / 022) am Laufen. Aufgrund einer beschlossenen GAP-Massnahme mit reduziertem jährlichem Kredit und einem verordneten Bundesmoratorium ohne Neuverpflichtungen im Jahr 2007 wird sich die Frist für die Inangriffnahme der letzten Gemeinden auf 2011 verlängern mit Abschluss 2014. Die 3. Etappe soll 2012 starten und das Projekt bis 2017 abschliessen.

3.05.01 Umsetzung des neuen Geoinformationsrechts des Bundes

Das neue Bundesgesetz über Geoinformation (GeoIG), das am 1. Juli 2008 in Kraft getreten ist, setzt den Kantonen eine Frist von drei Jahren für die Anpassung der kantonalen Gesetzgebung und eine Frist von fünf Jahren für die praktische Umsetzung der Bestimmungen des Bundesrechts. Die Umsetzung im Kanton Basel-Landschaft gliedert sich in drei Teilbereiche:

1. Anpassung der kantonalen Gesetzgebung: Für 2010 ist die Anpassung folgender Erlasse geplant:
 - EG ZGB (SGS 211),
 - Dekret über die Kostentragung der amtlichen Vermessung (SGS 211.5),
 - Verordnung über Geoinformation (SGS 211.58),
 - Kantonale Vermessungsverordnung (SGS 211.53).
2. Erste Tranche der vollständigen Überarbeitung der technischen Vorschriften des Amtes über die amtliche Vermessung und über Geoinformationssysteme (GIS).
3. Sukzessive praktische Umsetzung der Bestimmungen des GeoIG, insbesondere durch Harmonisierung der Geobasisdaten und Vernetzung der Geodienste mit Bund, Kantonen und Gemeinden gemäss Umsetzungskatalog.

3.05.02 Neue Amtliche Vermessung 93 (AV 93)

Die vorgesehene Leistungsvereinbarung 2009 zur Programmvereinbarung 2008 – 2011 setzt die Realisierung der Landratsvorlage fort.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.902 Mio. Fr. brutto

Landratsvorlage 2001 / 022, Verpflichtungskredit 2001 – 2008 (mittlerweile bis 2011), LRB 2001 / 1281

Total:	Fr.	13 100 000.–	Konto 2230.319.90-3
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	8 437 469.–	brutto
Kredit neu:	Fr.	4 668 531.–	netto
Budget 2009:	Fr.	1 028 000.–	
Budget 2010:	Fr.	902 000.–	
Zugehörige Ertragskonti:			
Konto 2230.460.00-3, Budget 2009:	Fr.	138 000.–	
Konto 2230.462.10-2, Budget 2009:	Fr.	499 000.–	
Konto 2230.46, Budget 2010:	Fr.	589 000.–	

3.05.03 Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB)

Am 1. Oktober 2009 tritt die Bundesverordnung zum Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREBKV) in Kraft. Die Organisation und die Führung des ÖREB-Katasters überträgt der Bund den Kantonen. Für die Umsetzung des Katasters im Kanton wird ein Konzept erarbeitet.

3.06 Melioration (Bodenverbesserung)

Die Gesamtmeliorationen im Bezirk Laufen werden planmässig weitergeführt.

3.06.01 Weiterführung der bewilligten Bodenverbesserungsprojekte

1. Bei der Felderregulierung Roggenburg steht die letzte Bauetappe bevor, der Abschluss der Felderregulierung ist bis 2012 zu erwarten.
2. Bei der Gesamtmelioration Blauen hat die Gemeinde im April 2009 die Durchführung der Melioration beschlossen. Für 2010 ist die Erarbeitung des Generellen Projektes geplant.
3. Der Perimeter für die Gesamtmelioration Brislach ist bereinigt. Die Abstimmung über die Durchführung der Melioration erfolgt noch 2009. Die Gründung der Genossenschaft wird bei einer Zustimmung 2010 erfolgen.
4. Bei der Gesamtmelioration Wahlen ist das Generelle Projekt in Bearbeitung. Dieses wird 2010 aufgelegt.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.38 Mio. Fr.

Landratsvorlage 2005 / 293 vom 8. November 2005 / LRB vom 23. März 2006, Gesamtmelioration Blauen

Total:	Fr.	856 000.–	(Konto 2240.364.00)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	0.–	
Budget 2009:	Fr.	0.–	
Budget 2010:	Fr.	100 000.–	

Landratsvorlage 2005 / 294 vom 8. November 2005 / LRB vom 23. März 2006, Gesamtmelioration Brislach

Total:	Fr.	1 556 000.–	(Konto 2240.364.00)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	0.–	
Budget 2009:	Fr.	0.–	
Budget 2010:	Fr.	0.–	

Landratsvorlage 2005 / 295 vom 8. November 2005 / LRB vom 23. März 2006, Gesamtmelioration Wahlen

Total:	Fr.	2 668 000.–	(Konto 2240.364.00)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	100 000.–	
Budget 2009:	Fr.	60 000.–	
Budget 2010:	Fr.	280 000.–	

3.07 Gesundheitsförderung

Schwerpunkte im Jahr 2010 bilden der Abschluss der «Aktion gesundes Körpergewicht» und die nachhaltige Verankerung der bewährten Programmelemente, die Weiterentwicklung eines Angebots zur Förderung der Gesundheit älterer Menschen sowie die Überprüfung des Angebots und der Koordinationsstrukturen für die Gesundheitsförderung Jugendlicher.

3.07.01 Gesundheitsförderung und Suchtprävention

Im Jahr 2009 endet der Verpflichtungskredit für die Leistungsvereinbarung mit den Organisationen Aids-Hilfe beider Basel und Frauenoase. Die Regierung legt dem Landrat eine entsprechende Landratsvorlage zur Erneuerung der Leistungsvereinbarungen vor, über die voraussichtlich im Herbst 2009 beschlossen werden kann.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.27 Mio. Fr.

Landratsvorlage 2006 / 023, LRB 1717 vom 23. März 2006, Verpflichtungskredit 2006 – 2009

Total:	Fr.	988 000.–
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	666 000.–
Budget 2009:	Fr.	227 000.–

Landratsvorlage 2009 / 199, vom 7. Juli 2009, LRB Neuer Verpflichtungskredit 2010 – 2012 vom Landrat noch zu bewilligen:

Budget 2010:	Fr.	270 000.–
--------------	-----	-----------

3.07.02 Gesetzliche Schwangerschaftsberatung

Der Landrat hat am 11. Dezember 2008 der Fortführung der Leistungsvereinbarung mit den Trägervereinen der Beratungsstellen für Schwangerschafts- und Beziehungsfragen zugestimmt. Die entsprechenden Verträge mit der Trägerschaft wurden unterzeichnet.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.23 Mio. Fr.

Landratsvorlage 2008 / 195 / LRB 937 vom 11. Dezember 2008, Verpflichtungskredit 2009 – 2012

Total:	Fr.	898 000.–
Budget 2009:	Fr.	228 000.–
Budget 2010:	Fr.	230 000.–

3.07.03 Gesund altern

Die einjährige Pilotphase des vom Landrat am 5. Juni 2008 bewilligten Projektes zur Prüfung des Gesundheits-Profil-Verfahrens wird im Jahr 2009 abgeschlossen. Es zeichnet sich ab, dass mit dem in dieser Form eingesetzten Verfahren aufgrund von Mängeln des Verfahrens selbst und aufgrund von Umsetzungsschwierigkeiten eine flächendeckende Umsetzung nicht sinnvoll ist. Diese Erfahrung wird von anderen Kantonen und Gemeinden, welche das Verfahren ebenfalls erprobt haben, geteilt. In Zusammenarbeit mit diesen Partnern soll im Jahr 2010 ein auf den Erfahrungen aus der Pilotphase basierendes angepasstes Angebot zur Gesundheitsförderung im Alter entwickelt werden. Hierzu wird eine überkantonale Arbeitsgruppe gebildet, an der sich der Kanton Basel-Landschaft beteiligt. Erste Resultate dieses Prozesses werden auf Ende 2010 erwartet. Die entsprechenden Mittel sind im Budget der VGD eingestellt.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.045 Mio. Fr.

**Landratsvorlage 2007 / 303 vom 11. Dezember 2007,
LRB 609 vom 5. Juni 2008 / Verpflichtungskredit 2008 – 2009**

Total:	Fr.	122 000.–
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	21 654.30
Budget 2009:	Fr.	80 000.–
Der Verpflichtungskredit wird zuhanden des Landrates abgerechnet.		

3.07.04 Gesundheit junger Menschen

2009 wurde eine Bedarfsanalyse zum Präventionsangebot für Jugendliche im Kanton sowohl auf struktureller als auch auf inhaltlicher Ebene erstellt. Auf dieser Grundlage werden in einem nächsten Schritt 2010 die konkreten Massnahmen zur Anpassung des Angebotes und der Koordinations- und Kontrollstrukturen, unter Einbezug der relevanten Akteure, geplant und vorbereitet.

Aufgrund der Überprüfung der Jugendinformation Julex wird das Angebot für 2010 und die Folgejahre den neuen Anforderungen angepasst. Diese Massnahmen erfolgen im Rahmen des Leistungsauftrages der VGD und des ordentlichen Budgets.

Die Abgrenzung und Schnittstellenbearbeitung zur Jugendhilfe (BKSD) wird weitergeführt.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.01 Mio. Fr.

3.07.05 Umsetzung Aktionsprogramm «Gesundes Körpergewicht»

Die Arbeiten an dem vom Landrat am 5. Juni 2008 bewilligten Programm für die Jahre 2008 – 2010 werden fortgesetzt. Es handelt sich um die Bearbeitung folgender Teilbereiche:

- Weiterführung des Programms «Tacco & Flip» – Essen und Bewegen vielfältig erleben in Kindergarten und Primarschule. Nachhaltige Verankerung des Angebots im Kanton.
- Weiterführung des Programms «Schnitz & Drunder» – ausgewogene Mittagsverpflegung für Kinder. Nachhaltige Verankerung des Angebots im Kanton.
- Weiterführung des Programnteils «Prävention im Vorschulbereich», Ausweitung auf weitere Gemeinden.
- Pilotprojekt im Programnteil «Bewegungsförderung im Wohnumfeld» in Zusammenarbeit mit der BUD.

Finanzielle Auswirkungen
2010:
Ausgaben: 0.505 Mio. Fr.
Einnahmen: 0.225 Mio. Fr.

**Landratsvorlage 2008 / 086 vom 8. April 2008, LRB 610 vom 5. Juni 2008,
Verpflichtungskredit 2008 – 2010**

Total:	Fr.	1 425 000.–	(brutto)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	159 076.27	brutto
		-65 923.73	netto
Budget 2009:	Fr.	495 000.–	Ausgaben
	Fr.	225 000.–	Einnahmen
Budget 2010:	Fr.	505 000.–	Ausgaben
	Fr.	225 000.–	Einnahmen

3.07.07 Erneuerung Leistungsvereinbarung «Gsünder Basel» 2010 – 2012

Die bisherige Leistungsvereinbarung mit dem Verein Gsünder Basel wird fortgeführt. Der Landrat beschliesst im Herbst 2009 über einen entsprechenden Verpflichtungskredit.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.076 Mio. Fr.

Landratsvorlage 2009 / 198 vom 7. Juli 2009, LRB

Neuer Verpflichtungskredit 2010 – 2012 vom Landrat noch zu bewilligen:

Budget 2010:	Fr.	76 000.–
--------------	-----	----------

3.07.08 Erarbeitung eines kantonalen Tabakpräventionsprogramms 2010 – 2013

Der Tabakpräventionsfonds des Bundes (TPF) fördert kantonale Tabakprogramme. Er hat hierzu 30 Prozent seiner Mittel für die Kantone reserviert. Damit die Gelder an die Kantone ausbezahlt werden, fordert der TPF, dass die Kantone ein Programm aufbauen und einen entsprechenden Antrag stellen. Die Programme sollen sich nach dem nationalen Tabakpräventionsprogramm des Bundes richten und Elemente der Öffentlichkeitsarbeit, der Verhältnisprävention (Jugendschutz, Schutz von Passivrauchern) wie auch der Verhaltensprävention (Verhinderung des Einstiegs, Förderung des Ausstiegs) sowie ein Monitoring und eine Evaluation enthalten.

Das bisher vorgesehene Verfahren des Bundes sieht vor, dass pro Einwohnerin bzw. Einwohner eines Kantons ein bestimmter Betrag ausgerichtet wird (gegenwärtig Fr. 0.7 pro Jahr). Es ist vorgesehen, dass das Programm für den Kanton Basel-Landschaft per Mitte 2010 bewilligt wird und gestartet werden kann.

3.07.09 Suchtprävention: Gemeindeorientierte Frühintervention

Die Gesundheitsförderung Baselland nimmt am nationalen Projekt «Gemeindeorientierte Frühintervention» teil. Das vom Schweizer Kompetenzzentrum für Gesundheitsförderung und Prävention RADIX im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) geleitete Projekt unterstützt Gemeinden beim Aufbau eines Frühinterventionsmanagements mit dem Fokus auf Probleme Jugendlicher mit Sucht, Gewalt und sozialer Ausgrenzung. 2009 hat die Gesundheitsförderung die Gemeinden beim Aufbau einer Arbeitsgruppe und der Durchführung einer Bedarfserhebung begleitet. 2010 führt sie diese Aufgaben weiter und unterstützt maximal vier Gemeinden bei der weiteren Massnahmenplanung.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.01 Mio. Fr.

3.08 Gesundheitswesen

Die Vorbereitungsarbeiten auf allen Ebenen im Hinblick auf die neue Spitalfinanzierung, die am 1. Januar 2012 Wirklichkeit wird, werden fortgeführt. Diese Arbeiten betreffen sowohl die Direktion wie auch die Spitäler. Die Projektierung des Neubaus des Kantonsspitals Bruderholz und des gemeinsamen Kompetenzzentrums für Geriatrie und Rehabilitation BS / BL am Standort Bruderholz hat mit dem Resultat des Wettbewerbes und dem Siegerprojekt mit Namen «Schicht um Schicht» weiter Gestalt angenommen und die Projektierungsarbeiten werden im Jahr 2010 weitergeführt. Der ursprünglich für das Jahr 2009 vorgesehene Bericht über die Altersversorgung im Kanton Basel-Landschaft wird dem Landrat neu im Jahr 2010 unterbreitet werden. Weiter gilt es, die neue Pflegefinanzierung nach Krankenversicherungsgesetz vorzubereiten und dem Landrat die erforderlichen Änderungen zum Entscheid zu unterbreiten. Die Zusammenarbeit mit den frei praktizierenden Ärzten im Bereich Notfallversorgung der Bevölkerung wird konkretisiert.

3.08.02 Neubau des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB)

Die Bauarbeiten schreiten planmässig voran.

3.08.09 KVG-Revision

Die Ausführungsverordnungen zur Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) auf der Stufe Bund wurden am 1. Januar 2009 in Kraft gesetzt. Gestützt auf diese Grundlagen erfolgt die Umsetzungsarbeit auf Kantonsstufe, was weitreichende Änderungen bezüglich Spitalisten und Versorgungsplanung erfordern wird.

3.08.10 Stationäre Geriatrieversorgung für die Bevölkerung des unteren Kantonsteils Basel-Landschaft und die Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt

Der Landrat BL hat am 19. Mai 2009 mit der Vorlage 2009 / 348 und der Grosse Rat BS hat am 2. Juni 2009 mit dem Ratschlag Nr. 08.2098.01 dem Projektierungskredit von je 8.9 Mio. Franken zugestimmt. Im Weiteren ist das Siegerprojekt («Schicht um Schicht») des Wettbewerbs bereits erkoren worden. Die Projektierungsarbeiten werden im Herbst 2009 aufgenommen und im Jahr 2010 fortgeführt.

Finanzielle Auswirkungen
2010:
16.0 Mio. Fr. aus Fonds

Landratsvorlage 2008 / 348 vom 16. Dezember 2008 / Verpflichtungskredit LRB 1211 vom 28. Mai 2009

Total:	Fr.	8 900 000.–	(Konto 2202.503.30.232)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	0.–	
Budget 2009:	Fr.	0.–	
Budget 2010 zusammen mit der Erneuerung Kantonsspital Bruderholz:	Fr.	16 000 000.–	
Entnahme aus Fonds und Anteil BS an den Kosten Geriatriezentrum:	Fr.	16 000 000.–	(vgl. auch Punkt 3.09.11)

3.08.12 Revision der gemeinsamen Spitalliste BS / BL und der Spitalliste BL

Aufgrund der KVG-Revision (vgl. Punkt 3.08.09) und den Vorgaben aus der dazugehörigen Ausführungsverordnung (KVV) wird eine Totalrevision der Spitallisten unumgänglich. Die Spitalliste muss zukünftig gemäss der leistungsorientierten Planung aufgebaut und mit Qualitätsvorgaben versehen werden. Ziel ist es, die Revision der Spitallisten nach den interkantonalen Gesprächen und den Gesprächen mit den Leistungsanbietern bis Ende 2010 oder Anfang 2011 vorliegen zu haben. Zuständig für den Erlass der Spitalliste ist der Regierungsrat.

3.08.14 Alterspolitik

Mit der Einstellung des Projektleiters per 1. Mai 2009 kann nun das Projekt «64+» zügig in Angriff genommen werden. Konzepte werden in Koordination mit den Gemeinden und Verbänden entwickelt und es sollen gemeindeübergreifende Netzwerke geschaffen werden. In einem Bericht wird die zukünftige Alterskonzeption im Kanton dem Landrat unterbreitet werden.

3.08.15 Abkommen, Leistungsvereinbarungen und Verträge mit Spitälern und Kliniken

Die bedarfsgerechte Versorgungsplanung der stationären Behandlungen wird mit der Ausführungsverordnung zum KVG (KVV) umfassend erweitert. Sie basiert auf der leistungsorientierten Planung, mit Wirtschaftlichkeits- und Qualitätskriterien. Mit inner- und ausserkantonalen Spitälern müssen detaillierte Leistungsaufträge vereinbart werden. Grundsätzlich müssen alle Spitalabkommen und Verträge grunderneuert werden.

3.08.16 Geburtshäuser

Geburtshäuser müssen neu entsprechend den Spitälern auf der Spitalliste aufgenommen werden. Dafür müssen mit den Geburtshäusern Gespräche geführt werden, wie die Planungsvorgaben umgesetzt werden können.

3.08.17 Neue Pflegefinanzierung

Die Eidgenössischen Räte haben am 13. Juni 2008 die Revision des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG) im Bereich der Pflegefinanzierung beschlossen. Die Neuordnung der Pflegefinanzierung beinhaltet, dass die obligatorische Krankenpflegeversicherung einen Frankenbeitrag leistet, der je nach Pflegebedarf variiert. Für die Pflegekosten, die nicht von den Sozialversicherungen übernommen werden, dürfen die versicherten Personen bis zu einem Betrag von höchstens 20 Prozent des vom Bundesrat festgesetzten Pflegebeitrags belastet werden. Die Änderung erfordert eine gesetzliche Anpassung auf der Ebene Kanton. Dem Landrat werden in der ersten Jahreshälfte 2010 die erforderlichen Änderungen zum Entscheid unterbreitet (koordiniertes Vorgehen der Sozialversicherungsanstalt, der Finanz- und Kirchendirektion und der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion).

3.08.18 Veterinär-, Jagd- und Fischereiwesen

Die Akkreditierung von Teilen des Kontrollbereichs im Veterinärwesen wird von der Bundesgesetzgebung gefordert. Mit der Integration der Fleischkontrolle in das Qualitätssicherungssystem kann ein stetiger Verbesserungsprozess eingeführt werden.

Mit dem Hirschkonzept sollen mögliche Auswirkungen des Hirsches in Wald und Feld umschrieben und Massnahmen vorbereitet werden, um mögliche Wildschäden zu verhindern. Der Hirsch wird in den Kanton Basel-Landschaft übersiedeln, ein Tier konnte bereits nachgewiesen werden. Mit dem Gamskonzept soll der Gamsbestand gefördert werden.

Die Erfolgskontrolle bei der revitalisierten Birs wird die Antwort auf die natürliche Besiedelung mit der aquatischen Fauna im revitalisierten Flussabschnitt geben. Es können daraus Massnahmen für die Vorgehensweise bei weiteren Flussrevitalisierungen abgeleitet werden.

3.09 Kantonsspital Bruderholz (KSB)

Aktive Mitgestaltung des Projektes «Gesamterneuerung KSB». Sicherstellung der infrastrukturellen Funktionstüchtigkeit bis zur Erneuerung; Anpassungen an exogene Anforderungen in Form der neuen Spitalfinanzierung, den Auszug des UKBB am Standort Bruderholz und die neuen Marktbedürfnisse.

3.09.01 Gebäudesanierung / Sicherheit / Teilsanierung der technischen Basisinfrastruktur

Erhaltung der betrieblichen Funktionstüchtigkeit des KSB bis zum Abschluss des Erneuerungsprojektes KSB.

Umsetzung der Teilprojekte aus dem Paket «Sicherheitsrelevante Massnahmen SM2».

Finanzielle Auswirkungen
2010: 5.0 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2006 / 325		
Total:	Fr.	24 500 000.– (Konto 2380.503.30-252)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	4 822 605.50
Budget 2009:	Fr.	8 000 000.–
Budget 2010:	Fr.	5 000 000.–

3.09.08 Optimierung der Betriebsabläufe

Optimierung der Betriebsabläufe im Hinblick auf die Einführung von Fallpreispauschalen: Aufbau einer umfassenden elektronischen Patientenakte EPA / Majorreleasewechsel der Applikation für die ärztliche Dokumentation inkl. Pflegedokumentation. Vorbereitung kürzerer Aufenthaltszeiten, Evaluation von Möglichkeiten für die Akquisition von mehr Patienten und für Schwerpunkte im Angebot.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.9 Mio. Fr.

3.09.11 Gesamterneuerung Kantonsspital Bruderholz (KSB)

Detail-Projektierung bis zur Baukreditvorlage. Mitarbeit auch in der Projektierung des Kompetenzzentrums für Geriatrie und Rehabilitation.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 16.0 Mio. Fr.
aus Fonds

Landratsvorlage 2007 / 125 vom 29. Mai 2007 / Verpflichtungskredit LRB 204 vom 15. November 2007		
Total:	Fr.	27 000 000.– (Konto 2320.503.30-232)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	1 092 475.27
Budget 2009:	Fr.	15 000 000.– / Entnahme aus Fonds Fr. 15 000 000.–
Budget 2010 zusammen mit Geriatriezentrum:	Fr.	16 000 000.– / Entnahme aus Fonds und Anteil BS an den Kosten Geriatriezentrum: Fr. 16 000 000.– (siehe auch Punkt 3.08.10)

3.10 Kantonsspital Liestal (KSL)

- Sanierung und Erweiterung des Behandlungstraktes unter Berücksichtigung der künftigen Leistungsentwicklung und der Behebung von Engpässen;
- Erarbeitung eines Parkplatzkonzeptes;
- Umsetzung des Daten-Kommunikations-Konzeptes auf der Basis der Studie «Entwicklung der Telekommunikation im KSL»;
- Einführung des Prozessmanagements als Gesamtprojekt in allen Kliniken;
- Bauliche Erweiterung des Restaurants.

3.10.09 Erarbeitung eines Parkplatzkonzeptes und dringende Lösung des Parkproblems rund um das KSL

Mit der Realisierung von zusätzlichen Parkplätzen für Patientinnen und Patienten und Besucherinnen und Besucher im Jahr 2009 wird die akute Parkplatzsituation etwas entschärft. Es ist jedoch dringend erforderlich, das Parkproblem rund um das KSL nachhaltig einer Lösung zuzuführen. Bei einem 400-Betten-Spital und jährlich über 70 000 ambulanten Behandlungen ist die Anzahl Parkplätze nach wie vor völlig unzureichend. Durch den Bau der H2 und dem daraus folgenden Wegfall der vor kurzem erstellten rund 100 öffentlichen Parkfeldern wird es ohne Ersatzangebot zu unhaltbaren Zuständen kommen.

Geplante Tätigkeiten im Jahr 2010: Erarbeitung eines nachhaltigen Parkierungskonzeptes rund um das KSL.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.03 Mio. Fr.

3.10.12 Umsetzung des Daten-Kommunikations-Konzeptes (Phase II)

Aufgrund der Ergebnisse der Studie «Entwicklung der Telekommunikation im KSL» besteht die Zielsetzung, zukünftig die Geschäftsprozesse mittels mobilen Sprach- und Datenkommunikationslösungen effizient, zeit- und ortsunabhängig unterstützen zu können.

Laufende und folgende Planungsschritte:

- Erneuerung der bestehenden LAN-Infrastruktur und die Neuschaffung einer WLAN Funknetz-Infrastruktur bis Ende 2009;
- Evaluation DECT (Digital Enhanced Cordless Telecommunication) und Ausrüstungen von Pilotstationen für mobile Patientendossiers im Jahr 2010;
- Mobile Patientendossiers übrige Stationen, Start Ablösung Personensuchanlage (PSA) im Jahr 2011.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.33 Mio. Fr.

3.10.13 Einführung des Prozessmanagements in den Kliniken

Die Einführung von Swiss-DRG erfordert Transparenz der betrieblichen Abläufe. Die medizinischen, pflegerischen und administrativen Prozesse müssen erfasst, mit Standards versehen und wo nötig optimiert werden. Zudem braucht es ein einheitliches Abbilden der Prozesse und der diagnosebezogenen Patientenzugänge. Wo notwendig werden auch die vor- und nachgelagerten Institutionen mit einbezogen.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.09 Mio. Fr.

3.10.14 Gesamtplanung für die Erweiterung und die Sanierung des Behandlungstraktes unter Berücksichtigung des Raumbedarfs für die Leistungsentwicklungen der nächsten 10 – 15 Jahre

Vor dem Hintergrund des grossen Investitionsbedarfs im Bereich der Spitalinfrastruktur werden die betrieblichen Engpässe in einem Zwischenschritt durch OP-Container behoben. Die Projektierung der Erweiterung / Sanierung des Behandlungstraktes wird bis 2015 sistiert.

3.10.15 Bauliche Erweiterung des Restaurants

Das aus den 80er Jahren stammende Restaurant muss aufgrund von Engpässen räumlich erweitert werden und bedarf einer umfassenden Sanierung der Infrastruktur, insbesondere im bestehenden Buffet-Bereich.

Geplante Tätigkeiten im Jahr 2010: Raum- bzw. Kapazitätserweiterung im Restaurant (Konto 503.30).

Finanzielle Auswirkungen
2010: 2.3 Mio. Fr.

3.12 Zentralwäscherei Liestal (ZWL)

Haustechnische Sanierungen und energiesparende Verbesserungen in der Zentralwäscherei Liestal.

3.12.02 Haustechnische Sanierungen mit Berücksichtigung von energiesparenden Verbesserungen

Im Jahr 2007 wurde eine Zustandsbeurteilung der zum Teil noch aus den 60er Jahren stammenden Infrastruktur erstellt (haustechnische Anlagen und Baukörper). Im daraus resultierenden Bericht, in Form einer Vorprojektstudie zur konzeptionellen Projektentwicklung, werden jährliche, in sich abgeschlossene Sanierungsprojekte aufgezeigt. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen des Unterhaltes und wird etappenweise realisiert.

Geplante Tätigkeiten im Jahr 2010: Ersatz der für die Produktion wichtigen und dringend sanierungsbedürftigen Kälteanlagen (Konto 503.30).

Finanzielle Auswirkungen
2010: 1.13 Mio. Fr.

3.13 Kantonsspital Laufen (KSLa)

- Bauliche Erneuerungen und Verbesserungen im Rahmen des Investitionsbudgets (insbesondere Vertikalerschliessung Medizin 2, Garderobe- und Technikräume als Teilrealisierung aus dem Gesamtprojekt OPCaT);
- Weiterführung der Planung für neue OP-Säle;
- Umfassender Einsatz des Computer-Tomographen und Abschluss der Integration ins PACS (Picture Archiving and Communication System) KSB;
- Ausbau des Radiologiedienstes mit dem KSB;
- Aufbau des Radiologiedienstes KSLa für Niedergelassene;
- Abschluss der Bezugspflege;
- Weiterausbau der Fronttools in der IT zu einem Klinikinformationssystem (KIS);
- Erhöhung der Mitarbeiterbindung;
- Stärkung des Qualitäts-Managements.

3.13.01 Sicherstellung der Grundversorgung / Unterhalt und Erhaltung der Gebäudeinfrastruktur

Der Westtrakt weist erheblichen Sanierungsbedarf auf; die in diesem Trakt untergebrachten Operationssäle wurden zwar immer à jour gehalten, entsprechen aber nicht mehr den heutigen Vorgaben und sollten auch aus Platzgründen abgelöst werden. Nach der Aufteilung des Vorhabens in Komponenten, die im Rahmen des Investitionsbudgets abzuwickeln sind, ist die Planung für neue OP-Säle weiterzuführen. Dringend ist die so genannte «Vertikal-Erschliessung», die zusammen mit weiteren Unterhaltsarbeiten im Jahr 2010 realisiert werden soll (Konto 503.30).

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.94 Mio. Fr.

3.13.05 Vorbereitung der leistungsorientierten Finanzierung (Swiss-DRG) / Einführung Swiss-DRG im Rahmen der Umsetzungsarbeiten zur KVG-Revision (Teil Spitalfinanzierung)

Fortführung der Umsetzungsarbeiten der Jahre 2008 bzw. 2009.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Projektkosten
0.1 Mio. Fr.

3.13.06 Dienstleistungen – Einführung der Bezugspflege

Nach der positiven Beurteilung des Pilotprojektes und seiner Ausrichtung auf eine integrale Einführung im KSLa werden die Umsetzungsarbeiten des Jahres 2009 im Jahr 2010 zum Abschluss gebracht.

3.13.08 Umfassender Einsatz der Computer-Tomographie (CT)

3.13.10

Nach der Betriebsaufnahme der Diagnostik mittels CT im 4. Quartal des Jahres 2009 ist der Einsatz des Computer-Tomographen im Jahr 2010 zu perfektionieren und die PACS-Anbindung an das KSB zu optimieren.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Netto-Mehrertrag
0.35 Mio. Fr.

3.13.09 Ausbau des Radiologiedienstes mit dem Kantonsspital Bruderholz

Im 4. Quartal 2009 wird der Radiologiedienst für das KSLa im Verbund KSB – KSLa durch den Radiologiedienst des KSB vor Ort und im Teleradiologiedienst in Betrieb gehen. Im Jahr 2010 ist der Einsatz und die Zusammenarbeit zwischen dem KSB-Radiologiedienst und den Kliniken bzw. den Niedergelassenen vollständig zu etablieren.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Aufwand und Ertrag
halten sich die Waage

3.13.11 Ausbau des Fronttools in der IT zu einem Klinikinformationssystem (KIS)

Das Fronttool in der IT (Leistungserfassungen aller Art, Berichtswesen, Kapazitätsplanung) wird im Jahr 2009 erweitert; im Jahr 2010 wird der Ausbau mit der Einführung der medizinischen Krankengeschichte abgeschlossen.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Projektkosten
0.1 Mio. Fr.

3.13.12 Aufbau des Radiologiedienstes für Niedergelassene

Mit der Betriebsaufnahme der CT und mit dem Radiologiedienst-Verbund mit dem KSB verfügt das KSLa über eine Voraussetzung, um den niedergelassenen Ärzten die Leistung eines Radiologieangebotes vor Ort verfügbar zu machen. Das KSLa will dieses Feld aktiv besetzen.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Mehrertrag
0.1 Mio. Fr.

3.13.13 Erhöhung der Mitarbeiterbindung

Die im Jahr 2009 mit dem umfassenden Kommunikations- und Verhaltenstraining für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Stufen erreichten Verbesserungen in der innerbetrieblichen Zusammenarbeit sollen gefestigt werden.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.15 Mio. Fr.

3.13.14 Permanentes Qualitäts-Management

Die in den Jahren 2008 und 2009 durchgeführten Verbesserungen sind zu stabilisieren, neue hinzuzufügen und zu einem fixen Element des Qualitäts-Managements auszugestalten.

3.14 Kantonale Psychiatrische Dienste (KPD)

Die Folgeplanung II zum Psychiatriekonzept Basel-Landschaft – vom Landrat in seiner Sitzung vom 27. November 2003 mit Beschluss Nr. 247 zustimmend zur Kenntnis genommen – hat Versorgungsmängel in der Alterspsychiatrie, in der psychiatrischen Tagesversorgung und bei der Behandlung von psychisch Kranken in den somatischen Akutspitälern festgestellt, die es noch zu beheben gilt.

Folgende Ziele werden dabei verfolgt:

- *Die Schaffung eines Alterspsychiatrischen Kompetenzzentrums durch die Externen Psychiatrischen Dienste (EPD) und die Kantonale Psychiatrische Klinik (KPK);*
- *Die Erfassung und die Behandlung von psychiatrischen Leiden an den Kantonsspitälern soll durch konstant präsente Teams der Externen Psychiatrischen Dienste, die in den Spitalstrukturen integriert sind, verbessert werden;*
- *Qualitativer und quantitativer Ausbau zur Differenzierung der ambulanten und teilstationären Angebote an den EPD sowie zur Entlastung der oftmals überbelegten KPK;*
- *Die Schaffung von stationären Strukturen für die Hospitalisation von psychisch kranken Jugendlichen in der Adoleszenz.*

Die Weiterentwicklung des therapeutischen Angebotes der Kantonalen Psychiatrischen Klinik zu einer Klinik mit psychiatrisch-psychotherapeutischer Exzellenz ist eine weitere strategische Zielsetzung der Kantonalen Psychiatrischen Dienste.

Ebenfalls in Angriff genommen werden müssen bauliche Massnahmen zur Sanierung von Klinikgebäuden sowie der durch die ambulanten Dienste genutzten Personalwohnsiedlungen und weiterer Liegenschaften auf dem Platz Liestal. Ebenso müssen dringend benötigte Büroräumlichkeiten geschaffen werden.

3.14.12 Wichtige Differenzierung des therapeutischen Angebotes der Kantonalen Psychiatrischen Klinik im Hinblick auf 2012

Die Kantonale Psychiatrische Klinik hat eine viel beachtete Tradition einer therapeutisch intensiven psychiatrischen Behandlung. Diese Tradition wird modern und zukunftsweisend weiterentwickelt, indem nach Störungsbildern und Schwerpunkten differenzierte therapeutische Konzepte erarbeitet und angeboten werden. Den psychotherapeutischen Angeboten wird ein besonderer Stellenwert zugemessen. Spezialisierte Abteilungen werden für die Behandlung depressiver Störungen im Alter, für die Behandlung von kombinierten Persönlichkeits- und Abhängigkeitsstörungen und für die Behandlung schizophrener Störungen aufgebaut. Das kognitive Training der Demenz und der Umgang mit selbstverletzendem Verhalten werden in das Therapieprogramm aufgenommen. Durch ein besonderes psychiatrisch-psychotherapeutisches Profil wird sich die Klinik verstärkt überregional positionieren und auszeichnen. Dies erhält mit der Einführung des neuen KVG mit offenen Kantonsgrenzen ein besonderes Gewicht.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.693 Mio. Fr.

3.14.13 **Ausbau, Instandsetzung bzw. Ersatz der Gebäudeinfrastruktur der KPD**

Das Bettenhaus B der Kantonalen Psychiatrischen Klinik und die Personalwohnsiedlungen Goldbrunnen, Silberbrunnen und Laubiberg stammen aus den Siebzigerjahren und sind äusserst sanierungsbedürftig. Die Unterhaltsanalyse nach Stratus zeigte, dass diese Gebäude entweder dringend komplett saniert werden müssen oder dass ein Ersatzbau bereitgestellt werden muss. Das ehemalige Kantonale Altersheim Liestal, das heutige Klinikgebäude Haus D, ist ebenfalls sanierungsbedürftig. Dies trifft insbesondere auch für den von den Externen Psychiatrischen Diensten genutzten Gebäudetrakt zu. Zudem besteht ein akuter Büromangel in den Externen Psychiatrischen Diensten. Die vom alterspsychiatrischen Bereich der Klinik genutzten Gebäudeteile sind – in unterschiedlichem Ausmass – ebenfalls sanierungsbedürftig. Des weiteren haben Nutzungsanalysen ergeben, dass sich das Haus D wegen seines unflexiblen Grundrisses nicht wie ursprünglich vorgesehen für die Schaffung der neuen alterspsychiatrischen Akut- und Rehabilitationsstationen eignet.

Die verschiedenen Vorhaben werden im Rahmen einer Gesamtplanung in einer Vorlage an den Landrat zusammengefasst. Dem Landrat wird ein Kredit für die Durchführung eines zweistufigen Architekturwettbewerbes beantragt.

- *Aufstockung des Büro- und Werkstattgebäudes der Kantonalen Psychiatrischen Klinik (Haus C) zwecks Schaffung dringend benötigter zusätzlicher Büroräumlichkeiten* Die Kantonale Psychiatrische Klinik hat ein therapeutisches Konzept, das für die Erfüllung des stationären Versorgungsauftrages dem Gespräch mit dem Patienten/der Patientin für die Diagnostik und die Therapie eine grosse Bedeutung einräumt. Diese beziehungsintensive Behandlungsform setzt eine räumliche Struktur voraus, die vertrauliche Gespräche mit den Patientinnen und Patienten, aber auch mit den Angehörigen, den Zuweisenden etc. ermöglicht.

Im ärztlich-therapeutischen Dienst stehen den Ärztinnen und Ärzten sowie den Psychologinnen und Psychologen eine nicht ausreichende Anzahl von Büros und eine nicht ausreichende Bürofläche zur Verfügung.

Dieses Bauvorhaben wird dem Landrat in einer Vorlage eingereicht.

(vgl. auch Punkte 3.14.07 und 3.14.11 in früheren Programmen).

3.14.14 **Projekt Migrant-Friendly Hospitals**

Migranten und Migrantinnen sind im Gesundheitsbereich unterversorgt. Daraus entstehen gesundheitliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgeprobleme. Rund 25 Prozent der Patienten/innen der Kantonalen Psychiatrischen Klinik und 31 Prozent der Externen Psychiatrischen Dienste haben einen direkten Migrationshintergrund und direkte migrationsgebundene Folgeprobleme und Erkrankungen. Durch die Umsetzung der Empfehlungen des Verbandes Migration Friendly Hospitals werden die vom Bundesamt für Gesundheit in Zusammenarbeit mit den H+ Spitälern der Schweiz formulierten Anforderungen an die regionale Versorgung betreffend Migranten und Migrantinnen erfüllt. Migranten und Migrantinnen werden in den Externen Psychiatrischen Diensten und in der Kantonalen Psychiatrischen Klinik gleichberechtigt versorgt. Dies zeigt sich in einer Verbesserung der Kommunikation mit den Migranten und Migrantinnen, aber auch in einer Erhöhung der Kompetenzen der Mitarbeitenden bezüglich transkultureller und migrationsbedingter Aspekte.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.83 Mio. Fr. für
den ersten Teil des
Architekturwettbewerbes

3.0 Mio. Fr.
Gesamtinvestition

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.062 Mio. Fr.

3.14.15 Gemeinsame psychosomatische Abteilung für Kinder und Jugendliche

Die durch den Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst des Kantons Basel-Landschaft geführte psychosomatische Abteilung mit Standort UKBB Bruderholz und die durch die Kinder- und Jugendpsychiatrische Klinik des Kantons Basel-Stadt geführte psychosomatische Abteilung mit Standort UKBB Römergasse in Basel sollen zu einer gemeinsamen psychosomatischen Abteilung am Standort des neuen UKBB an der Schanzenstrasse in Basel zusammengeführt werden.

3.15 Kantonales Laboratorium

Die Inspektionen und die Analysen für einen optimalen Schutz der Bevölkerung vor gesundheitsgefährdenden und täuschenden Lebensmitteln sind weiterhin auf dem modernsten Stand. Die Auswirkungen des auf 2010 geplanten neuen eidgenössischen Lebensmittelgesetzes werden überprüft.

3.15.04 Zusammenführung der Kantonalen Laboratorien der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft

Die Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen, ob die beiden Laboratorien zusammengelegt werden sollen, wird weitergeführt.

3.15.06 Trinkwasserüberwachung

Die Untersuchungsprogramme und die Analytik für die Trinkwasserüberwachung werden auf den modernsten Stand gebracht. Die Wasserversorgungen, die durch Deponien beeinflusst werden könnten, werden nach den neuesten Kenntnissen untersucht. Das entsprechende Know-how wird aufgebaut und die benötigten Analysegeräte beschafft.



BUD: Die Projektdossiers liegen sauber aufbereitet zum Einblick bereit.

4 Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD)

Jörg Krähenbühl, Regierungsrat



Tiefbau Gut ausgebaute und betriebsbereite Verkehrsnetze sind die unverzichtbare Basis für das Funktionieren einer modernen Gesellschaft und einer prosperierenden Wirtschaft. Dazu gehören Strassennetze von nationaler und regionaler Bedeutung, Schienennetze im Fern- und Nahbereich sowie Verkehrs-

wege für den Langsamverkehr. Neben der Werterhaltung der Verkehrsinfrastruktur geht es um die Sicherstellung der Verkehrssicherheit und des Verkehrsflusses.

Unter diesem Aspekt erhalten die Bewirtschaftung und der Ausbau des Gesamtnetzes für den Strassen- und Schienenverkehr sowie das Verkehrsmanagement hohe Priorität. Diese Verkehrsnetze müssen funktionsgerecht ausgebaut, neuen Anforderungen und Randbedingungen angepasst, in der Substanz über lange Zeit erhalten und schliesslich jederzeit betriebsbereit gehalten werden.

Die hohen Erwartungen und die knappen finanziellen Mittel erfordern eine regionale Koordination der Verkehrs- und Siedlungsplanung im Agglomerationsprogramm.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt im Sicherstellen des Hochwasserschutzes unter gleichzeitiger Beachtung naturnaher Gewässer.

Hochbau Die Schwerpunkte aus dem Jahr 2009 zeigen sich auch für das Jahr 2010 noch aktuell. Für die Bereitstellung von notwendigen Infrastrukturen für die Verwaltungszwecke sind zahlreiche Neubauvorhaben in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Justiz von prioritärer Bedeutung. Darunter sind auch zwei grosse partnerschaftliche Projekte für die Universität Basel. Die zahlreichen Projekte befinden sich vorwiegend in der Planungsphase. Abgeleitet aus der Strategie für ein Flächenmanagement konnten auch zwei Massnahmen (Bauprojekte für die Verwaltung Liestal sowie für Lagerzwecke) konkretisiert werden. Die Frage der Finanzierung der zahlreichen Bauvorhaben führt zu Schwierigkeiten in der Prioritätensetzung.

Im Jahr 2010 (per 1. August 2010) erfolgt der definitive Eigentumsübertrag der Sekundarschulbauten durch den Kanton. Dies fordert das Hochbauamt vorwiegend auf der organisatorischen Ebene. Bauprojekte (Neu- wie auch Um- und Sanierungsprojekte) stehen im Übernahmejahr nicht im Vordergrund.

Erhöhte Massnahmen für den Werterhalt der Liegenschaften sind noch nicht geplant, da erhöhte Sachmittel infolge mangelnder personeller Ressourcen nicht umgesetzt werden können.

Umweltschutz und Energie Im Bereich Umweltschutz und Energie sollen im nächsten Jahr prioritär nachstehende Ziele erreicht werden:

- Energie und Klimaschutz: Die Umsetzung der Energiestrategie des Regierungsrates wird weiter fortgeführt. Im Vordergrund steht – nach der Genehmigung des Landrates – die Implementierung des neuen Energieförderprogramms sowie die Revision des kantonalen Energiegesetzes aus dem Jahr 1991.
- Grundwasser und Altlasten: Grund- und Trinkwasser sind durch wirksame Grundwasserschutzzonen geschützt und speziell im Umfeld belasteter Standorte systematisch überwacht. Der Kataster der belasteten Standorte wird 2010 fertig gestellt, die Altlastenbearbeitung der Chemiedeponien im Raum Muttenz wird fortgeführt und die entsprechenden Massnahmen sind eingeleitet worden.
- Wasserversorgung: Die Strategie des Regierungsrates für die Wasserversorgung im Kanton Basel-Landschaft ist genehmigt und wird umgesetzt.

Industrielle Betriebe Der Kanton sorgt für den gesetzeskonformen, sicheren Betrieb der Anlagen in seinem Verantwortungsbereich und nutzt dabei die Möglichkeit, Wertstoffe und Energie zurückzugewinnen.

In Kooperation mit Privaten werden Materialien aus Altlastensanierungen aufbereitet und ein wesentlicher Teil der Stoffe in den Materialkreislauf zurückgeführt. So werden der nachhaltige Umgang mit Baustoffen gefördert, die Lebensdauer der Reaktordeponie Elbisgraben verlängert und ein Kostenvorteil für den Abfall-Lieferanten realisiert.

Die Abwasserreinigungsanlagen und Anlagen im Netz (Kanäle, Mischwasserbecken) im Verantwortungsbereich des Kantons leisten einen aktiven Beitrag zum Schutz des Nahrungsmittels Trinkwasser, nutzen Kostenvorteile im Betriebsverbund des AIB und werden als Quellen zur Gewinnung erneuerbarer Energie genutzt.

Die Wärmeerzeugung für die Liegenschaften des Kantons und der Betrieb der eigenen Energieanlagen erfolgt durch den vorbildlichen Einsatz neuer Technologien und erneuerbarer Energiequellen wie Holz, Deponie- und Klärgas.

Raumplanung Im Vordergrund stehen im 2010 folgende vier Schwerpunkte:

- Die Umsetzung des Kantonalen Richtplans sowie der Aufbau der Raumbeobachtung (Vollzugs- und Wirkungscontrolling).
- Der Beginn der Umsetzung von Schlüsselprojekten des Spezialrichtplans Salina Raurica.
- Die Durchführung von nachhaltigen Angebotsverbesserungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs im Rahmen des 6. Generellen Leistungsauftrages 2010 – 2013.
- Arealentwicklungen: Polyfeld MuttENZ (ehemals Campus MuttENZ), Birs-Stadt, Dreispitz Süd, Klingenthal-Lachmatt, etc.

Sicherheit Das Sicherheitsinspektorat vollzieht die Störfallverordnung, die Einschliessungs- und Freisetzungsverordnung sowie die Gefahrgutbeauftragtenverordnung mit dem Ziel, die Eigenverantwortung der Betriebe nachhaltig zu unterstützen und Synergien und Ressourcen optimal zu nutzen. Methodische Ansätze und Prozessabläufe für Aspekte der Störfallvorsorge in der Raumplanung und Arbeitshilfen zur optimalen Erfassung der Angaben beim Gefahrguttransport werden erstellt, Bestehendes wird optimiert.

Luftreinhaltung Zentralisierung der koordinierten Feuerungskontrolle zur Vereinheitlichung und Harmonisierung des Vollzugs im Kanton (erfordert eine Änderung des Umweltschutzgesetzes (USG)).

4.01 Verkehr und Bau / Öffentlicher Verkehr

Der mit dem Bericht «Grünes Licht für den öffentlichen Verkehr» 1976 eingeleitete Ausbau der Vorortsbahnen geht in der laufenden Legislaturperiode seinem Ende entgegen. Eine steigende Bedeutung erhalten die Erneuerungs- und die Erhaltungsmassnahmen für die schienengebundenen Trassen. Diese werden für die kommenden Jahre mit den Transportunternehmungen geplant und die notwendigen Kredite werden eingeholt.

Mit dem Kreditbeschluss «Massnahmen Bahnübergänge» wird ein neues Kapitel zur Optimierung der bestehenden Kreuzungen Schiene / Strasse eingeläutet. Rund 240 Tram- und Bahnübergänge (exkl. SBB) sollen in den kommenden Jahren nach den Grundsätzen für die Signalisation der Kreuzungen Schiene / Strasse überprüft und sofern erforderlich optimiert werden.

Für den strassengebundenen öffentlichen Verkehr sind Massnahmen zur Verbesserung der Fahrplanstabilität anzugehen.

Bei der Linie 10 stehen der Ausbau der Verkehrsdrehscheibe Dornach – Arlesheim und die Doppelspurverlängerung bis Stollenrain und bei der Linie 11 die Erneuerung der Ortsdurchfahrt in Reinach an. In Allschwil ist das Trasse der Linie 6 verbunden mit einer moderaten Umgestaltung der Baslerstrasse vollständig zu erneuern.

Ziele all dieser Massnahmen sind die Verbesserung der allgemeinen Verkehrssicherheit durch eine Reduktion oder eine einheitliche Signalisation der Konfliktpunkte Schiene / Strasse, die Sicherung eines reibungslosen Betriebes, ein verdichteter Fahrplan in Spitzenzeiten sowie die Erhöhung der durchschnittlichen Reisegeschwindigkeit.

4.01.02 BLT-Linie 11, Reinach

Trasseerneuerung und Umgestaltung der Ortsdurchfahrt in Reinach.

Bau ab 2009 bzw. 2012.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 1.0 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1995 / 2481 und 2002 / 1478			
Total:	Fr.	39 700 000.–	(Konto 2317.701.40-003, 2317.364.00-003)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	26 786 922.10	
Budget 2009:	Fr.	3 000 000.–	
Budget 2010:	Fr.	1 000 000.–	

4.01.04 BLT-Linie 10, Dornach – Arlesheim

Ausbau der Verkehrsdrehscheibe Dornach – Arlesheim und der Doppelspur bis Stollenrain.

Bau 2008 – 2011.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 7.5 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2006 / 006			
Total:	Fr.	20 788 000.–	(Konto 2317.364.00-013)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	578 270.45	
Budget 2009:	Fr.	9 000 000.–	
Budget 2010:	Fr.	7 500 000.–	

4.01.05 BVB-Linie 6, Allschwil

Erneuerung des Trasses der BVB-Linie 6, Erneuerung der Baslerstrasse sowie Umgestaltung von Haltestellen (Anteil Gleistrasse).

Bau ab 2010 (Kreisel Grabenring) ermöglichen.

Budget 2009:	Fr.	2 000 000.–	(Konto 2317.401.40-014)
Budget 2010:	Fr.	2 600 000.–	(Konto 2317.401.40-014)

Noch kein Kredit vorhanden (siehe auch Punkt 4.02.26).

Finanzielle Auswirkungen
2010: 2.6 Mio. Fr.

4.01.08 Massnahmen Bahnübergänge

Optimierungsmassnahmen nach den Grundsätzen für die Signalisation der Kreuzungen Schiene / Strasse.

Realisierung ab 2010 (unter anderem Lampenberg Nord) – 2014.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 2.5 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2006 / 2036			
Total:	Fr.	20 000 000.–	(Konto 2317.364.00-012)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	252 866.40	
Budget 2009:	Fr.	2 000 000.–	
Budget 2010:	Fr.	2 500 000.–	

4.01.09 BVB-Linie 14, MuttENZ – Pratteln

Erneuerung Tramgeleise 2. Etappe.

Planung ab 2009, Realisierung ab 2011.

Budget 2009:	Fr.	1 000 000.–	(Konto 2317.364.00-006)
Budget 2010:	Fr.	500 000.–	(Konto 2317.364.00-006)

Noch kein Kredit vorhanden.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.5 Mio. Fr.

4.01.10 Standards Schieneninfrastruktur

Die Standards für Schieneninfrastrukturbauten sollen sowohl für den Neubau als auch für die Substanzerhaltung überprüft werden. Ziel ist ein optimierter Mitteleinsatz für die langfristige Gewährleistung der Funktion der Schieneninfrastrukturen. Ein resultierendes Konzept betreffend Mittelbedarf für Schieneninfrastrukturbauten soll ab 2010 vorliegen und die entsprechenden Landratsvorlagen sollen vorbereitet werden.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

4.01.11 Strassen gebundener Öffentlicher Verkehr

Prüfen und Einleiten von Massnahmen zur Verbesserung der Fahrplanstabilität (Busspuren in Therwil / Bruderholzstrasse; Optimierung der Steuerung von Lichtsignalanlagen etc.).

Budget 2010:	Fr.	2 300 000.–	(Konto 2317.401.40-999)
--------------	-----	-------------	-------------------------

Finanzielle Auswirkungen
2010: 2.3 Mio. Fr.

4.01.12 Waldenburgerbahn

Erneuerung (Geleise, Kunstbauten) und Ausbauten (Kreuzungsinself, Anpassung Haltestellen an Behinderten-Gesetz (BeHiG), zukünftiges Rollmaterial) vorbereiten auf der Basis des erneuerten Betriebskonzeptes; inkl. Haltestelle Altmarkt.

Noch kein Kredit vorhanden.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

4.01.13 BVB-Linie 14, Salina Raurica

Verlängerung der Tramlinie 14 bis zur S-Bahn-Station Salina Raurica.

Planung ab 2009.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.5 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 982			
Total:	Fr.	1 344 000.–	(Konto 2317.364.00-016)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	0.–	
Budget 2009:	Fr.	500 000.–	
Budget 2010:	Fr.	500 000.–	

4.01.14 BLT Linie 10 / 17, Doppelspurausbau, Ettingen – Flüh

Ausbau mittels Doppelspur-Inseln zur Ermöglichung 7.5-Minuten-Takt. Planung ab 2009, Realisierung ab 2011.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

(Konto 2317.364.00-024)

Noch kein Kredit vorhanden.

4.01.15 BLT Linie 10 / 17, Instandsetzung

Instandsetzungsmassnahmen Schiene / Fahrleitung zur Erhaltung Betriebssicherheit inkl. erforderliche Anpassungen zur Inbetriebnahme des «Tangos».

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.7 Mio. Fr.

Budget 2010: Fr. 700 000.– (Konto 2317.364.00-027)

Noch kein Kredit vorhanden.

4.01.16 BLT Linie 10 / 17, Doppelspurausbau, Spiesshöfli

Ausbau Reststück auf Doppelspur zur Angebotserweiterung / Fahrplanstabilität.

Planung ab 2009, Realisierung ab 2015.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.1 Mio. Fr.

Budget 2010: Fr. 100 000.– (Konto 2317.364.00-025)

Noch kein Kredit vorhanden.

4.01.17 BLT Linie 10 Birseck, Instandsetzung

Instandsetzungsmassnahmen Schiene / Fahrleitung zur Erhaltung Betriebssicherheit inkl. erforderliche Anpassungen zur Inbetriebnahme des «Tangos».

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.6 Mio. Fr.

Budget 2010: Fr. 600 000.– (Konto 2317.364.00-026)

Noch kein Kredit vorhanden.

4.01.18 BLT Linie 11, Instandsetzung

Instandsetzungsmassnahmen Schiene / Fahrleitung zur Erhaltung Betriebssicherheit inkl. erforderliche Anpassungen zur Inbetriebnahme des «Tangos».

Finanzielle Auswirkungen
2010: 4.1 Mio. Fr.

Budget 2010: Fr. 4 100 000.– (Konto 2317.364.00-027)

Noch kein Kredit vorhanden.

4.02 Verkehr und Bau / Individualverkehr

Hauptziel ist es, dem Zweckartikel des kantonalen Strassengesetzes entsprechend die Betriebsbereitschaft und die Erhaltung der Kantonsstrassen sicherzustellen und ihre Funktion langfristig zu gewährleisten; der entsprechende Mittelbedarf ist hoch. Die Mittel sollen entsprechend der im Regierungsratsbeschluss 1385 (5. September 2006) dargelegten dualen Erhaltungsstrategie investiert werden.

Die Nationalstrassen bilden die Hauptachsen des nationalen und regionalen Verkehrsnetzes. Sie sind seit dem Inkrafttreten der NFA per 1. Januar 2008 vollumfänglich in der Zuständigkeit des Bundes. Der Kanton setzt sich für eine bedarfsgerechte Bewirtschaftung ein.

Der Kanton Basel-Landschaft befürwortet grundsätzlich die vorgesehene Übernahme der H2 Pratteln – Sissach sowie der H18 Basel – Delémont unter fairen Bedingungen. Die Projektierung von Ausbau- und Neubauprojekten wird forciert, um dem Bund möglichst genehmigte Projekte zur raschen Realisierung übergeben zu können. Die notwendigen Erhaltungsmassnahmen werden unabhängig eines allfälligen Eigentümerwechsels nach Bedarf geplant und realisiert.

Die Realisierung des Schlüsselprojektes H2 Pratteln – Liestal wird fortgesetzt.

4.02.01 Optimierung der Strasseninfrastruktur

Der Schwachstellenplan zeigt auf, wo für den motorisierten Individualverkehr, den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr Handlungsbedarf bei der Strasseninfrastruktur zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zur Verbesserung des Verkehrsflusses besteht.

Die Umsetzung der Massnahmen richtet sich nach den Prioritäten Verkehrssicherheit – Zustand Verkehrsinfrastruktur – Verkehrsfluss.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Diverse Konti
Laufende Rg. und Inv.-Rg.
Rubriken 2312, 2313, 2314

4.02.02 Optimierung des Verkehrsflusses

Der Verkehr soll möglichst sicher und flüssig abgewickelt werden. Ganz besonders gilt dies beim Eintreten eines Ereignisses. Dazu werden Verkehrsmanagementpläne für die Nationalstrassen (Federführung Bund; Mitarbeit Kanton) erarbeitet – im Sinne von vorbehaltenen Entschlüssen –, welche die erforderlichen Massnahmen und die Zuständigkeit für die Umsetzung regeln.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.225 Mio. Fr.

Budget 2009:	Fr.	225 000.–	(Konto 2312.318.20)
Budget 2010:	Fr.	225 000.–	(Konto 2312.318.20)

4.02.03 A2 Sanierungstunnel Belchen

Mit dem Inkrafttreten der NFA per 1. Januar 2008 liegt die Verantwortung für dieses Projekt integral beim Bund. Das Tiefbauamt ist in der Begleitkommission des ASTRA durch den Kantonsingenieur vertreten.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine (100% Bund)

4.02.04 A2 Basel – Augst

Abschluss der umfassenden Instandsetzung und Erneuerung des Abschnittes Basel – Augst unter der Verantwortung des ASTRA im Verlauf des 1. Quartals 2009 inkl. Realisierung des Verkehrsleitsystems 2. Etappe sowie Optimierung der Anschlüsse Pratteln und Liestal.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine (100% Bund)

4.02.06 H2 Pratteln – Liestal

Ausführungsprojekt und Realisierung der H2 nach Bauprogramm.

Realisierung bis 2013 (exkl. Rheinstrasse).

Finanzielle Auswirkungen
2010: 99.71 Mio. Fr.
(Spezialfonds)

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1995 / 2418 und 2006 / 1816		
Total:	Fr. 283 000 000.–	(Konto 2312.501.20-004)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr. 102 592 184.90	
Budget 2009:	Fr. 60 000 000.–	
Budget 2010:	Fr. 99 710 000.–	

4.02.07 H2 Umfahrung Liestal

Erneuerung und Ausbau der Umfahrung Liestal, Kreditbeschluss Bauprojekt erwirken, Projekt zur Baureife führen.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 1.5 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2001 / 1217		
Total:	Fr. 900 000.–	(Konto 2312.501.10-138)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr. 878 468.40	
Budget 2009:	Fr. 1 000 000.–	
Budget 2010:	Fr. 1 500 000.–	

Noch kein Baukredit vorhanden (Konto 2312.501.20-151).

4.02.08 H18 Umfahrung Laufen / Zwingen

H18 Umfahrung Laufen / Zwingen: Ausarbeiten des Generellen Projektes bzw. des genehmigten Bauprojektes mit der Option der Übernahme der H18 durch den Bund.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.2 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2000 / 672		
Total:	Fr. 3 000 000.–	(Konto 2312.501.10-013)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr. 2 485 908.40	
Budget 2009:	Fr. 200 000.–	
Budget 2010:	Fr. 200 000.–	

4.02.09 Südumfahrung Basel

Gemäss Beschluss des Landrates zum Kantonalen Richtplan wird innert fünf Jahren eine LRV zur Anpassung des Richtplanes im Bereich Leimental / Birseck ausgearbeitet, die eine Problemanalyse, die Randbedingungen für die Lösungsentwicklung, die Ergebnisse und die erforderliche Richtplananpassung beinhaltet. Die betroffenen Gemeinden sowie der Kanton Basel-Stadt und Frankreich werden in den Planungsprozess einbezogen.

Mit dem Beschluss des Landrates zum Kantonalen Richtplan sind für die Projektierung des gesamten Strassennetzes Baselland Fr. 2.5 Mio. genehmigt worden; davon sind Fr. 1.0 Mio. für den oben beschriebenen Planungsauftrag vorgesehen.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.25 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 1080			
Total:	Fr.	2 500 000.–	(Konto 2312.501.10-017)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	0.–	
Budget 2009:	Fr.	0.–	
Budget 2010:	Fr.	250 000.–	

4.02.10 Kantonale Hochleistungsstrassen, Kantonsstrassen

Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft und Substanzerhaltung, Nachrüsten der Anlagen (Lärm- und Grundwasserschutzbauten) sowie Umgestaltung von Knoten auf den Kantonsstrassen und von Ortsdurchfahrten.

Finanzielle Auswirkungen 2010:
KS 25 – 30 / Jahr HLS 10 im Mittel / Jahr
Diverse Konti Laufende Rg. und Inv.-Rg.
Rubriken 2313 und 2314

4.02.11 Regionales Radroutennetz

Netzausbau: Ausarbeiten ausführungsfähiger Projekte und Realisierung mit Priorität Schulwegsicherung und Eliminierung gefährlicher Punkte und Strecken.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 1.0 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1996 / 32 und 1998 / 74			
Total:	Fr.	47 722 000.–	(Konto 2312.501.20-007)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	25 281 965.15	
Budget 2009:	Fr.	2 500 000.–	
Budget 2010:	Fr.	1 000 000.–	

4.02.14 H18 Anschluss Aesch / Dornach

Bau- und Ausführungsprojekt für Vollanschluss Aesch.

Bau ab 2018 ermöglichen.

Vorprojekt für «Anschluss Dornach» (Federführung Kanton Solothurn) und Durchstich Pfeffingerring. Projektierung 2010 sistiert.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.02 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 1180			
Total:	Fr.	3 300 000.–	(Konto 2314.501.10-003)
Budget 2009:	Fr.	1 000 000.–	
Budget 2010:	Fr.	20 000.–	

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 1180			
Total:	Fr.	400 000.–	(Konto 2312.501.20-152)
Budget 2009:	Fr.	200 000.–	
Budget 2010:	Fr.	0.–	

4.02.16 **Muttenz, Sanierung / Umgestaltung Rheinfelderstrasse**

Bau- und Ausführungsprojekt, Realisierung.

Projektierung 2010 sistiert; **Baubeginn** offen.

(Konto 2312.501.20-145)

Noch kein Kredit vorhanden.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

4.02.18 **Zwingen, Sanierung / Umgestaltung Ortsdurchfahrt und neue Birsbrücke**

Bau- und Ausführungsprojekt, Realisierung (Anteil Strasse).

Vorarbeiten wegen fehlender Mittel 2010 voraussichtlich sistiert. Dieses Projekt wird zur Realisierung im Rahmen von Projektverschiebungen bereitgehalten.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2006 / 302			
Total:	Fr.	14 000 000.–	(Konto 2312.501.20-149)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	1 150 830.40	
Budget 2009:	Fr.	3 000 000.–	
Budget 2010:	Fr.	0.–	

4.02.19 **Reigoldswil, Korrektur Ziefenstrasse**

Bau- und Ausführungsprojekt, Realisierung (Anteil Strasse).

Bau ab 2012 ermöglichen.

Budget 2010: Fr. 200 000.– (Konto 2312.501.20-146)

Noch kein Kredit vorhanden.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.2 Mio. Fr.

4.02.21 **Augst, Sanierung / Umgestaltung Ortsdurchfahrt**

Bau- und Ausführungsprojekt, Realisierung vorbereiten.

Projektierung sistiert; allenfalls muss mit einer Optimierung unter den Investitionsvorhaben versucht werden, Mittel aus dem Agglomerationsprogramm sicherzustellen.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 982			
Total:	Fr.	500 000.–	(Konto 2312.501.20-139)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	10 354.90	
Budget 2009:	Fr.	100 000.–	
Budget 2010:	Fr.	0.–	

4.02.23 Lärmschutz an Kantonsstrassen

Umsetzung der Massnahmen gemäss Strassensanierungsprogramm.
Gebundene Ausgaben im Rahmen der Investitionsrechnung.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 2.0 Mio. Fr.

Budget 2009:	Fr.	3 000 000.–	(Konto 2312.501.20-995)
Budget 2010:	Fr.	2 000 000.–	(Konto 2312.501.20-995)

4.02.25 H18 Tunnel Eggflue

Gewährleistung der Tunnelsicherheit

1. Intervention 2009 / 2010 / 2011: Ausbau Energieleitungstunnel zum Fluchtweg, Fluchtwegabgänge Zentrale. Gesamtkosten 18.83 Mio. Franken.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

Projektierung / Baubeginn: Wegen fehlender Mittel 2010 voraussichtlich sistiert. Dieses Projekt wird zur Realisierung im Rahmen von Projektverschiebungen bereitgehalten.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 1027			
Total:	Fr.	18 830 000.–	(Konto 2314.501.30-001)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	0.–	
Budget 2009:	Fr.	12 000 000.–	
Budget 2010:	Fr.	0.–	

2. Intervention ab 2020: Umbau Tunnellüftung, weitere Fluchtwegabgänge.

4.02.26 Allschwil, Korrektion / Umgestaltung Baslerstrasse

Erneuerung des Trasses der BVB-Linie 6, Erneuerung der Baslerstrasse sowie Umgestaltung von Haltestellen (Anteil Strasse).

Finanzielle Auswirkungen
2010: 3.8 Mio. Fr.

Bau ab 2010 ermöglichen (Kreisel Grabenring).

Budget 2009:	Fr.	1 000 000.–	(Konto 2312.501.10-136)
Budget 2010:	Fr.	500 000.–	(Konto 2312.501.10-136)
Budget 2009:	Fr.	3 000 000.–	(Konto 2312.501.20-136)
Budget 2010:	Fr.	3 300 000.–	(Konto 2312.501.20-136)

Noch kein Kredit vorhanden (siehe auch Punkt 4.01.05).

4.02.28 Pratteln, Salina Raurica, Rheinstrasse

Vorprojekt; Bau- und Ausführungsprojekt, Realisierung vorbereiten.

Projektierung 2010 sistiert. Die Koordination mit der BLT Linie 14 und den Überbauungsplänen muss allerdings sichergestellt werden.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 982			
Total:	Fr.	10 500 000.–	(Konto 2312.501.20-150)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	0.–	
Budget 2009:	Fr.	500 000.–	
Budget 2010:	Fr.	0.–	

4.02.29 Lausen, Hauptstrasse bis Altmarkt

Bau- und Ausführungsprojekt, Kreditbeschluss erwirken.

Realisierung ab 2012.

(Konto 2312.501.20-148)

Noch kein Kredit vorhanden.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

Landratsvorlage in Vorbereitung.

4.02.31 H18 Muggenbergtunnel, Projektierung

Ausarbeiten des (mit dem ASTRA abgestimmten) Generellen Projektes bzw. des genehmigten Bauprojektes mit der Option der Übernahme der H18 durch den Bund (vgl. auch Punkt 4.02.08 im Jahresprogramm 2009).

Projektierung wird ab 2010 aufgenommen.

Budget 2009: Fr. 200 000.– (Konto 2314.501.10-002)

Budget 2010: Fr. 20 000.– (Konto 2314.501.10-002)

Noch kein Kredit vorhanden.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.02 Mio. Fr.

4.03 Verkehr und Bau / Wasserbau

Planung, Realisierung und Unterhalt der kantonalen Gewässer sind darauf ausgerichtet, einen möglichst ungehinderten Wasserabfluss zu gewährleisten ohne Schaden anzurichten. Die Anliegen des Ufer- und Hochwasserschutzes werden unter massvoller Berücksichtigung ökologischer und ortsplannerischer Anliegen realisiert. Mit Revitalisierungen und Ausdolungen wird ein aktiver Beitrag zur Wiederherstellung, Aufwertung und Vernetzung wichtiger Lebensräume geleistet.

Die Massnahmen für den Hochwasserschutz, für Revitalisierungen sowie für die ökologische Aufwertung der Gewässer erfolgen gemäss Wasserbaukonzept und den darin festgelegten Prioritäten unter Berücksichtigung der Mittel und der Opportunität.

Das Wasserbaukonzept wird laufend aufgrund realisierter Massnahmen sowie neuer Erkenntnisse nachgeführt (letztmals 2007); insbesondere werden die Untersuchungen und Analysen des Hochwasserereignisses 2007 berücksichtigt. Schutzzieldefizite liegen ab Mitte 2008 vor. Das Wasserbaukonzept soll 2010 gesamthaft überarbeitet werden.

4.03.02 Passiver Hochwasserschutz

Erarbeiten von Gefahrenkarten unter Federführung der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung sowie des Forstamtes beider Basel zusammen mit dem Amt für Raumplanung und dem Tiefbauamt.

Bis 2011 sollen die Gefahrenkarten für den ganzen Kanton erstellt sein.

Finanzielle Auswirkungen
2010:
(in Rechnung Gebäudeversicherung und Amt für Wald)

4.03.03 Allschwil, Hochwasserschutz «Dorf»

Es ist geplant, die Verpflichtungskredite 2009 abzurechnen und 2010 für das Projekt Hochwasserrückhaltebecken (HWRB) Lützelbach eine Landratsvorlage für einen neuen Kredit auszuarbeiten.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 1.0 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2003 / 2106			
Total:	Fr.	7 090 000.–	(Konto 2316.701.90-015)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	7 426 041.05	
Budget 2009:	Fr.	1 300 000.–	
Budget 2010:	Fr.	1 000 000.–	

4.03.05 Gelterkinden, Hochwasserschutz HWS Eibach

Ausführungsprojekt und Realisierung ab 2010.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 1.5 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2006 / 1697			
Total:	Fr.	2 950 000.–	(Konto 2316.701.90-017)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	15 709.60	
Budget 2009:	Fr.	1 500 000.–	
Budget 2009:	Fr.	1 500 000.–	

4.03.07 Reigoldswil, HWS Hintere Frenke

Weiterführung Bau- und Ausführungsprojekt (Anteil Wasserbau).

Realisierung ab 2011 ermöglichen.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.3 Mio. Fr.

Budget 2009:	Fr.	100 000.–	(Konto 2316.501.90-019)
Budget 2010:	Fr.	300 000.–	(Konto 2316.501.90-019)

Noch kein Kredit vorhanden.

4.03.08 Hochwasserschutz und Revitalisierungen der Birs und der Ergolz

Diverse Projektierungs- und Bauarbeiten, unter anderem Füllinsdorf Ergolz Renaturierung unterhalb ARA, Känerkinden Felibächli Ausdolung.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

Schutzprojekte aufgrund des Hochwassers 2007

Planung und Realisierung von Massnahmen, Bau ab 2012.

Mitarbeit bei der Realisierung eines interkantonalen Hochwasser-Warnsystems entlang der Birs.

4.03.09 Zwingen, Birs HWS und Fischgängigkeit

Weiterführung Ausführungsprojekt und Realisierung ab 2010.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.8 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2007 / 2420			
Total:	Fr.	1 600 000.–	(Konto 2316.501.90-020)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	0.–	
Budget 2009:	Fr.	400 000.–	
Budget 2010:	Fr.	800 000.–	

4.04 Hochbau

Weiterbearbeitung von zahlreichen Projekten in der Phase Planung als Vorbereitung von Projektierungs- und / oder Baukreditvorlagen.

- Basierend auf dem Landratsentscheid zur Bedarfs- und Projektierungsvorlage wird 2010 der Entscheid des Projektevaluationsverfahrens Polyfeld Muttentz (ehemals Campus Muttentz) erfolgen mit Beauftragung des Planerteams aus dem Siegerprojekt zur Bearbeitung des Bauprojektes.
- Für die Bauvorhaben Kantonsspital Bruderholz und Kompetenzzentrum für Geriatrie und Rehabilitation wird 2010 das Vor- und Bauprojekt erarbeitet.
- Basierend auf den Entscheiden der Parlamente beider Basel zur Bedarfs- und Projektierungskreditvorlage wird 2010 der Entscheid des Projektevaluationsverfahrens Neubau Life Sciences Schällemätteli für die Universität Basel erfolgen.
- Der Landrat wird Anfang 2010 über Projektierungskredite zu konkreten Massnahmen aus der Strategie Flächenmanagement entscheiden. Diese basieren auf Testplanungen für Verwaltungsneubauten zur Optimierung des Verwaltungsstandortes Liestal und für einen Lagerneubau zur Optimierung der Lager in Liestal.

Der Landrat entscheidet Anfang 2010 über die definitive Übernahme der Sekundarschulbauten durch den Kanton per 1. August 2010. Im ersten Semester wird die definitive Übernahme der Bauten vorbereitet. Die notwendigen Verträge mit den Gemeinden werden abgeschlossen. Der Personalbestand im Hochbauamt muss aufgestockt werden, die entsprechenden Personalrekrutierungen werden schrittweise durchgeführt.

Bereitstellung räumlicher Ressourcen (Investitionsprojekte) Für die Planung der zahlreichen Projekte sind die notwendigen Finanzmittel sicherzustellen.

Werterhalt der Gebäude und Anlagen im Verwaltungsvermögen Ein minimaler Werterhalt der Liegenschaften im Verwaltungsvermögen sollte garantiert werden. Die Mehrjahresunterhaltsprogramme (Instandhaltung und Instandsetzung) werden aktualisiert, damit die finanziellen und die personellen Ressourcen über die nächsten Jahre ausgewiesen und nach Priorität beantragt werden können. Schwerpunkt im Jahr 2010 ist auch die Erfassung der Liegenschaften der Sekundarschulbauten bezogen auf den Unterhaltsbedarf und die daraus abgeleiteten Mehrjahresplanungen.

4.04.01 Flächenmanagement

Zwei konkrete Massnahmen wurden formuliert, als Projekte definiert und im Investitionsprogramm erfasst.

Liestal, Neubau Verwaltungsgebäude			
Total:	Fr.	70 000 000.–	(Konto 2320.503.30-286)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	0.–	
Budget 2009:	Fr.	800 000.–	
Budget 2010:	Fr.	2 800 000.–	(Projektentwicklung)

Finanzielle Auswirkungen
2010: 2.8 Mio. Fr.

Liestal, Neubau Lagergebäude			
Total:	Fr.	32 000 000.–	(Konto 2320.503.30-287)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	0.–	
Budget 2009:	Fr.	800 000.–	
Budget 2010:	Fr.	3 000 000.–	

Finanzielle Auswirkungen
2010: 3.0 Mio. Fr.

4.04.02 Landratsvorlagen / Verpflichtungskredite LRB

Die Beträge wurden gemäss Budgetierung Investitionsprogramm 2010, Stand RRB vom 11. August 2009 eingesetzt.

Liestal, Staatsarchiv, Ausbau			
Total:	Fr.	15 400 000.–	(Konto 2320.503.30-226)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	13 800 000.–	
Budget 2009:	Fr.	100 000.–	(Garantearbeiten)
Budget 2010:	Fr.	0.–	(abgeschlossen)

Liestal, Staatsarchiv, Ausbau			
Total:	Fr.	2 000 000.–	(Konto 2320.503.30-234)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	140 000.–	
Budget 2009:	Fr.	100 000.–	(Trend 2 000 000.–)
Budget 2010:	Fr.	0.–	(abgeschlossen)

MuttENZ, Gewerbeschule Sanierung Aussenhülle			
Total:	Fr.	2 000 000.–	(Konto 2320.503.30-234)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	140 000.–	
Budget 2009:	Fr.	3 450 000.–	(Trend 2 000 000.–)
Budget 2010:	Fr.	300 000.–	

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.3 Mio. Fr.

UKBB Neubau Basel (50% Anteil BL) Vorlage 2005 / 1393			
Total:	Fr.	80 850 000.–	(Konto 2320.503.30-242)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	21 250 000.–	
Budget 2009:	Fr.	27 650 000.–	
Budget 2010:	Fr.	26 000 000.–	

Finanzielle Auswirkungen
2010: 26.0 Mio. Fr.

MuttENZ, Strafjustizzentrum, Projektierungsvorlage 2004 / 182 und 2005 / 1325			
Total:	Fr.	73 000 000.–	(Konto 2320.503.30-253)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	2 350 000.–	
Budget 2009:	Fr.	2 050 000.–	
Budget 2010:	Fr.	200 000.–	

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.2 Mio. Fr.

Liestal, Neubau Kantonsgerichtsgebäude, Projektierungsvorlage 2004 / 182			
Total:	Fr.	15 500 000.–	(Konto 2320.503.30-254)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	0.–	
Budget 2009:	Fr.	0.–	
Budget 2010:	Fr.	0.–	(abgeschlossen)

Augst Römerstadt Augusta Raurica AP / Steinlager / Diverses			Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.5 Mio. Fr.
Total:	Fr.	33 300 000.– (Konto 2320.503.30-257)	
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	190 000.–	
Budget 2009:	Fr.	300 000.–	
Budget 2010:	Fr.	500 000.–	
Münchenstein, Gymnasium Sanierung Gebäudehülle Projektierungskredit 2007 / 283			Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.5 Mio. Fr.
Total:	Fr.	21 000 000.– (Konto 2320.503.30-258)	
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	230 000.–	
Budget 2009:	Fr.	500 000.–	
Budget 2010:	Fr.	500 000.–	
Muttenz, BZM Sanierung Haustechnik / Gebäudehülle			Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.5 Mio. Fr.
Total:	Fr.	10 000 000.– (Konto 2320.503.30-259)	
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	0.–	
Budget 2009:	Fr.	300 000.–	
Budget 2010:	Fr.	500 000.–	
Liestal, Zeughaus Sanierung Gebäudehülle Vorlage 2007 / 283			
Total:	Fr.	3 300 000.– (Konto 2320.503.30-260)	
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	1 330 000.–	
Budget 2009:	Fr.	100 000.–	
Budget 2010:	Fr.	0.– (2009 abgeschlossen)	
Liestal, Gymnasium Sanierung Gebäudehülle Vorlage 2007 / 283			Finanzielle Auswirkungen 2010: 6.3 Mio. Fr.
Total:	Fr.	9 050 000.– (Konto 2320.503.30-263)	
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	200 000.–	
Budget 2009:	Fr.	3 000 000.–	
Budget 2010:	Fr.	6 300 000.–	
Oberwil, Gymnasium Turnhalle Sanierung Gebäudehülle Vorlage 2007 / 283			
Total:	Fr.	1 150 000.– (Konto 2320.503.30-264)	
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	1 160 000.–	
Budget 2009:	Fr.	0.–	
Budget 2010:	Fr.	0.– (2009 abgeschlossen)	

Liestal, Kantonsmuseum, Umbau und Sanierung				Finanzielle Auswirkungen 2010: 5.72 Mio. Fr.
Total:	Fr.	7 200 000.–	(Konto 2320.503.30-271)	
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	230 000.–		
Budget 2009:	Fr.	3 300 000.–		
Budget 2010:	Fr.	5 720 000.–		
Liestal, Turnhalle für Gymnasium				Finanzielle Auswirkungen 2010: 4.7 Mio. Fr.
Total:	Fr.	9 500 000.–	(Konto 2320.503.30-272)	
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	0.–		
Budget 2009:	Fr.	900 000.–		
Budget 2010:	Fr.	4 700 000.–		
Laufen, Gymnasium Sanierung Haustechnik / Bau				
Total:	Fr.	5 000 000.–	(Konto 2320.503.30-273)	
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	0.–		
Budget 2009:	Fr.	300 000.–		
Budget 2010:	Fr.	0.–	(Zustandsanalyse in Arbeit)	
Liestal, ZID, Notstrom / Rechenzentrum, inkl. Ersatz Kälte und USV -Erweiterung				Finanzielle Auswirkungen 2010: 1.8 Mio. Fr.
Total:	Fr.	4 100 000.–	(Konto 2320.503.30-274)	
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	0.–		
Budget 2009:	Fr.	300 000.–		
Budget 2010:	Fr.	1 800 000.–		
Münchenstein, Gymnasium Sanierung Innenräume / Erweiterungsbau				Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.7 Mio. Fr.
Total:	Fr.	29 400 000.–	(Konto 2320.503.30-278)	
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	0.–		
Budget 2009:	Fr.	300 000.–		
Budget 2010:	Fr.	700 000.–		
Münchenstein, Gymnasium Sanierung Villa Ehinger				Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.1 Mio. Fr.
Total:	Fr.	4 000 000.–	(Konto 2320.503.30-279)	
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	0.–		
Budget 2009:	Fr.	300 000.–		
Budget 2010:	Fr.	100 000.–		

Muttenz, FHNW HLS			Finanzielle Auswirkungen 2010: 1.7 Mio. Fr.
Total:	Fr.	110 000 000.– (Konto 2320.503.30-280)	
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	30 000.–	
Budget 2009:	Fr.	300 000.–	
Budget 2010:	Fr.	1 700 000.–	
Sissach, Landwirtschaftliches Zentrum Ebenrain, Sanierung			Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.3 Mio. Fr.
Total:	Fr.	2 000 000.– (Konto 2320.503.30-281)	
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	10 000.–	
Budget 2009:	Fr.	500 000.–	
Budget 2010:	Fr.	300 000.–	
Pratteln, KIGA Gebäude- / Arbeitsplatzoptimierung			Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.3 Mio. Fr.
Total:	Fr.	2 000 000.– (Konto 2320.503.30-282)	
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	10 000.–	
Budget 2009:	Fr.	600 000.–	
Budget 2010:	Fr.	300 000.–	
Gutsbetrieb Wildenstein und Arxhof, Freilaufställe			Finanzielle Auswirkungen 2010: 1.2 Mio. Fr.
Total:	Fr.	2 500 000.– (Konto 2320.503.30-284)	
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	80 000.–	
Budget 2009:	Fr.	800 000.–	
Budget 2010:	Fr.	1 200 000.–	
Muttenz, FHNW PH / HSA inkl. Umbau HABG			Finanzielle Auswirkungen 2010: 2.3 Mio. Fr.
Total:	Fr.	140 000 000.– (Konto 2320.503.30-286)	
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	0.–	
Budget 2009:	Fr.	800 000.–	
Budget 2010:	Fr.	2 300 000.–	
Muttenz, FHNW, Instandsetzungsarbeiten Übergangslösungen			Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.5 Mio. Fr.
Total:	Fr.	3 900 000.– (Konto 2320.503.30-311)	
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	0.–	
Budget 2009:	Fr.	900 000.–	
Budget 2010:	Fr.	500 000.–	

Basel, UNI Neubau Schällemätteli (50% Anteil BL)			Finanzielle Auswirkungen 2010: 2.5 Mio. Fr.
Total:	Fr. 118 750 000.–	(Konto 2320.503.30-410)	
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr. 0.–		
Budget 2009:	Fr. 250 000.–		
Budget 2010:	Fr. 2 500 000.–		
Basel, UNI Neubau Volta (50% Anteil BL)			
Total:	Fr. 131 750 000.–	(Konto 2320.503.30-411)	
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr. 0.–		
Budget 2009:	Fr. 250 000.–		
Budget 2010:	Fr. 0.–	(verzögert)	
Sissach, Arealnutzung Werkhof			Finanzielle Auswirkungen 2010: 0.3 Mio. Fr.
Total:	Fr. 10 500 000.–	(Konto 2320.503.30-412)	
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr. 0.–		
Budget 2009:	Fr. 0.–		
Budget 2010:	Fr. 300 000.–		
Globalkredit für Umsetzung Sofortmassnahmen Flächenmanagement			Finanzielle Auswirkungen 2010: 2.0 Mio. Fr.
Total:	Fr. 5 000 000.–	(Konto 2320.503.30-992)	
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr. 0.–		
Budget 2009:	Fr. 300 000.–		
Budget 2010:	Fr. 2 000 000.–		
Globalkredit für aufgelaufenen Unterhalt Bau und Haustechnik			Finanzielle Auswirkungen 2010: 2.0 Mio. Fr.
Total:	Fr. 50 000 000.–	(Konto 2320.503.30-997)	
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr. 0.–		
Budget 2009:	Fr. 300 000.–		
Budget 2010:	Fr. 2 000 000.–		
Übernahme der Sekundarschulbauten, Neu- und Umbauten			Finanzielle Auswirkungen 2010: 4.0 Mio. Fr.
Total:	Fr. 50 000 000.–	(Konto 2320.503.30.991)	
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr. 0.–		
Budget 2009:	Fr. 0.–		
Budget 2010:	Fr. 4 000 000.–	(Umfang noch offen, Arbeit erst ab 2011)	

4.04.05 Werterhaltung der Gebäude und Anlagen im Verwaltungsvermögen

Ein minimaler Werterhalt der Liegenschaften im Verwaltungsvermögen sollte garantiert werden. Basierend auf den mit STRATUS erhobenen Zustandsanalysen der Gebäude werden mittels Mehrjahresunterhaltsplänen die benötigten Finanzmittel nach Priorität beantragt.

Bau (Globalbudget / Verpflichtungskredit)

Bau-Infrastruktur Unterhaltsmassnahmenpläne einführen und umsetzen Objekte erster Priorität (davon 75% IS / IH und 25% Nutzerbedingte Veränderungen). Landratsvorlage in Arbeit.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 10.0 Mio. Fr.

(Konto 2320.503.30.999)

Technik (Globalbudget / Verpflichtungskredit)

Haustechnik-Infrastruktur Unterhaltsmassnahmenpläne einführen und umsetzen Objekte erster Priorität. Landratsvorlage in Arbeit.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 2.0 Mio. Fr.

(Konto 2320.503.30.998)

4.04.06 Übernahme Sekundarschulen durch den Kanton Eigentumsübertrag

Einmaliger Finanzbetrag für den Eigentumsübertrag. Der im Schulbautenfonds 8010 reserverte Betrag reicht nicht aus, um die effektiven Kosten des Übertrags zu decken.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 42.0 Mio. Fr.

Übernahme der Sekundarschulbauten, Eigentumsübertrag		
Total:	Fr. 140 000 000.–	(Konto 2320.503.30.xxx)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr. 0.–	
Budget 2009:	Fr. 0.–	
Budget 2010:	Fr. 130 000 000.–	
Fondsvermögen per 1. Januar 2009:	Fr. 88 000 000.–	

4.05 Umwelt / Energie

A Abfall / Ressourcenschonung / Altlasten / Umweltgefährdende Stoffe

Zur Schonung wichtiger Ressourcen wie Boden, Wasser, Stoffe und Energie werden in transparenten Projekten die Entscheidungen vorbereitet.

4.05.05 Projekte zur Ressourcenschonung

Der Kanton verfügt über eine Strategie, wie die Ressourcenschonung (Schonung von Energie, Wasser, Boden, Stoffen und Abfällen etc.) beispielsweise durch Cleaner Production bei KMU besser verankert werden kann. Daraus abgeleitet ist mindestens ein Pilotprojekt realisiert. Diese Massnahme wird aus Prioritäts- und Ressourcengründen auf das Jahr 2011 verschoben.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

4.05.06 Überwachung und Sanierung wichtiger belasteter Standorte

Der Kataster der belasteten Standorte (KbS) ist erstellt und der Öffentlichkeit zugänglich. Für die Deponien im Raum MuttENZ (Feldreben, Margelacker und Rothausstrasse) sind die entsprechenden Überwachungs- bzw. Sanierungsmassnahmen eingeleitet. Für die Deponien im Raum Wanne / Löli und die belasteten Standorte in Schönenbuch sind die technischen Untersuchungen abgeschlossen.

Finanzielle Auswirkungen
2010:
0.30 Mio. Fr. für KbS
2.21 Mio. Fr. für Deponien
MuttENZ, Pratteln und
Schönenbuch

Budget 2010:	Fr.	300 000.–	für KbS
	Fr.	2 210 000.–	für Deponien

4.05.07 Flächenrecycling

Wird im Rahmen der Bearbeitungen von Bauprojekten und mit dem Kataster der belasteten Standorte als Arbeitsgrundlage behandelt.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

4.05 Umwelt / Energie

B Grundwasser / Wasserversorgung / Wassernutzung

Die Versorgung mit Trinkwasser in guter Qualität und ausreichender Menge ist sichergestellt, indem Gefahrenquellen identifiziert und weitgehend eliminiert sowie wirksame Schutzzonen planerisch gesichert sind.

4.05.11 Konzept «Zukunft Wasserversorgung BL»

Die Strategie des Regierungsrates zur Wasserversorgung BL liegt vor und entsprechende Massnahmen sind eingeleitet.

Finanzielle Auswirkungen 2010:
In der Laufenden Rechnung keine, da gebührenfinanziert (keine Belastung des Staatshaushaltes)

4.05.12 Überwachung der Grundwasserqualität

Systematische grossräumige Überwachung der chemischen Belastung des Grundwassers unter besonderer Berücksichtigung belasteter Standorte (hot spots wie MuttENZer Hard, Pratteln, Schönenbuch, unteres Ergolzthal) und Durchführung der Untersuchungen im Rahmen des nationalen Netzes zur Qualitätsbeobachtung des Grundwassers NAQUA.

Finanzielle Auswirkungen
2010: In der Laufenden Rechnung keine, da gebührenfinanziert (keine Belastung des Staatshaushaltes)

4.05.13 Wirksame Grundwasserschutzzonen und -areale

Die heutigen Schutzzonen werden in den für die Wasserversorgung prioritären Zonen mit modernen hydrogeologischen Methoden überprüft und entsprechend angepasst.

Finanzielle Auswirkungen 2010:
In der Laufenden Rechnung keine, da gebührenfinanziert (keine Belastung des Staatshaushaltes)

4.05 Umwelt / Energie

D Luftreinhaltung

Schutz der Umwelt und des Menschen vor übermässiger Luftbelastung durch Sicherstellung der Einhaltung der Emissions- und Immissionsgrenzwerte sowie durch Umsetzung der Massnahmen des Luftreinhalteplans.

4.05.30 Minderung der Staubemissionen von Feststofffeuerungsanlagen

Durchführung einer systematischen Informations- und Sensibilisierungskampagne zusammen mit der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung und den Kaminfegermeistern.

Baustellenkontrolle: Partikelfilter für Baumaschinen, Pilotprojekt zusammen mit dem Bundesamt für Umwelt (BAFU).

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.03 Mio. Fr.

Budget 2010: Fr. 30 000.–

4.05.31 Umsetzung der Massnahmen des Luftreinhalteplans und Begleitung von Projekten

- Abschlussbericht zur energetischen Nutzung von Schlagabraum und Grünmaterial, zusammen mit dem Landwirtschaftlichen Zentrum Ebenrain (LZE).
- Berichterstattung an das Parlament zur Umsetzung des Luftreinhalteplans; Synergien Luft / Klima, Wirkungen, Volkswirtschaftlicher Nutzen.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.04 Mio. Fr.

Budget 2010: Fr. 40 000.–

4.05.32 Atmosphärische Gasheizungen

Fortsetzung des Sanierungsprogramms für atmosphärische Gasheizungen (Phase II).

Finanzielle Auswirkungen 2010:
Keine

4.05.33 Feinstaubproben

Charakterisierung der Zusammensetzung und der Herkunft von Feinstaubproben.

Finanzielle Auswirkungen 2010:
0.055 Mio. Fr.

Budget 2010: Fr. 55 000.–

4.05.38 Aufbau des Bereichs «Lichtverschmutzung»

Budget 2010: Fr. 10 000.–

Finanzielle Auswirkungen 2010:
0.01 Mio. Fr.

4.05.39/1 Zentralisierung der koordinierten Feuerungskontrolle in BL + BS

Zentralisierung der koordinierten Feuerungskontrolle in BL und BS gemäss den Forderungen des Postulates 2006 / 173.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.4 Mio. Fr.

Budget 2010: Fr. 400 000.–

4.05.39/2 Luftbelastung entlang der Hauptverkehrsachsen

Erfassung der Luftbelastung entlang der Hauptverkehrsachsen im Kanton Basel-Landschaft.

Finanzielle Auswirkungen
2010: nur interner
Personalaufwand

4.05.39/3 Stärkung der Messkontrolltätigkeit

Stärkung der Messkontrolltätigkeit zur Sicherstellung der Einhaltung der Emissionsgrenzwerte sowie der Bau- und Bewilligungsauflagen.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.15 Mio. Fr.

Budget 2010: Fr. 150 000.–

4.05 Umwelt / Energie

E Schutz vor Störfällen / Sicherheit

Der hohe Sicherheitsstandard wird aufrechterhalten. Sicherheit ist als Querschnittsaufgabe in anderen Bereichen (wie zum Beispiel der Raumplanung) integriert; die Informationen werden dank des Geoinformationssystems (GIS) genutzt.

4.05.41 Risikoermittlung Salina Raurica

Das Risiko für das Projekt Salina Raurica, ausgehend von den Industriestandorten im Raum Schweizerhalle, soll anhand einer Risikoermittlung beurteilt und allfällige Massnahmen sollen vorgeschlagen werden.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.1 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB			
Total:	Fr.	100 000.–	(Konto 2380.318.20-100)
Budget 2010:	Fr.	100 000.–	

4.05.42 Umfassender Risikokataster

Zusammenführung, Kommunikation und Darstellung des Katasters der radiologischen, chemischen und biologischen Risiken im A-Risk und C-Risk.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.05 Mio. Fr.

Total:	Fr.	100 000.–	(Konto 2380.318.20-100)
Budget 2010:	Fr.	50 000.–	
Budget 2011:	Fr.	50 000.–	

4.05.43 Bekämpfung invasive Neobioten

Gemäss RRB Nr. 1130 vom 19. August 2008 «Neobiota-Handeln jetzt» erarbeitet die Arbeitsgruppe Neobiota des Kantons in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt eine Strategie zum Vorgehen gegen die ungehinderte Ausbreitung invasiver Neobiota. Umsetzung der in der Strategie vorgeschlagenen Massnahmen ab 2010. Die Massnahmen werden sich in den Budgets von Tiefbauamt, Amt für Raumplanung und Sicherheitsinspektorat niederschlagen und insgesamt einen Umfang von rund 2 Mio. Franken annehmen.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 2.0 Mio. Fr.

Budget 2010: Fr. 2 000 000.–

4.05 Umwelt / Energie

G Energie / Klimaschutz

Umsetzung der Energiestrategie mit den Zielen Energie sparen, Energieeffizienz und Anteil erneuerbarer Energie erhöhen und damit die CO₂-Emissionen reduzieren.

4.05.61 **Finanzielle Anreize und Förderung im Bereich Energie**

Die Förderbeiträge werden möglichst wirkungsvoll eingesetzt und einer Wirkungsanalyse unterzogen. Ein Förderprogramm für die Sanierung bestehender Bauten ist bei vorliegender Genehmigung der neuen Landratsvorlage ab 1. Januar 2010 in der Umsetzung.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 5.0 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2004 / 793			
Total:	Fr.	4 000 000.–	(Konto 2330.365.80)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	1 506 732.–	
Budget 2009:	Fr.	800 000.–	
Budget 2010:	Fr.	800 000.–	

Neue Landratsvorlage / Verpflichtungskredit			
Total:	Fr.	50 000 000.–	(Konto 2330.365.80)
Budget 2010:	Fr.	4 200 000.–	

4.05.63 **Erarbeitung und Umsetzung der kantonalen Energie- und Klimaschutzstrategie**

Die Energiestrategie wurde vom Regierungsrat im April 2008 beschlossen und das Amt für Umwelt und Energie (AUE) wurde mit der Umsetzung beauftragt. Die in der Energiestrategie enthaltenen Massnahmen werden schrittweise umgesetzt und damit gleichzeitig die entsprechenden politischen Vorstösse abgeschrieben.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.36 Mio. Fr.

Budget 2010: Fr. 360 000.–

4.05.64 **Internationale Zusammenarbeit**

Finanzielle Beteiligung des Kantons und des AUE an Interreg IV. Projekte zur Umsetzung der grenzüberschreitenden Klimaschutzstrategie und im Programm der Arbeitsgruppe Umwelt der Oberrheinkonferenz D,E,CH.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.05 Mio. Fr.

Die Umsetzung dieser Projekte ist durch die Zugehörigkeit des Kantons BL in der Oberrheinkonferenz gegeben. Die Landeskantlei hat hierfür eine entsprechende Budgetposition. Nach neuen Interreg- Finanzierungsregeln tragen die betroffenen Dienststellen auch einen kleinen Teil der Finanzierung. So etwa heute bereits beim Interreg-Projekt Mikrozonierung und Erdwärmenutzung.

Budget 2010: Fr. 50 000.–

4.05 Umwelt / Energie

H Nachhaltige Entwicklung

4.05.73 Beitritt zu Novatlantis

Die Kooperation mit Novatlantis soll auf dem bisherigen Niveau weitergeführt und der bisherige Einfluss aufrechterhalten werden. Die ursprünglich anvisierte Intensivierung der Kooperation (früher missverständlicherweise als «Vollbeitritt» oder «Beitritt» zu Novatlantis bezeichnet) ist aus Prioritäts- und Ressourcengründen derzeit nicht möglich, weil die Umsetzung der übrigen Massnahmen aus der Energiestrategie gemäss den Punkten Nr. 4.05.61 und 4.05.63 Priorität geniessen.

Budget 2010: Fr. 40 000.–

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.04 Mio. Fr.

4.05 Umwelt / Energie

I Umweltbeobachtung / Wirkungsorientierter Umweltschutz

Die Lösung der Probleme in den Bereichen Umwelt und Energie erfolgt inhaltlich vernetzt und räumlich über Grenzen hinweg. Die Verwaltung entwickelt sich weiter bezüglich Wirkungsorientierung und Effizienz.

4.05.80 Ökocontrolling

Realisierung des Beitrags BL zum Projekt «Netzwerk Umweltbeobachtung Schweiz (NUS)» von Bund und Kantonen in den Bereichen Bodenschutz und Gewässerschutz.
Die Arbeiten auf Bundesebene lösen im Jahr 2010 keine Aktivitäten beim AUE aus.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

4.05.81 Verwaltungskooperation

Die Kooperation mit dem AUE BS, dem Lufthygieneamt (LHA) und dem Kantonalen Laboratorium (KL) wird weiterentwickelt.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

4.05 Umwelt / Energie

J Nichtionisierende Strahlung

Schutz der Bevölkerung vor nichtionisierender Strahlung durch die flächendeckende Überwachung der Immissionen und die verstärkte Kontrolle von Sendeanlagen.

4.05.90 Fertigstellung des Immissionskatasters und Validierung durch Messungen

Begleitung des Nationalen Forschungsprogramms (NFP) Qualifex.

Budget 2010: Fr. 15 000.–

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.015 Mio. Fr.

4.05.91 Verstärkte Feldkontrolle von Mobilfunkstationen

Verstärkte Feldkontrolle von Mobilfunkstationen sowie regelmässige Inspektionen der Betriebsparameter in den Mobilfunkzentralen.

Budget 2010: Fr. 40 000.–

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.04 Mio. Fr.

4.06 Industrielle Betriebe / Abwasserreinigung / Abfallentsorgung / Energieversorgung

Abwasserreinigung

- Sicherstellen einer nachhaltigen, gesetzeskonformen Abwasserreinigung im Kanton Basel-Landschaft durch die stetige Weiterentwicklung und den Werterhalt der Infrastruktur.
- Wertstoffe zurückgewinnen und im Sinne der Vorsorge gefährliche Schadstoffe (Hormone, Medikamente) vom Wasserkreislauf fernhalten durch nachhaltige Aufbereitung des Abwassers an der Quelle und in den ARA.

Abfallentsorgung

- Sichere Lagerung von belasteten Abfällen im Kanton Basel-Landschaft zu marktkonformen Preisen.
- Wertstoffe in den Materialkreislauf zurückführen durch nachhaltige Aufbereitung von belasteten Abfällen.

Energieversorgung

- Produktion von Energie (Wärme und Strom) mit hoher Verfügbarkeit aus erneuerbaren Energiequellen (Holz, Deponiegas, Klärgas).

4.06.02 Mischwasserbehandlung

Bau von Mischwasserbecken zur Reduktion der Anzahl Entlastungen in die Gewässer im Fall von Regenwetter.

Finanzielle Auswirkungen
2010: In der Laufenden
Rechnung keine,
da gebührenfinanziert

Birsigtal

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1991 / 2717			
Total:	Fr.	20 300 000.–	(Konto 2341.501.52.103)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	13 318 965.38	
Budget 2009:	Fr.	1 500 000.–	
Budget 2010:	Fr.	1 500 000.–	

Birstal

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2004 / 308			
Total:	Fr.	24 700 000.–	(Konto 2341.501.52.118)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	10 177 510.31	
Budget 2009:	Fr.	2 500 000.–	
Budget 2010:	Fr.	3 000 000.–	
Rest budgetiert bis 2012.			

Frenketal

Rückbau ARA Reigoldswil mit Ableitung zur ARA Frenke 3 in Bubendorf und Neubau Mischwasserbecken (Konto 2341.501.52.124)			
Budget 2009:	Fr.	1 500 000.–	
Budget 2010:	Fr.	0.–	

4.06.03 Erhalt der ARA

Finanzielle Auswirkungen
2010: In der Laufenden
Rechnung keine,
da gebührenfinanziert

Frenketal

Planungskredit bewilligt LRB 2007 / 268 Planung für die Abwasserbehandlung im Frenketal			
Total:	Fr.	800 000.–	(Konto 2341.501.51.078)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	0.–	
Budget 2009:	Fr.	400 000.–	
Budget 2010:	Fr.	400 000.–	

Ergolztal

Für Sanierung Biologie ARA Ergolz 2, Sanierung Ergolzbrücke und Ersatz Prozessleitsystem ARA Ergolz 1 Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2007 / 269			
Total:	Fr.	10 400 000.–	(Konten 2341.501.51.075/076/077)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	2 996 033.49	
Budget 2009:	Fr.	4 200 000.–	
Budget 2010:	Fr.	1 000 000.–	

Birsigtal

Ersatz Prozessleitsystem ARA Birsig Landratsvorlage geplant (Konto 2341.501.51.079)			
Budget 2010:	Fr.	800 000.–	

Kanalsanierungen

Für Sanierung Kanal Sissach Landratsvorlage geplant			
Total ca.	Fr.	3 000 000.–	(Konto 2341.501.52.125)
Budget 2010:	Fr.	1 500 000.–	
Rest budgetiert bis 2011.			

Reigoldswil Zuleitungskanal zum Mischwasserbecken Landratsvorlage geplant			
Total ca.	Fr.	800 000.–	(Konto 2341.501.52.120)
Budget 2010:	Fr.	800 000.–	

4.06.07 Werterhaltung der Infrastruktur im Bereich Abfallentsorgung

Reaktoretappen 6 – 8

Finanzielle Auswirkungen
2010: Gebührenfinanziert

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1993 / 1396, 1997 / 1161			
Total:	Fr.	24 570 000.–	(Konto 2343.501.60.013/018/019)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	19 891 885.32	
Budget 2009:	Fr.	500 000.–	
Budget 2010:	Fr.	300 000.–	
Rest ab 2011.			

4.06.10 Gewinnung Neukunden, Standortvorteile zur Industrieansiedlung nutzen

Gewinnung von neuen Kunden und gezielte Ansiedlungen von Industriebetrieben, die Prozesswärme benötigen, zusammen mit der Wirtschaftsförderung des Kantons, durch Nutzung des Standortvorteils der vorhandenen Hoch- und Mitteltemperaturnetze der Fernwärme.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Gebührenfinanziert

Gewinnung von neuen Fernwärmekunden Netzausbau Nord Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1994 / 1741			
Total:	Fr.	15 000 000.–	(Konto 2344.503.30.188)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr.	13 818 563.04	
Budget 2009:	Fr.	500 000.–	
Budget 2010:	Fr.	800 000.–	

Fernwärme Kriegacker MuttENZ, Ersatz Wärmepumpe Für Sanierung Landratsvorlage geplant	
Total ca.:	Fr. 1 500 000.–

4.07 Raumplanung

A Grenzüberschreitende Raumentwicklung

Partnerschaftliche Gestaltung des Lebens- und Wirtschaftsraumes der Region Basel. Zusammen sind die Infrastrukturen für die Erreichbarkeit der Trinationalen Agglomeration auszubauen und zu betreiben. Wir haben miteinander die Sorge um die Umwelt und die Landschaften zu tragen. Für diese Zukunftsaufgaben ist eine gemeinsame Organisation einzurichten. Mit der Gründung des Trinationalen Eurodistricts Basel wird in den kommenden Monaten ein wichtiger Schritt zur Entwicklung und Gestaltung der gemeinsamen Zukunft getan.

4.07.01 Entwicklung des Trinationalen Eurodistricts Basel (TEB)

Umsetzen der Schlüsselprojekte und Etablierung einer neuen Organisationsform (Eurodistrict Basel) mit neuen Inhalten und Aufgaben. Lancierung mehrerer Interreg IV-geförderter Projekte, zum Beispiel Vertiefungsstudie Raum Basel West – Allschwil – Hégenheim – Sundgau, welche die Bereiche Grundlagen, Motorisierter Individualverkehr (MIV), Öffentlicher Verkehr (ÖV), Park & Ride (P & R) und den Langsamverkehr (LV) untersuchen soll.

Finanzielle Auswirkungen
2010:
RPS (BL+BS) 0.024 Mio. Fr.

Budget 2010: Fr. 24 000.–

4.07 Raumplanung

B Kantonale Raumentwicklung und Ortsplanung

Kantonale Raumentwicklung: Umsetzung des Richtplans, Abstimmungstätigkeiten, Planungsprojekte (Salina Raurica, Dreispitz).

Ortsplanung: Sicherung einer qualitativ hochwertigen baulichen Entwicklung und einer hohen Lebensqualität. Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit zwecks koordinierter Entwicklung der Ballungsräume. Diese Massnahmen dienen konkret der ortsbaulichen Qualität, der Sicherung und Gestaltung der Freiräume, der Wohn- und Naherholungsqualität und der Abstimmung von Siedlungsentwicklung und Verkehr.

4.07.10 Kantonaler Richtplan

Umsetzung des Kantonalen Richtplans und Aufbau der Raumb Beobachtung BL (Vollzugs- und Wirkungscontrolling des Kantonalen Richtplans).

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.03 Mio. Fr.

Budget 2010: Fr. 30 000.–

4.07.11 Raum- / Umweltbeobachtung

Die Umweltbeobachtung im Amt für Raumplanung (ARP) beschränkt sich auf die Entwicklung der Lärmbelastung. Ergebnis sind periodisch erstellte Berichte und / oder Karten.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.04 Mio. Fr.

Budget 2010: Fr. 40 000.–

4.07.12 Agglomerationsprogramm

Das Agglomerationsprogramm Basel wurde Ende 2007 beim Bund eingereicht. Der Prüfbericht des Bundes wurde Anfang 2009 den Agglomerationen zur Vernehmlassung zugestellt. Der Regierungsrat hat dazu mit RRB Nr. 498 vom 31. März 2009 Stellung genommen. Das weitere Vorgehen ist noch offen.

Zur Umsetzung des Agglomerationsprogramms ist vorgängig eine Trägerschaft zu etablieren.

Budget 2010: Fr. 30 000.– (Anteil BL)

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.03 Mio. Fr. (Anteil
BL)

4.07.13 Salina Raurica

Nach Genehmigung des Projektes Anfang 2009 wird die Projektierung der Infrastrukturmassnahmen begonnen, im Wesentlichen die Projektierung des Längi-Parks, des Rhein-Parks, der Rheinstrassenverlegung sowie des Tram-Korridors und neuer Haltestellen. Die Projektorganisation, das Gebietsmanagement und die Öffentlichkeitsarbeit werden aufgebaut. Erste Baumassnahmen beginnen nach der Projektierungsphase.

Finanzielle Auswirkungen
2010:
1.85 Mio. Fr. (nur ARP)

Mehrere Landratsvorlagen.

Budget 2010: Fr. 1 850 000.– (nur ARP)

4.07.15 Modellvorhaben «Überkommunale Freiflächenkonzeption Birs-Stadt»

Diese Massnahme dient der Koordination und der Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit. Das Modellvorhaben wird von Bund und Gemeinden unterstützt. Nach der Erarbeitung einer Konzeption zu den Freiflächen und der nachfolgenden Diskussion innerhalb der Gemeindebehörden erfolgt nun einerseits die Weiterentwicklung dieser Konzeption (Finanzierung, Verbindlichkeit etc.) sowie gleichzeitig die Umsetzung eines Startprojektes als erster Schritt zur Umsetzung der gesamten Konzeption. Dies erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden und weiteren Akteuren.

Workshop «Strukturen für eine interkommunale Zusammenarbeit im Wirtschaftsraum Basel»

Budget 2010: Fr. 40 000.–

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.04 Mio. Fr.

4.07.16 Polyfeld MuttENZ

Begleitung der Planungsvorhaben im Polyfeld MuttENZ im Rahmen der gemeinsamen Trägerschaft mit der Gemeinde MuttENZ. Anfang 2010 wird der Masterplan fertig gestellt sein. Auf dieser Basis werden weitere Planungen an die Hand genommen: kantonale und kommunale Nutzungsplanung, Detailplanung Nachnutzung Deponie Feldreben, Sek II Schule, Sportanlagen, Nachnutzung heutiges Schulareal Kriegacker, Bahnhofsaufwertung etc. Das ARP bzw. die 2010 evaluierte, etablierte und zu finanzierende Trägerschaft ist für die Gesamtkoordination aller Projekte federführend.

Budget 2010: Fr. 500 000.–

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.5 Mio. Fr.

4.07 Raumplanung

C Öffentlicher Verkehr

Massnahmen zur Lösung der Verkehrsprobleme, bei welchen der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, sowohl der Linien im Kantonsgebiet wie auch der grenzüberschreitenden, eine wichtige Rolle spielt. Interessenwahrung im Rahmen der interkantonalen sowie schweizerischen Verkehrspolitik. Erarbeitung einer umweltgerechten Lösung für den Gütertransport durch die Region.

4.07.20 Ausbau des öffentlichen Verkehrs im Rahmen der Umsetzung des 6. Generellen Leistungsauftrags (2010 – 2013)

- Neukonzeption Buslinien im unteren Baselbiet.
- Erneuerung der Fahrzeugflotten von BLT und WB.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 43.9 Mio. Fr.

Budget 2010: Fr. 43 900 000.–

4.07.21 Ausbau der Regio-S-Bahn

Fertigstellung der Massnahmen im Bereich der Infrastruktur der Haltestellen und des kombinierten Verkehrs (gemäss LRB 2005 / 1018 vom 3. Februar 2005), namentlich der Station Dornach – Arlesheim und der S9. Für den vollständigen Ausbau der Station Laufen wird eine separate Landratsvorlage vorgelegt.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 6.0 Mio. Fr.

Budget 2010: Fr. 6 000 000.–

4.07.23 Weitere Investitionshilfen für die Transportunternehmen (9. Rahmenkredit des Bundes)

Investitionshilfe (Beiträge an Investitionen Dritter) an die Transportunternehmen im Rahmen von Leistungsvereinbarungen mit dem Bund. Für die einzelnen Projekte werden Landratsvorlagen betr. Verpflichtungskredite unterbreitet.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.9 Mio. Fr.

Budget 2010: Fr. 900 000.–

4.07.24 Öffentlichkeitsarbeit für die strategischen Verkehrsvorhaben

Die Anliegen des Kantons sollen gegenüber dem Bund deutlich mehr Beachtung finden, namentlich das Projekt «Wisenberg-Tunnel».

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.05 Mio. Fr.

Budget 2010: Fr. 50 000.–

4.07.25 SBB-Juralinie Basel – Delémont

Weiterentwicklung der Regio-S-Bahn: Projektierung und Bau von Doppelspurinseln im Laufental sowie von Entflechtungsbauwerken im Raum MuttENZ – Pratteln vorantreiben.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 1.5 Mio. Fr.

Budget 2010: Fr. 1 500 000.–

4.07 Raumplanung

D Denkmalschutz

Fachgerechte Erhaltung und Schutz von Kulturdenkmälern und Ortsbildern und damit die qualitative Förderung des städtebaulichen Erscheinungsbildes.

4.07.31 **Unterschutzstellung von historischen Zeugen**

Angemessene, fachlich einwandfreie Begleitung von Bau- und Renovationsvorhaben bei geschützten Kulturdenkmälern.

Budget 2010: Fr. 800 000.–

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.8 Mio. Fr.
(Subvention / Expertisen)

4.07.32 **Grundlagen: Publikationsreihe «Kunstdenkmäler der Schweiz»**

- Fertigstellung von Band IV, Bezirk Waldenburg.
- Einreichen einer Landratsvorlage zwecks Finanzierung Band V, Bezirk Laufen.
- Einreichen einer Landratsvorlage zur Sicherung und Dokumentation der historisch wertvollen Kirchengestaltungen.

Budget 2010: Fr. 100 000.–

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.1 Mio. Fr.
(Personal / Sachkosten)

4.07.33 **Grundlagen: Überarbeitung von ISOS regional Inventar der geschützten Ortsbilder der Schweiz (Bundesinventar)**

Sachdienliche Publikation für Gemeinden und Kanton. Kantonsaufgabe: Ortsbilder von regionaler Bedeutung sollen neu bewertet und dokumentiert werden.

Bis zum Beschluss des
Bundesrates sistiert.

4.07 Raumplanung

E Lärmschutz

Gesetzeskonforme Sanierung von lärmigen Anlagen bis zum Ablauf der Sanierungsfristen, Förderung der Siedlungsqualität und Vermeidung von neuen Lärmkonflikten durch Prüfung raumplanerisch sinnvoller Tätigkeiten und Massnahmen.

4.07.40 **Emissionskataster 2010**

Basis zur Ermittlung der Strassen-Lärmimmissionen, Abschluss voraussichtlich 2011. Ergebnis sind darauf abgestützte Lärmsanierungsprojekte mit einer Umsetzungsfrist bis 2018.

Budget 2010: Fr. 50 000.–

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.05 Mio. Fr.

4.07.41 **Lärmsanierung Gemeindestrassen**

Ca. 50 Gemeindestrassen sind sanierungspflichtig. Gemeinden erarbeiten Lärmsanierungsprojekte. Sicherstellung der Umsetzung der eidgenössischen und kantonalen Sanierungsvorgaben bis 2018. Genehmigung durch kantonale Vollzugsbehörde.

Budget 2010: Fr. 30 000.–

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.03 Mio. Fr.

4.08 Natur- und Landschaftsschutz

Erhaltung und Förderung einer intakten, vielfältigen und charakteristischen Landschaft mit ihrer spezifischen biologischen Vielfalt.

4.08.01 Erhaltung und Förderung eines nachhaltig stabilen Landschaftshaushaltes und der Biodiversität

Unterschutzstellung und fachgerechter Unterhalt der national und regional bedeutsamen Naturobjekte (inkl. Umsetzung der Bundesinventare, Naturschutzdienst).

Finanzielle Auswirkungen
2010: 1.6 Mio. Fr.

Budget 2010: Fr. 1 600 000.–

4.08.03 Fortsetzung des Programms «Ökologischer Ausgleich»

Fortsetzung des Programms «Ökologischer Ausgleich im Landwirtschaftsgebiet» (inkl. Erfolgskontrolle).

Finanzielle Auswirkungen
2010: 4.5 Mio. Fr.

Budget 2010: Fr. 4 500 000.–

4.08.04 Fortsetzung des Programms «Naturschutz im Wald»

Fortsetzung des Programms «Naturschutz im Wald» (inkl. Erfolgskontrolle).

Finanzielle Auswirkungen
2010: 1.9 Mio. Fr.

Budget 2010: Fr. 1 900 000.–

4.08.05 Unterschutzstellung von Naturobjekten

Budget 2010: Fr. 50 000.–

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.05 Mio. Fr.

4.08.08 Umsetzung der Leistungsvereinbarung Natur und Landschaft mit dem Bund

4.08.10 Konzeption und Umsetzung Artenschutz

Budget 2010: Fr. 100 000.–

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.1 Mio. Fr.



SID: Rund um die Uhr besetzt: Die Alarmzentrale der Polizei Baselland

5 Sicherheitsdirektion (SID)

Sabine Pegoraro, Regierungsrätin



Die Sicherheitsdirektion steht im Jahr 2010 vor grossen Herausforderungen und Veränderungen:

Am 1. Januar 2011 wird die Schweizerische Strafprozessordnung in Kraft treten. Nachdem nun auch auf kantonaler Ebene alle gesetzgeberischen Entscheide getroffen sind, müssen die komplexen und umfangreichen

Vorbereitungsarbeiten für die Einführung der neuen Staatsanwaltschaft mit hoher Dringlichkeit weitergeführt werden. Dazu gehört insbesondere die Überführung der Mitarbeitenden der heutigen Staatsanwaltschaft, der Statthalterämter und des Besonderen Untersuchungsrichteramtes in die neue Staatsanwaltschaft. Es sind aber auch die Abläufe in der neuen Strafverfolgungsbehörde zu definieren und die logistischen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Staatsanwaltschaft ihre neuen Aufgaben fristgerecht am 1. Januar 2011 wahrnehmen kann.

Im Jahr 2010 sollen familienpolitische Schwerpunkte gesetzt werden: Der Familienbericht wird sich primär mit der ökonomischen Situation der Baselbieter Familien befassen. Mit dem Gesetz über die Familienexterne Kinderbetreuung im Frühbereich werden die rechtlichen Grundlagen geschaffen, damit Familien im Kanton Basel-Landschaft bei der Benützung familienexterner Kinderbetreuung wirksam unterstützt werden. 2010 wird auch geprüft werden, ob im Rahmen der Gewaltprävention Kurse mit Erziehungsangeboten für Eltern durchgeführt werden sollen.

Die polizeiliche Aufgabenverteilung zwischen den Gemeinden und dem Kanton wird zurzeit in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden überprüft. Dieses gemeinsame und partnerschaftliche Vorgehen bietet Gewähr dafür, dass das angestrebte Resultat – noch mehr Effizienz und Wirkung in der Polizeiarbeit zu erzielen – auch erreicht werden kann.

Im Bereich des Bevölkerungsschutzes steht für das nächste Jahr ein bedeutsamer Schritt zur Qualitätsverbesserung bevor: Geplant ist – in enger Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen – die Realisierung eines interkantonalen Hochwasserwarnsystems entlang der Birs.

Das Thema «Gewalt» beschäftigt die Bevölkerung sehr. Dabei stehen nicht nur das Phänomen der Brutalisierung in den elektronischen Medien oder Verschärfungen des Strafrechts zur Debatte, sondern auch die zunehmende Gewaltbereitschaft. Zusätzliche Themen sind Fragen wie «Gibt es mehr gefährliche Straftäter?» (Stichwort hier: Amokläufe) oder «Wer übernimmt die Verantwortung bei Straftätern, die ihre Strafe zwar verbüsst haben, bei denen aber noch immer Gefährdungsmomente vorliegen?» In diesem Bereich werden im Jahr 2010 Schwerpunkte gesetzt, um möglichst gute, realisierbare Antworten zu finden.

Im Zentrum der Gesetzgebungsarbeiten stehen 2010 die Einführungsgesetze zur Eidgenössischen Jugendstrafprozessordnung, zur Schweizerischen Zivilprozessordnung und zum Erwachsenenschutzrecht, dann das Gesetz über die Familienexterne Kinderbetreuung im Frühbereich (FEB) sowie die Aktualisierung der Polizeigesetzgebung sowie die Teilrevision des Gesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz im Kanton Basel-Landschaft.

5.01 Polizei

Die polizeiliche Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden soll in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen überprüft und optimiert werden. Ziel ist es, die Sicherheit im Kanton weiterhin auf einem hohen Niveau zu gewährleisten. In die Abklärungen sollen auch erprobte und bewährte Lösungsmodelle aus anderen Kantonen einbezogen werden.

Es gilt, auch polizeiseitig eine erfolgreiche Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnung zu gewährleisten.

5.01.10 Erfahrungsbericht zur Neuorganisation der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung

Ein Ziel der Neuorganisation der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung ist die optimierte Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden. Deshalb sollen die entsprechenden Arbeitsabläufe der neuen Sicherheitspolizei West und Ost ausgewertet werden. Weiter ist zu prüfen, ob die Bürgernähe nochmals verstärkt werden konnte und die Optimierung des Community Policing erreicht worden ist. Zudem wird die Einsatzstärke der neuen Einsatzpatrouillen (mobile Polizei) überprüft.

Ebenfalls neu ist die Abteilung Planung und Einsatz in Arlesheim. Hier sollen die Arbeitsabläufe implementiert und anschliessend auf ihre Wirksamkeit untersucht werden. Insbesondere soll der Erfolg von Schwerpunktmassnahmen – wie zum Beispiel Einbruchprävention oder Ordnungsdienstseinsätzen bei speziellen Lagen – ausgewertet werden.

Ziel ist es bei allen Themenbereichen, dem Kantonsparlament bis Ende 2010 einen Erfahrungsbericht zu unterbreiten, so wie es der Landrat in seinem Beschluss zur Vorlage 2008 / 177 vom 15. Januar 2009 vorgesehen hat.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

5.01.13 Qualitätssicherung in der Kriminaltechnik

Das Grobkonzept für ein Qualitätsmanagementsystem ist erstellt. Nun geht es in der nächsten Projektphase um die Planung der Archivorganisation (Ein- und Ausgang der Spuren und deren Ablage). Sobald die Raumverdichtung in der Gutsmatte definitiv umgesetzt ist, sind bauliche Anpassungen vorzunehmen.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.030 Mio. Fr.

5.01.25 Projekt Aus- / Weiterbildung

Die laufenden Veränderungen in der Organisation und die Reform eines umfassenden Aus- und Weiterbildungskonzeptes haben gezeigt, dass die Personalentwicklung von der Aus- und Weiterbildung losgelöst bearbeitet werden muss. Auf dieser Grundlage wurde die vorliegende Zielformulierung neu definiert und terminiert.

Die Polizei Basel-Landschaft wird das Konzept betreffend der internen Aus- und Weiterbildung umfassend überarbeiten. Der Aufbau des neuen Konzeptes wird auf den Lerninhalten der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (IPH) sowie den entsprechenden korpsinternen Grundausbildungsblöcken basieren. Die Ziele des neuen Konzeptes beinhalten unter anderem eine Klärung resp. Bereinigung der Schnittstellen zwischen der Ausbildungsabteilung und den operativen Hauptabteilungen (organisatorisch, administrativ, personell → beispielsweise Milizinstruktoren), eine Optimierung der verschiedenen Weiterbildungsaktivitäten (zeitlich, inhaltlich, methodisch → zum Beispiel E-Learning) sowie die Sicherstellung einer ganzheitlichen Bedürfniserhebung. Bis Mitte 2010 soll die Voranalyse abgeschlossen sein und erste Umsetzungsmassnahmen können bis zu diesem Zeitpunkt vorgenommen werden.

Finanzielle Auswirkungen
2010: ca. 0.035 Mio. Fr.

5.01.27 Risikoanalyse Einsatzleitzentrale

Zur Ausfallsicherheit der heutigen Einsatzleitzentrale der Polizei Basel-Landschaft im Polizeigebäude Gutsmatte in Liestal muss mit Bezug auf das Gebäude und die technischen Einrichtungen eine Risikoanalyse erstellt werden. Die Risikoanalyse dient als Entscheidungsgrundlage für allfällige weitere Massnahmen zur Gewährleistung der Ausfallsicherheit der Einsatzleitzentrale.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.080 Mio. Fr.

5.01.28 Überprüfung und Aktualisierung der polizeilichen Aufgabenverteilung zwischen den Gemeinden und dem Kanton

Seit über 30 Jahren sind die gemeindepolizeilichen Aufgaben unverändert im Gemeindegesetz festgelegt. Innerhalb dieses Zeitraums haben sich die Rahmenbedingungen für die polizeiliche Aufgabenerfüllung wesentlich verändert (Stichworte: markanter Anstieg des Motorfahrzeugverkehrs, zunehmende Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft). Es fragt sich, ob die aktuelle Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden noch zeitgemäss ist oder ob eventuell andere Lösungen und Regelungen für die Aufgabenverteilung den aktuellen und zukünftigen Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung besser gerecht werden. Im Mai 2009 wurde diese Thematik an einer Fachtagung des Verbands der Basellandschaftlichen Gemeinden (VBLG) und der Sicherheitsdirektion erörtert. Es wurde eine Arbeitsgruppe mit Vertretungen der Gemeinden und des Kantons eingesetzt mit dem Auftrag, die geltende Regelung zu analysieren und neue Lösungsmodelle zu prüfen. Die gemischte Arbeitsgruppe wird dem Regierungsrat die Ergebnisse ihrer Arbeit im Verlaufe des Jahres 2010 vorlegen. Dieser wird anschliessend entscheiden, ob er eine Gesetzesrevision zur Neuregelung der polizeilichen Aufgabenverteilung zwischen den Gemeinden und dem Kanton einleiten will.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Voraussichtlich
keine. Allenfalls entstehen geringfügige Kosten für den Beizug einer externen Fachperson.

5.01.29 Einkauf gemeindepolizeilicher Dienstleistungen beim Kanton

Zwischen den gesetzlich definierten Aufgaben und Zuständigkeiten der Gemeindepolizeien und der Kantonspolizei bestehen zum Teil Überkreuzungen und Unklarheiten. Um die Problematik der heutigen Schnittstellen zwischen Gemeinde- und Kantonspolizei auszuräumen, soll den Gemeinden auf freiwilliger Basis ermöglicht werden, die bisher von der eigenen Gemeindepolizei erbrachten Leistungen künftig beim Kanton einzukaufen. An die Stelle der Gemeindepolizisten und Gemeindepolizistinnen könnten in Zukunft «geleaste» Kantonspolizisten und Kantonspolizistinnen treten, die direkt von der Gemeinde Aufträge erhalten. Die Gemeinden müssten die Personalkosten tragen, wobei im Gegenzug die gemeindepolizeilichen Aufgaben während 365 Tagen und 24 Stunden von der Polizei Basel – Landschaft erfüllt werden. Gesetzesänderungen sind für die Realisierung nicht notwendig. Die Modalitäten werden in einer Vereinbarung zwischen dem Gemeinderat und der Sicherheitsdirektion festgelegt. Vorerst wird das Modell zusammen mit interessierten Gemeinden umgesetzt und erprobt.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

5.01.30 Prüfung zusätzlicher Massnahmen gegen Raser

Der Kanton Basel-Landschaft erfüllt bereits viele Punkte des bundesrätlichen Handlungsprogramms «Via Sicura» zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf den Strassen. Der Regierungsrat will die bereits ergriffenen Massnahmen weiterführen und ihre Wirkung nach Möglichkeit noch verstärken. Geprüft werden soll unter anderem die Ausdehnung des jährlichen Verkehrskundeunterrichts auf alle obligatorischen und nichtobligatorischen Schulstufen. Es soll auch abgeklärt werden, ob die Delinquentenschulung auf die Fälle der Ersttäterschaft auszudehnen ist.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Sie richten sich nach den zusätzlichen Massnahmen, die umgesetzt werden. Für 2010 aus heutiger Sicht nicht kostenwirksam.

5.02 Migration / Integration

Sprache ist der «Schlüssel zur Integration» – deshalb wird der Sprachförderung im Jahr 2010 erneut hohe Priorität eingeräumt. Die Fachstelle für Integration und die Kantonale Integrationskonferenz unterstützen und koordinieren die Umsetzung des mit dem Bund vereinbarten Schwerpunktprogramms «Sprache und Bildung». Die Gemeinden sollen in Bezug auf die Wichtigkeit, die ihnen das eidgenössische Ausländergesetz und die kantonale Gesetzgebung bei der Integrationsaufgabe zumesen, noch stärker sensibilisiert werden. In einer mit Basel-Stadt gemeinsam geführten Integrationsdatenbank sollen alle Interessierten massgeschneiderte Integrationsangebote finden können.

5.02.02 Schwerpunktprogramm «Sprache und Bildung 2009 – 2011»

Das mit dem Bund vereinbarte Schwerpunktprogramm ist im Jahr 2010 zu vertiefen und gestützt auf die bisherigen Erfahrungen in der Praxis umzusetzen. Bei den Sprachförderkursen ist der Ausländerdienst Baselland der wichtigste Partner und Anbieter.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.900 Mio. Fr.

5.02.03 Integrationsdatenbank (Informationskonzept)

Über eine Integrationsdatenbank Baselland – Basel-Stadt sollen Gemeindesozialdienste (Zuweiser), Ausländerinnen und Ausländer, Projektträgerorganisationen sowie Interessierte das für sie richtige Integrationsangebot finden können. Die Datenbank ist Teil eines breitgefächerten Informationskonzeptes.

Finanzielle Auswirkungen
2010: ca. 0.020 Mio. Fr.

5.02.04 Definition der Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und dem Kanton

Integration ist eine Verbundaufgabe, an der Bund, Kantone und Gemeinden partizipieren. Im Kanton Basel-Landschaft sind die Aufgaben des Kantons und der Gemeinden im Bereich der Integration im kantonalen Integrationsgesetz festgelegt. Damit Kanton und Gemeinden ihre Aufgaben optimal erfüllen können, ist die Zusammenarbeit zu definieren und weiter zu entwickeln.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

5.03 Jugendanwaltschaft / Jugend

Es sind die notwendigen Vorkehren zu treffen, damit die neue Schweizerische Jugendstrafprozessordnung ab 1. Januar 2011 im Kanton vollzogen werden kann.

5.03.09 Einführungsgesetz zur Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung

Am 1. Januar 2011 wird zusammen mit der Schweizerischen Strafprozessordnung und der Schweizerischen Zivilprozessordnung auch die Schweizerische Jugendstrafprozessordnung in Kraft treten. Die Schweizerische Strafprozessordnung bringt eine Vereinheitlichung des Prozessrechts in der ganzen Schweiz und löst die kantonalen Jugendstrafprozessordnungen ab. Damit die Schweizerische Jugendstrafprozessordnung im Kanton Basel-Landschaft vollzogen werden kann, muss das basellandschaftliche Einführungsgesetz am 1. Januar 2011 in Kraft treten. Dies setzt voraus, dass der Landrat das Einführungsgesetz im Verlauf der 1. Hälfte 2010 beschliessen kann.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

5.04 Staatsanwaltschaft

Es sind die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Staatsanwaltschaft ab Januar 2011 ihre Aufgaben gemäss der Schweizerischen Strafprozessordnung wahrnehmen kann. Bis zu diesem Zeitpunkt muss sichergestellt sein, dass die heutige Staatsanwaltschaft, die Statthalterämter und das Besondere Untersuchungsrichteramt ihre heutigen Aufgaben bis Ende 2010 erfüllen können.

5.04.04 Einführung der neuen Staatsanwaltschaft

Die Schweizerische Strafprozessordnung wird am 1. Januar 2011 in Kraft treten und die kantonalen Strafprozessordnungen ablösen. Die Stimmberechtigten des Kantons haben der Verfassungsänderung und dem kantonalen Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung am 17. Mai 2009 zugestimmt. Gemäss dem Gesetz werden die heutigen fünf Bezirksstatthalterämter, das Besondere Untersuchungsrichteramt und die Staatsanwaltschaft zur neuen Staatsanwaltschaft vereinigt. Die neue Staatsanwaltschaft wird sowohl die Untersuchungsfunktion als auch die Anklagefunktion wahrnehmen. Das «Staatsanwaltschaftsmodell» führt zu tiefgreifenden Veränderungen bei den Strafverfolgungsbehörden. Besonders betroffen sind die Mitarbeitenden. Die Meisten von ihnen werden in der neuen Staatsanwaltschaft eine stark veränderte Aufgabe ausüben. Das Kantonsgericht und die Sicherheitsdirektion haben eine gemeinsame Projektorganisation eingesetzt, welcher die Vorbereitungen für die neue Staatsanwaltschaft übertragen sind. Dazu gehören primär die Erarbeitung der organisatorischen Strukturen der neuen Staatsanwaltschaft und die Überführung der heutigen Mitarbeitenden in die neue Organisationseinheit. Vorrangiges Ziel ist, dass bis Mitte 2010 jeder Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin weiss, welches sein oder ihr Arbeitsplatz in der neuen Staatsanwaltschaft sein wird.

Bei der Polizei Basel-Landschaft sind die Abläufe mit den Strafverfolgungsbehörden den geänderten Gegebenheiten anzupassen. Die gerichtspolizeilich tätigen Mitarbeitenden der Polizei Basel-Landschaft werden in der Anwendung der Schweizerischen Strafprozessordnung geschult.

Finanzielle Auswirkungen
2010: ca. 0.4 Mio. Fr.
(einmalig)

5.05 Strafvollzug / Freiheitsentzug

Die Sicherheitsdirektion wird einen Tätigkeitsschwerpunkt beim Thema «Gefährliche Straftäter» setzen und ihre Kompetenz für professionelle Risikoeinschätzungen verstärken. Zur Verstärkung des Opferschutzes soll geprüft werden, wie Opfer von Straftaten noch besser vor weiteren Beeinträchtigungen geschützt werden können. Eine solche Möglichkeit stellt zum Beispiel die Einschränkung des Bewegungsspielraums von Tätern nach der Haftentlassung mittels Electronic Monitoring dar.

5.05.05 Electronic Monitoring (EM) / Besondere Projekte

EM soll in besonderen Fällen zum Opferschutz eingesetzt werden, beispielsweise auch in Fällen von häuslicher Gewalt oder Stalking. Es soll erreicht werden, dass das Opfer in seiner Lebensqualität weniger beeinträchtigt ist, weil es weiss, dass die Bewegungsfreiheit des Täters zeitlich und / oder örtlich eingeschränkt ist, auch wenn dieser nicht in Haft ist. Weisungen im Zusammenhang mit Strafverfahren oder -vollzug enthalten oft auch eine Abstinenzkontrolle. Die aktuelle Technik erlaubt es, diese Kontrolle mittels EM durchzuführen. Im Rahmen eines Testlaufs soll geprüft werden, ob dieses Vorgehen auch im Kanton Basel-Landschaft sinnvoll angewendet werden kann.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Zur Zeit noch nicht
beifizierbar

5.05.09 Risikoeinschätzungen von Personen in Untersuchungshaft und im Straf- und Massnahmenvollzug

Die Sicherheitsdirektion wird zusammen mit der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion und den Gerichten prüfen, welche Massnahmen und Verfahren – bessere Koordination der bestehenden Möglichkeiten sowie allenfalls neue Angebote – im Kanton anhand zu nehmen sind. Dabei sollen generell die Abläufe bei gefährlichen Angeschuldigten und Straftätern überprüft und, wo nötig, optimiert werden. In Anbetracht der Komplexität der Materie ist eine vertiefte Zusammenarbeit mit Fachstellen auch ausserhalb des Kantons nötig.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Zur Zeit noch nicht
bezahlbar

5.05.10 Massnahmenzentrum Arxhof: Evaluation einer geschlossenen Eintritsabteilung

Die Problematik der potentiellen Klientel verschiebt sich stetig von Sucht- hin zu Gewaltthemen. Zusätzlich sind auch die Bedürfnisse der einweisenden Behörden entsprechend differenzierter geworden. Deshalb wird evaluiert, ob das bewährte offene Angebot des Massnahmenzentrums Arxhof noch den Bedürfnissen des Straf- und Massnahmenvollzugs entspricht und in dieser Form unverändert fortgeführt werden soll. Geprüft wird insbesondere die Einrichtung einer geschlossenen Eintritsabteilung.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

5.06 Bevölkerungs- und Zivilschutz

Vier Themengebiete werden diesen Fachbereich speziell beschäftigen:

- Von grosser Wichtigkeit ist die Realisierung eines interkantonalen Hochwasserwarnsystems für die Siedlungsgebiete entlang der Birs.
- Gestützt auf das Konzept über die Zusammenarbeit der Ereignisdienste Basel-Landschaft soll die Einsatzleitzentrale der Sanität in die Einsatzleitzentrale der Polizei Basel-Landschaft integriert werden.
- Aufgrund des revidierten Bundesgesetzes über den Zivilschutz, das am 1. Januar 2011 in Kraft treten wird, ist das kantonale Zivilschutzgesetz in den Bereichen Ausbildung und Schutzbauten anzupassen (siehe auch Punkt 5.09.23).
- Es ist Aufgabe des Staates, mögliche Gefährdungen für seine Bevölkerung und sein Gebiet frühzeitig zu erkennen und die vorsorglichen Massnahmen einzuleiten. Weil sich die Risiken – beispielsweise durch die Klimaveränderung und durch die technische Entwicklung – aber stetig verändern und verlagern, müssen mögliche Gefahrenlagen immer wieder neu analysiert und bewertet werden.

5.06.06 Hochwasserwarnsystem

Damit Hochwasserkatastrophen möglichst verhindert werden können, sollen ein Messnetzkonzept und Informatik unterstützte Prozesse für die rechtzeitige Warnung und Alarmierung der Führungs- und Einsatzkräfte der Kantone Bern, Jura, Solothurn, Basel-Landschaft und Basel-Stadt realisiert werden. Dies bedarf einer Vereinbarung zwischen den beteiligten Kantonen.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.020 Mio. Fr.

5.06.07 Umsetzung des Konzeptes über die Zusammenarbeit der Ereignisdienste Basel-Landschaft

Vorausgesetzt, der Regierungsrat und der Landrat stimmen 2009 dem Konzept über die Zusammenarbeit der Ereignisdienste Basel-Landschaft zu, soll im Jahr 2010 die Sanitätseinsatzleitzentrale in die Einsatzleitzentrale der Polizei Basel-Landschaft integriert werden. Auf diese Weise soll die Zusammenarbeit und die Kommunikation zwischen den Ereignisdiensten (Polizei, Feuerwehr und Sanität) einfacher, besser und schneller werden.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.600 Mio. Fr. für die
Integration der Einsatz-
leitzentrale der Sanität in
die Einsatzleitzentrale der
Polizei Basel-Landschaft

5.06.09 Gefährdungsanalyse von Krisenlagen

Eine Gefährdungsanalyse von Krisenlagen soll in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und dem Kanton Basel-Stadt erstellt werden. Themen sind: Hochwasser, Sturm, Hitze und Trockenheit, Kälte und Schnee, Erdbeben, Strassen-, Schienen- und Schiffsunfall mit Gefahrgut oder Massenanfall von Verletzten, Flugzeugabsturz, Freisetzung von gefährlichen Stoffen in Produktions- und Lagerstätten, Stromausfall, menschliche Epidemie / Pandemie, Tierseuche, schwere Mangellage, Flüchtlingswelle, innere Unruhen und terroristischer Anschlag mit / ohne ABC-Einsatz.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.100 Mio. Fr.

5.09 Gesetzgebung / Rechtsetzung

Das qualitativ hohe Niveau der kantonalen Gesetzgebung trägt wesentlich zur Rechtssicherheit im Kanton bei. Zurzeit wird die Gesetzgebungsarbeit im Kanton wesentlich bestimmt durch die Schaffung kantonaler Rechtsgrundlagen für die Einführung und die Umsetzung neuer Bundesgesetze (Schweizerische Strafprozessordnung, Schweizerische Jugendstrafprozessordnung, Schweizerische Zivilprozessordnung, Erwachsenenschutzrecht, Zivilschutzgesetz). Die kantonalen Einführungsgesetze zu neuen Bundesgesetzen sind zielgerichtet vorzubereiten, damit die Organisationsstrukturen im Kanton rechtzeitig bereit stehen, um die neuen Bundesgesetze vollziehen zu können.

5.09.21 Landratsvorlage zur Revision der Taxiverordnung

Die landrätliche Verordnung über den Betrieb von Taxis ist revisionsbedürftig. Dabei muss der aktuelle Stand des Binnenmarktgesetzes berücksichtigt und müssen Möglichkeiten der Kooperation mit Basel-Stadt geprüft werden. Zahlreiche Bestimmungen des Taxirechts müssen infolge ihrer Wichtigkeit auf der Stufe des Gesetzes geregelt werden.

Ziel ist es, dem Landrat im Laufe des Jahres 2010 eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

5.09.23 Umsetzung der Volksinitiative «Schutz vor Passivrauchen»

Die Stimmberechtigten des Kantons haben die Initiative «Schutz vor Passivrauchen» am 17. Mai 2009 gutgeheissen. Der Regierungsrat hat das Inkrafttreten auf den 1. Januar 2011 festgesetzt. Damit haben die Gastwirtschaftsbetriebe genügend Zeit, um sich auf die neuen Bestimmungen vorzubereiten, da je nach konkreter Situation einschneidende betriebliche oder bauliche Massnahmen in den Betrieben notwendig sind. In rechtlicher Hinsicht bedingt die Anwendung der neuen gesetzlichen Bestimmungen die Anpassung der Verordnung zum Gastgewerbegesetz.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

5.09.24 Revision des kantonalen Zivilschutzgesetzes

Die Revision der Bundesgesetzgebung per Januar 2011 bedingt Anpassungen des kantonalen Zivilschutzgesetzes in den Bereichen «Ausbildung» und «Schutzbauten». Dazu wird eine Arbeitsgruppe mit Vertretungen aus den Gemeinden (Mitglieder Gemeinderat und Zivilschutzkader) und aus der Sicherheitsdirektion gebildet. Die Arbeitsgruppe wird den Entwurf für eine Vernehmlassungsvorlage erstellen.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

5.10 Weitere Projekte und Dienstleistungen

C Häusliche Gewalt / Opferhilfe / Kinderschutz

Durch präventive Massnahmen ist die Anwendung von Gewalt wirksam zu verhindern. Kommt es trotzdem zu Gewalt, erhalten die Opfer Unterstützung und Beratung durch die Fachstellen gegen häusliche Gewalt, für Opferhilfe und für Kindes- und Jugendschutz.

5.10.24 Konsequentes Vorgehen gegen Menschenhandel

Menschenhandel tritt vor allem in Form von Frauenhandel, Kinderhandel, als Ausbeutung der Arbeitskraft oder in Form von Organhandel auf. Die Umsetzung von Massnahmen im Bereich Menschenhandel wird in verschiedenen internationalen Übereinkommen gefordert und der Bundesrat hat die Ratifizierung und Umsetzung der UNO-Konventionen gegen den Menschenhandel zu Zielen der Legislaturperiode 2008 – 2012 erklärt. Der Regierungsrat hat 2009 den Bericht inkl. Leitfaden der Arbeitsgruppe «Menschenhandel» genehmigt und sie mit der Umsetzung beauftragt. Dazu gehören der Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit der Fachstelle für Beratung und Begleitung für Opfer von Frauenhandel (FIZ) Makasi sowie Schulungsveranstaltungen zum «Leitfaden Menschenhandel» für die involvierten Stellen.

Finanzielle Auswirkungen
2010: ca. 0.005 Mio. Fr.

5.10.25 Bessere Position für Kinder in Scheidungsfällen (Cochemer Modell)

Es sollen gemeinsam mit anderen Behörden – zum Beispiel der Justiz – geeignete Massnahmen untersucht werden, um Kindern in Scheidungsprozessen eine bessere Position zu ermöglichen. Dazu gehören zum Beispiel die Sensibilisierung für Kindesanhörungen, wie sie im Nationalen Forschungsprogramm NFP 52 beschrieben sind, oder die Gestaltung von Besuchsregelungen, wie sie im deutschen Landkreis Cochem-Zell umgesetzt werden.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

5.10.27 Aufbau eines dezentralen Netzes für Kinderschutzanliegen

Es soll geprüft werden, inwieweit für die Einwohner und Einwohnerinnen örtlich nahe, bereits existierende Institutionen wie zum Beispiel Familienberatungsstellen als Kontakt- und Anlaufstellen für Kinderschutzanliegen bezeichnet werden können. Notwendig wäre, dass diese Stellen in Missbrauchsfällen nach Standards der Fachstelle für Kindes- und Jugendschutz arbeiten. Die Leistungen dieser Stellen sind zu definieren und im Netzwerk Kinderschutz Baselland einzubinden.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

5.10.28 Frauenhaus: Neues Finanzierungsmodell

Der Umzug des Frauenhauses in Basel in neue Räume verbessert die Beratung und die Betreuung der Frauen und ihrer Kinder. Neu wird ein Nachtdienst eingeführt und damit eine 24h-Betreuung garantiert. Eine Auswirkung der Neuregelung ist die positive Veränderung zugunsten der von Gewalt betroffenen Frauen und ihrer Kinder. Damit verbunden sind aber auch höhere Kosten und das partnerschaftliche Zusammengehen mit Basel-Stadt in der Unterstützung der wichtigen Arbeit des Frauenhauses. Diese Faktoren bedingen eine vereinheitlichte, verursachergerechte Finanzierung mit einem Leistungsauftrag. 2009 wird die Vorlage für die Revision des Frauenhausgesetzes unterbreitet.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Zur Zeit noch nicht bezifferbar, hängt im Wesentlichen auch ab von der Anzahl Baselbieter Frauen und Kinder im Frauenhaus

5.10 Weitere Projekte und Dienstleistungen

E Bezirksschreibereien

Um zu verhindern, dass es mittelfristig zu Versorgungsengpässen bei den notariellen Dienstleistungen kommt, müssen vorausschauend die erforderlichen konzeptionellen Massnahmen in die Wege geleitet werden.

5.10.41 Neuregelung der Veranlagung und des Inkassos von Spezialsteuern

Im Bereich der Spezialsteuern (Handänderungs-, Grundstücksgewinn-, Erbschafts- und Schenkungssteuern) bestehen geteilte Verantwortungen der Steuerverwaltung und der Bezirksschreibereien. Eine Arbeitsgruppe aus diesen beiden Fachbereichen untersucht die notwendigen Optimierungen und bereitet die erforderlichen Gesetzesänderungen vor. Zielsetzung ist die Übernahme des Bezugs der Spezialsteuern durch die Steuerverwaltung ab 1. Januar 2010 (mit allfälliger Übergangsfrist), vorerst auf der Basis eines Service-Level-Agreement (SLA), bis die Gesetzesänderungen in Kraft sind. Dieses Datum steht im Zusammenhang mit der Einführung des ERP-Systems. Per 1. Januar 2011 soll wenn möglich auch die Veranlagung der Spezialsteuern durch die Steuerverwaltung vorgenommen werden.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

5.10.42 Neues Notariat Basel-Landschaft

Zunehmende Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Notarinnen und Notaren für die Notariate der Bezirksschreibereien, aber auch bevorstehende Pensionierungen in diesem Bereich bedingen Überlegungen zu einer grundsätzlichen Neugestaltung des Notariates im Kanton Basel-Landschaft. Ziel ist eine Verbreiterung der Basis an ausgebildeten, geprüften und aktiv tätigen Amts- und privaten Notarinnen und Notaren im Kanton (heute unter 30 Personen), die Erweiterung des Zuständigkeitsbereichs der privaten Notarinnen und Notare, die bessere Nutzung des Personalbestandes und der Synergien zwischen den Notariaten der Bezirksschreibereien sowie die Steigerung der Attraktivität des Notarenberufs. 2010 soll eine Konzeption für die Erreichung dieser Ziele geschaffen werden. Sie soll den zuständigen Behörden als Entscheidungsgrundlage für konkrete Massnahmen dienen.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.005 Mio. Fr.

5.10 Weitere Projekte und Dienstleistungen

G Diverses

Die Kundenorientierung der Sicherheitsdirektion zeigt sich darin, dass die Dienstleistungen zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort von kompetentem Fachpersonal in hoher Qualität effizient erbracht werden.

5.10.61 Biometrischer Pass

Die Einführung des biometrischen Passes ab März 2010 ist mit strukturellen und organisatorischen Umstellungen verbunden. Passanträge sind nicht mehr via Gemeinde, sondern direkt beim Pass- und Patentbüro in Liestal zu stellen. Die Identitätskarten können während zweier Jahre im Sinne der bundesrechtlich eingeräumten Übergangsfrist weiterhin bei den Gemeinden bestellt werden.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine (der zusätzliche Aufwand wird durch Einnahmen kompensiert).

5.10.63 Neues Erwachsenenschutzrecht

Der Bund sieht mit einer Novelle des Zivilgesetzbuches (ZGB) eine tiefgreifende Änderung des Vormundschaftsrechts (neu: Erwachsenenschutzrecht) vor. Dies bedingt strukturelle und organisatorische Änderungen in den Kantonen. Die notwendigen Massnahmen zur Umsetzung sind von einer Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretungen aus der kantonalen Verwaltung, den Gemeinden und den Gerichten zu erarbeiten. Gleichzeitig sind die erforderlichen Änderungen des kantonalen Rechts vorzubereiten. Es ist vorgesehen, dass das neue Erwachsenenschutzrecht am 1. Januar 2013 in Kraft treten wird.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

5.10.64 Biometrische Ausländerausweise und Schengen-Visa

Die biometrischen Ausländerausweise und Schengen-Visa werden gemäss den Bestimmungen des Abkommens Schengen / Dublin auch im Kanton Basel-Landschaft eingeführt.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.100 Mio. Fr.

5.10.65 Regionalisierung der Stiftungsaufsicht

Im Auftrag der Nordwestschweizer Regierungskonferenz und aufgrund eines parlamentarischen Vorstosses (Postulat 2009 / 043 Daniela Schneeberger) wird der Zusammenschluss der Stiftungsaufsichten der Kantone Basel-Landschaft, Basel-Stadt und allenfalls Solothurn und Aargau geprüft. Auslöser sind einerseits gesetzgeberische Aktivitäten des Bundes, der eine verstärkte Unabhängigkeit der Stiftungsaufsicht, unter anderem in Form einer Ablösung vom eigentlichen Verwaltungsaufbau, fordert. Auch sollen allfällige Synergien geprüft werden, da im gemeinsamen Wirtschaftsraum oft dieselbe Kundschaft anzutreffen ist und durch die Zusammenlegung von Ressourcen eine Intensivierung der Beaufsichtigung, namentlich im Bereich des BVG, ermöglicht wird.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.01 Mio. Fr.

5.11 Familienfragen

Familien stehen einer zunehmenden Komplexität und Fülle der Anforderungen gegenüber. Konkrete Angebote zur Unterstützung der Familien sollen gefördert und die Familien durch Information, Beratung und Schulung in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützt werden.

5.11.01 Baselbieter Bündnis für Familien

Das Baselbieter Bündnis für Familien arbeitet an eigenen Projekten, die durch die Fachstelle entsprechend den Vereinbarungen administrativ und beratend begleitet werden. Das Bündnis hat sich eine Struktur mit drei Arbeitsgruppen gegeben: «Vereinbarkeit von Familie und Beruf», «Familienfreundliche Gemeinden» und «Familienarmut und soziale Benachteiligung». Die Arbeitsgruppe «Familienarmut und soziale Benachteiligung» beginnt im 2010 mit der Umsetzung des Projektes Opstapje (übersetzt: «schrittweise»), welches die Interaktion zwischen Mutter / Vater und Kind insbesondere durch Spielanimation verbessert.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.100 Mio. Fr. aus dem Wirtschaftsförderungsfonds (projektgebunden)

5.11.03 Familienbericht

In seinem Schwerpunkt setzt sich der Familienbericht mit der wirtschaftlichen Situation der Baselbieter Familien auseinander. Der Bericht soll bis 2010 realisiert sein.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.130 Mio. Fr. (Begleitung durch externe Fachperson)

5.11.04 Familienhandbuch

Das Familienhandbuch ist ein Nachschlagewerk für Familien, das 2009 publiziert wird und im Internet eingestellt ist. Im Jahr 2010 sollen die Verlinkung mit anderen Webseiten optimiert, die Bekanntheit gesteigert und das Handbuch laufend aktualisiert werden.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine (die Aktualisierung erfolgt durch die Fachstelle).

5.11.06 Familienergänzende Kinderbetreuung im Frühbereich (FEB)

Der Landrat wird die Vorlage zum FEB-Gesetz voraussichtlich 2010 beraten. Unter der Voraussetzung, dass das FEB-Gesetz genehmigt wird, soll die Umsetzung in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Verlauf des Jahres 2011 erfolgen. Begleitend wird ein Angebot für Informationsveranstaltungen – insbesondere zu Bildung und Weiterbildung im FEB-Bereich – konzipiert, und es werden Abklärungen zur Datenbeschaffung für eine FEB-Datenbank getroffen.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.020 Mio. Fr.
(externe Beratung)

5.11.07 Elternkurse

Gemeinsam mit Fachstellen der kantonalen Verwaltung soll geprüft werden, ob Kurse mit Erziehungsangeboten für Eltern als Mosaikstein in der Gewaltprävention wirksam sein können. In die interdisziplinär zusammengesetzte Arbeitsgruppe, welche die erforderlichen Abklärungen treffen wird, sind unter anderem die Fachstelle für Familienfragen, die Fachstelle Integration, die Fachstelle häusliche Gewalt, die Fachstelle für Kindes- und Jugendschutz sowie die Jugendanwaltschaft einzubinden.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine



BKSD: Ein vielfältiges Netzwerk ist in der Bildung eine gute Basis.

6 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD)

Urs Wüthrich-Pelloli, Regierungspräsident



Bildung Die 86 Prozent Ja-Stimmen zur neuen schweizerischen Bildungsverfassung vom 21. Mai 2006 (im Kanton Basel-Landschaft 91%) werden weiterhin als Auftrag für eine konsequente schweizerische Bildungsharmonisierung verstanden. Der Kanton Basel-Landschaft wird über den Beitritt zum HarmoS-Konkordat und zum Sonderpädagogischen Konkordat zu entscheiden haben und dafür mit den Kantonen der Nordwestschweiz zusammenarbeiten. 8 Jahre Primarstufe mit 2 Jahre dauerndem Kindergarten, auf 3 Jahre verkürzte Sekundarschule, Sprachenkonzept an der obligatorischen Schule, auf vier Jahre verlängertes Gymnasium, Tagesstrukturen und ein Programm zur weiteren inneren Entwicklung des Bildungswesens: Die Projektierung der Umsetzung dieser anstehenden bildungspolitischen Weichenstellungen wird eine Bündelung aller Kräfte erforderlich machen. Besondere Anstrengungen werden auch zur Stärkung des Bildungs-, Forschungs- und Innovationsstandortes Nordwestschweiz zu unternehmen sein.

Kultur Mit dem neuen Kultugesetz wird die gesetzliche Grundlage für die kulturellen Institutionen und die Kulturförderung geschaffen. Es bildet die Grundlage für die Weiterentwicklung der bisherigen Kulturpolitik. Diese sieht einerseits den Abschluss der Partnerschaftsverhandlungen BL / BS im Bereich Kultur vor. Dabei geht es schwergewichtig um die Subventionierung des Theaters Basel 2011 – 2015. Andererseits gilt es, mit den geplanten Sammlungszentren die Infrastruktur der Römerstadt Augusta Raurica und der Hauptabteilung Archäologie und Museum auf einen zeitgemässen Stand zu bringen. Sowohl für die Erhaltung und die Erschliessung der Sammlungen, als auch für die Arbeitsplätze sind Verbesserungen zwingend notwendig.

Sport In der Sportförderung haben verschiedene Projekte zum Ziel, die Anzahl regelmässig bewegungsaktiver Menschen in allen Alterskategorien weiter zu steigern. Schwerpunkte bilden die gezielte Unterstützung der Tätigkeiten der Sportvereine und der Sportverbände, insbesondere im Nachwuchsbereich sowie bewegungsfördernde Massnahmen im Schulalltag. Dies als Ergänzung des Sportunterrichts in der Schule. Im Bereich der Sportinfrastruktur sollen mit Hilfe des Kantonalen Sportanlagen-Konzeptes (KASAK) weitere Sportanlagen-Projekte von kantonaler und überkommunaler Bedeutung realisiert werden.

Teil Bildung

6.01 Bildungswesen allgemein

Schwerpunkt bildet das Projekt «Bildungsharmonisierung» mit den Teilprojekten zur kantonalen Umsetzung der neuen schweizerischen Bildungsverfassung.

6.01.04 Gesamtsprachenkonzept (sechskantoniales Passepartout-Projekt)

Der Landrat hat am 18. Januar 2007 den Regierungsrat beauftragt, das Sprachenkonzept der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) mit Französisch ab 3. Klasse der Primarschule und mit Englisch ab 5. Klasse der Primarschule umzusetzen und eine entsprechende Vorlage vorzubereiten. Vorbehaltlich der Kreditgenehmigung des Landrates beginnt die Umsetzung des Sprachenkonzeptes im Jahr 2010.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.15 Mio. Fr.

Budget 2010:	Fr. 150 000.– (ohne Verpflichtungskredit)
Landratsvorlage	(Antrag Fr. 17 200 000 für 2010 – 2018)

6.01.12 Familienergänzende Kinderbetreuung FEB

Landratsvorlage betreffend die Änderung des Bildungsgesetzes über FEB im Schulbereich. Die zuständige kantonale Stelle plant die Umsetzung und unterstützt die Gemeinden und die Schulen. Dafür sind ein personeller Ausbau und auf die Einführungszeit befristete Aufträge vorgesehen. In den vom Kanton getragenen Schulen (Sekundar- und Sonderschulen) werden die bestehenden Angebote nachfragegerecht ausgebaut. Die Budgetierung geht von einer schrittweisen Einführung 2010 aus.

Finanzielle Auswirkungen 2010: gemäss Landratsvorlage zu FEB im Schulbereich: 1.9 Mio. Fr. (Sekundarschule Netto 0.6 Mio. Fr., Sonderschulen 1.3 Mio. Fr., Mehrkosten Personalaufwand Verwaltung und Einführungsarbeiten 0.21 Mio. Fr.)

6.01.13 Bildungsharmonisierung; HarmoS-Konkordat, Sonderpädagogik-Konkordat, Bildungsraum Nordwestschweiz

Nach Abschluss und Auswertung der Vernehmlassung wird die Vorlage dem Landrat zur Beschlussfassung zugeleitet. Die Primarschule soll von 5 auf 6 Jahre verlängert und mit dem 2 Jahre dauernden Kindergarten zur 8 Jahre dauernden Primarstufe gemäss Vorgabe des HarmoS-Konkordates verbunden werden. Der Kindergarten wird obligatorisch, das Stichdatum wird 3 Monate vorverlegt. Umstritten ist die gemäss Vernehmlassungsvorlage vorgeschlagene Verbindung des Kindergartens mit den ersten beiden Jahren der Primarschule zu einer Basisstufe. Ein Vorschlag zur koordinierten Weiterentwicklung des Schuleingangsbereichs wird zur Beschlussfassung vorzulegen sein. Die Sekundarschule soll auf 3 Jahre verkürzt werden. Neu soll das Gymnasium 4 Jahre dauern. Die Etappierung und die Umsetzung dieser Neuerungen wird mit Übergangsbestimmungen zu regeln sein.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 1.2 Mio. Fr.
(gesamte Bildungs-
harmonisierung)

6.01.15 **Bildungsbericht 2011**

Gemäss Bildungsgesetz nimmt der Regierungsrat aufgrund eines Berichtes alle 4 Jahre zur Qualität der öffentlichen Schulen im Kanton Stellung. Der Bericht hat die Aufgabe, Rechenschaft über das Erreichte gegenüber Parlament und Öffentlichkeit abzulegen. Erstmals hat der Regierungsrat 2007 einen solchen Bericht abgelegt. Der Bildungsbericht 2011 Basel-Landschaft soll den Schweizerischen Bildungsbericht 2010 ergänzen, die Schlussfolgerungen des Regierungsrates gemäss Bildungsbericht 2007 beleuchten und eine Grundlage für das Legislaturprogramm des Regierungsrates 2012 – 2015 darstellen.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.07 Mio. Fr.

Die Landratsvorlage ist in Arbeit.

6.02 **Volksschule, Kindergarten, Primarschule, Sekundarstufe I**

6.02.11 **Festlegung der Sekundarschulstandorte und Übernahme der Sekundarschulanlagen durch den Kanton**

Die Sekundarschulbauten sollen auf 1. August 2010 vom Kanton als Träger übernommen werden. Damit verbunden ist ein Ausbau der Schulraumplanung in der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion in Abstimmung mit der Bau- und Umweltschutzdirektion im Rahmen der entsprechenden Landratsvorlage.

Für die strategische mittel- bis langfristige Planung der Berufsfachschulen ist die Vergabe eines externen Leistungsauftrags vorgesehen.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.06 Mio. Fr.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.02 Mio. Fr.

6.02.12 **HarmoS Schweizerische Bildungsstandards**

Die Entwicklung der Leistungsstandards gemäss Artikel 7 des HarmoS-Konkordates für die Fachbereiche Schulsprache, Landessprachen / Fremdsprachen, Mathematik und Naturwissenschaften durch die EDK dürfte abgeschlossen sein. Bildungsstandards beschreiben die Mindestkompetenzen, welche die Schülerinnen und Schüler am Ende des heutigen 2., 6. und 9. Schuljahres erreichen sollen. Die Bildungsstandards fliessen als Vorgabe in den Lehrplan 21, so dass keine direkte «Umsetzung» der Bildungsstandards im Kanton erfolgt. Vorgehen ist, dass die Bildungsstandards einen wichtigen Bezugsrahmen zum schweizerischen Bildungsmonitoring darstellen, so dass der schweizerische Bildungsbericht 2014 – vergleichbar mit PISA und anhand von Stichproben – Aussagen zum Lernstand der Schülerinnen und Schüler machen kann.

Finanzielle Auswirkungen
2010: (Teil der Bildungs-
harmonisierung)

6.02.13 **Deutschschweizer Lehrplan für die obligatorische Schule**

Mit dem Lehrplan 21 wird erstmals interkantonal ein Lehrplan der Deutschschweiz angestrebt. Er beschreibt, was Jugendliche am Ende der obligatorischen Schulzeit beherrschen müssen. Der Blick wird dabei verstärkt auf die Anwendbarkeit von Kenntnissen gerichtet. Formuliert werden Mindesterwartungen, für leistungsfähigere Lernende aber werden auch erhöhte Leistungsziele definiert. Der neue Lehrplan wird neu nach Fachbereichen gegliedert. Die Themen Geld, Konsum, Arbeit und Freizeit, aber auch Ernährung sollen vermehrt Eingang in die Schule finden.

Die Projektierungsarbeit im Kanton Basel-Landschaft wird fortgeführt.

Finanzielle Auswirkungen
2010: (Teil der Bildungs-
harmonisierung)

6.02.14 Schuleingangsstufe / Basisstufe

Das Projekt zur Vorbereitung der flächendeckenden Umsetzung wurde im Bildungsraum Nordwestschweiz sistiert. Weiterhin beteiligt sich der Kanton Basel-Landschaft am deutsch-schweizerischen Projekt. 2010 wird der Schlussbericht über diesen Schulversuch veröffentlicht, und die Ergebnisse werden für die weitere Entwicklung des Schuleingangsbereichs im Kanton Basel-Landschaft zu analysieren sein.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

6.02.21 «TimeOut» – Betreuungs- und Beschäftigungsangebot

Eine Landratsvorlage soll einerseits Rechenschaft über das Geleistete ablegen und andererseits gestützt auf die gemachten Erfahrungen modifizierte Rahmenbedingungen festhalten. Eine externe Evaluation soll der Qualitätssicherung dienen.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.03 Mio. Fr.

6.02.28 Tag der Musikschulen

Im September 2010 führt das Amt für Volksschulen in Zusammenarbeit mit dem Verband der Musikschulen BL einen gemeinsamen Tag der Musikschulen durch. Der grossangelegte Anlass soll einerseits an einem kantonsweiten Tag der offenen Tür in allen 15 Musikschulen der Bevölkerung die Arbeit der Musikschulen näher bringen, andererseits wird das Ergebnis der Arbeit der Musikschulen in Form eines originellen Strassenkonzertes im Stedtli Liestal den krönenden Abschluss der Veranstaltung bilden. Zu diesem Zweck wird unter dem Titel «Klangstrasse» von David Wohnlich eigens ein den teilnehmenden Ensembles «auf den Leib» geschriebenes Stück komponiert.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.02 Mio. Fr.

6.03 Mittelschulen, Gymnasien, Sekundarstufe II

6.03.01 Fachmaturität

2009 / 2010 wird erstmals der Fachmaturitätskurs Pädagogik flächendeckend an vier Gymnasien durchgeführt. Somit haben die Fachmaturitäten im 3. Jahr ihren vollen Umfang entwickelt. Die Zusammenarbeit in den Abschlussprüfungen zwischen den einzelnen Schulen und mit der Fachmaturitätsschule FMS Basel-Stadt wird dabei intensiviert.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.3 Mio. Fr.

6.04 Sonderschulung

Das gemeinsame Sonderschulkonzept für die Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt plant die gesetzgeberische und organisatorische Umsetzung für die Periode nach der NFA-Übergangszeit (mindestens bis Ende 2010). Wichtige Prinzipien sind dabei die Eingliederung der Sonderschulung in die Strukturen der Volksschule und die Verstärkung der integrativen Formen der Sonderschulung. Das Konzept ist abgestimmt auf die interkantonalen Vereinbarungen (HarmoS, Vereinbarung Sonderpädagogik, Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE)).

6.04.01 Sonderschulkonzept

Auf Grund des beschlossenen Konzeptes wird eine Landratsvorlage zur Anpassung des Bildungsgesetzes ausgearbeitet.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

6.04.04 Überprüfung der Fahrtkosten in der Sonderschulung

Auf der Grundlage einer Studie über die Organisation der Fahrten von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung werden Szenarien umsetzungsreif ausgearbeitet. Dies mit dem Ziel, die Selbständigkeit und Integration zu verbessern sowie die Zurücklegung des Schulweges zu optimieren. Pro Jahr zahlt der Kanton rund 4.5 Mio. Franken Fahrtkosten in der Sonderschulung.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.05 Mio. Fr.

6.05 Jugendhilfe

Der Kanton entwickelt in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den beteiligten privaten Organisationen ein kantonales Konzept Jugendhilfe.

6.05.03 Konzept Jugendhilfe

Auf der Grundlage des ersten Berichtes zum Konzept Jugendhilfe mit

- den inhaltlichen Schwerpunkten des Konzeptes
 - Vorschlägen zur Verbesserung der Zuständigkeiten und der Koordination in der Kinder- und Jugendhilfe und im Kindes- und Jugendschutz innerhalb der kantonalen Verwaltung,
 - Zusammenarbeitsformen in der Kinder- und Jugendhilfe zwischen Kanton und Gemeinden unter Einbezug privater Anbieter,
- wird eine Umsetzungsplanung erstellt.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.05 Mio. Fr.

6.06 Behindertenhilfe

Der Kanton hat die umfassende Verantwortung übernommen für die Wohnheime, Tagesstätten und Werkstätten der Behindertenhilfe nach dem Rückzug der IV gemäss Beschlüssen zur NFA. Auf der Grundlage des vom Bundesrat zu genehmigenden Konzeptes «Behindertenhilfe Basel-Stadt und Basel-Landschaft» werden die notwendigen Gesetzesanpassungen, die Umsetzungsplanung und die flankierenden Massnahmen vorbereitet.

6.06.02 Konzept Behindertenhilfe

Die Umsetzungsplanung wird konkretisiert. Für die Anpassung der Gesetzgebung wird eine Landratsvorlage erarbeitet. Flankierende Massnahmen und die Instrumente werden gemeinsam mit Basel-Stadt geplant.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.06 Mio. Fr.

6.09 Berufsbildung / Berufsberatung / Berufsfachschulen

Allen Jugendlichen soll ein Abschluss auf der Sekundarstufe II ermöglicht werden. Hierzu müssen auch für eher praktisch begabte Jugendliche genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Gleichzeitig sollen auch leistungsstarke Schulabgänger/innen für anspruchsvollere berufliche Grundbildungen (mit und ohne lehrbegleitenden Berufsmaturitätsunterricht) gewonnen werden.

Der nachhaltigen Sicherung eines genügend grossen und attraktiven Lehrstellenmarktes kommt auch angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise eine grosse Bedeutung zu.

Gegen die drohende Jugendarbeitslosigkeit nach dem Lehrabschluss sind in Zusammenarbeit mit der Arbeitsmarktbehörde geeignete Massnahmen zu treffen.

Mit der flächendeckenden Einführung der lehrortübergreifenden Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung sollen Qualität und Attraktivität der dualen Berufsbildung gesteigert werden.

Der Berufseinstieg nach absolvierter Erstausbildung, Neuorientierung, Nachholbildung, berufliche Weiterentwicklung und Weiterbildung sind Themen, denen in der Laufbahnberatung Erwachsener zunehmende Bedeutung zukommt.

6.09.05 Stärkung der dualen Berufslehren (Umsetzung des neuen eidgenössischen Berufsbildungsgesetzes)

Die Umsetzung der neuen Bildungsverordnungen erfolgt in enger Zusammenarbeit mit Verbänden, den Berufsfachschulen und dem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung. Bei der Umsetzung ist einerseits darauf zu achten, dass auch weniger anspruchsvolle Ausbildungen angeboten werden (Attestausbildungen) und andererseits sollen schulisch starke und leistungsfähige Jugendliche attraktive Ausbildungen im Rahmen einer Berufslehre absolvieren können.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

6.09.07 BWB (Berufswegbereitung) / Case Management

Pro Jahrgang fallen gemäss einer Untersuchung rund 100 Jugendliche aus dem Bildungssystem. Diese Jugendlichen absolvieren keine Ausbildung auf der Sekundarstufe II und sind von Arbeitslosigkeit bedroht. Solche Jugendlichen sollen früh erfasst, begleitet und zu einem Abschluss auf der Sekundarstufe II geführt und gecoacht werden. Gemeinsam mit dem Amt für Volksschulen (AVS), dem Sozialamt und dem KIGA ist ein Konzept erarbeitet worden, das in den kommenden fünf Jahren umgesetzt werden soll.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.545 Mio. Fr.

6.09.08 Nachholbildung / Validation

Das neue Berufsbildungsgesetz ermöglicht einerseits, das Fähigkeitszeugnis nach einer gewissen Anzahl Jahre in der Praxis nachzuholen (Nachholbildung). Andererseits können auch informell erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten bei der Prüfung angerechnet werden. Diese Möglichkeit ergibt neue Ausbildungswege und höhere Flexibilität beim Erreichen eines Lehrabschlusses. Es wird angestrebt, im Rahmen des Bildungsraumes Nordwestschweiz gemeinsam mit den anderen Kantonen entsprechende Instrumente zu entwickeln.

Finanzielle Auswirkungen
2010: (Teil der Bildungs-
harmonisierung)

6.10 Tertiäre Bildung (Fachhochschule, Universität)

Der Kanton Basel-Landschaft verfolgt die Vision eines Hochschulraums Nordwestschweiz. Damit sollen die Wissensbildung besser vernetzt werden und die Innovationskette durch eine enge Kooperation zwischen der Universität Basel, der Fachhochschule Nordwestschweiz, den Forschungsinstituten der Region und dem CSEM Muttens gestärkt werden. Die Schwerpunktbildung in den Life Sciences soll den Know-how-Transfer zu den hier ansässigen Firmen unterstützen, neue Firmen anziehen und damit den Wirtschaftsstandort stärken.

6.10.04 Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)

Die im vierkantonalen Leistungsauftrag 2009 – 2011 formulierten Leistungsziele und Entwicklungsschwerpunkte sollen umgesetzt werden (LRV Nr. 2008 / 186).

Die Überführung der Mitarbeitenden der FHNW in eine neue, gemeinsame Pensionskasse wird vorbereitet. Auf den Zeitpunkt der Überführung (1. Januar 2011) gleichen die Trägerkantone eine allfällige Deckungslücke in der bisherigen Pensionskasse aus (Staatsvertrag FHNW, § 36).

Finanzielle Auswirkungen
2010: 52.392 Mio. Fr.

Landratsvorlage 2008 / 186 / Verpflichtungskredit LRB vom 30. Oktober 2008		
Total:	Fr. 156 579 000.–	(Konto 2538.36.160.000)
Per Ende 2008 verbraucht:	Fr. 51 361 000.–	
Budget 2009:	Fr. 51 361 000.–	
Budget 2010:	Fr. 52 392 000.–	
Budget 2011:	Fr. 52 826 000.–	

6.10.05 Universität Basel

Die im bikantonalen Leistungsauftrag 2010 – 2013 formulierten Ziele und Entwicklungsschwerpunkte sollen umgesetzt werden (LRV Nr. 2009 / 122).

Finanzielle Auswirkungen
2010: Leistungsauftrag:
Total 2010: 142.1 Mio. Fr.

Landratsvorlage 2009 / 122 / Verpflichtungskredit LRB		
Total:	Fr. 600 300 000.–	(Konto 2539.36.130.000)
Budget 2010:	Fr. 142 100 000.–	
Budget 2011:	Fr. 148 800 000.–	
Budget 2012:	Fr. 152 700 000.–	
Budget 2013:	Fr. 156 700 000.–	

6.10.07 FHNW: Planung Neubau Muttens (Fachbereiche Pädagogik, Soziale Arbeit, Life Sciences sowie Bau, Architektur und Geomatik)

Projekt der BUD und der BKSD (vgl. Punkt Nr. 4.04.02 der BUD).

Basierend auf dem Landratsentscheid zur Bedarfs- und Projektierungskreditvorlage wird 2010 der Entscheid des Projektevaluationsverfahrens Polyfeld Muttens (ehemals Campus Muttens) erfolgen. Die Planerteams aus dem Siegerprojekt werden mit der Bearbeitung des Bauprojektes beauftragt werden.

Die Planung für die Nachnutzung der Schulgebäude auf dem Kriegacker-Areal durch die Schulen der Sekundarstufe II nach 2015 wird durchgeführt.

6.10.15 Forschungszentrum für Polytronics (CSEM)

In Muttenz wird ein Forschungszentrum für Polytronics aufgebaut (LRV Nr. 2008 / 350).

Finanzielle Auswirkungen
2010: 3 Mio. Fr.

Landratsvorlage 2008 / 350 / Verpflichtungskredit LRB vom 23. April 2009			
Total:	Fr.	15 000 000.–	
		+ 1 000 000.–	zur Zeichnung von Aktienkapital
Budget 2009:	Fr.	3 000 000.–	
		+ 1 000 000.–	(Aktienkapital)
Budget 2010:	Fr.	3 000 000.–	
Budget 2011:	Fr.	3 000 000.–	
Budget 2012:	Fr.	3 000 000.–	
Budget 2013:	Fr.	3 000 000.–	

6.10.17 Universität: Planung Neubauten für die Life Sciences (Standorte Basel-Schällemätteli und Basel-Volta)

Projektierung des Neubaus Spitalstrasse 41 auf dem Schällemätteli gemäss LRV Nr. 2008 / 267. Basierend auf den Beschlüssen der Parlamente beider Basel wird 2010 der Entscheid des Projektevaluationsverfahrens erfolgen. Die Planerteams aus dem Siegerprojekt werden mit der Bearbeitung des Bauprojektes beauftragt werden.

Projektierung des Neubaus Basel-Volta: Dem Landrat wird ein entsprechender Verpflichtungskredit (Projektierungskredit) beantragt (Landratsvorlage folgt).

Projekt der BUD (vgl. Punkt Nr. 4.04.02 der BUD).

6.11 Quartäre Bildung / Erwachsenenbildung

Die Konsolidierung des quartären Bereichs wird durch die Umsetzung konkreter Massnahmen des Konzeptes Weiterbildung Baselland gefördert. Mittels Kampagnen und Anlässen wird die Bevölkerung zu gesellschaftsrelevanten Themen informiert und zur Weiterbildung motiviert.

Zur Unterstützung, Begleitung und Umsetzungssteuerung bildungspolitischer Entscheide (wie zum Beispiel Gesamtsprachenkonzept, HarmoS, Bildungsraum NWCH) konzipiert, koordiniert und offeriert die Fachstelle Weiterbildungsangebote für die Schulleitungen und Lehrpersonen des Kantons Basel-Landschaft. Die Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung soll zu einer systematisch gesteuerten und geplanten Weiterbildung entwickelt werden.

6.11.02 Umsetzung Massnahmen Konzept Weiterbildung

Die neue programmgebundene Förderstrategie des Bundes im Bereich Deutschkurse für Migranten und Migrantinnen erfordert Ressourcen für die Bewilligungspraxis entsprechender Projekte und Angebote sowie für die Weiterentwicklung der Angebote im Kanton Basel-Landschaft.

Daraus folgt der Ausbau einer zielgruppenorientierten Übersichtsplattform der Weiterbildungsangebote der Region (zum Beispiel Deutschkurse) als Informationsdrehscheibe für die Öffentlichkeit sowie die Schaffung eines Überblicks zuhanden der politischen Instanzen für Steuerungswissen und Einflussnahme.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.23 Mio.Fr.

6.11.07 Weiterbildung und Nachqualifikation von Lehrpersonen

Erhöhung des Budgets für Lehrerinnen und Lehrerweiterbildung zur Nachqualifikation und Weiterbildung der Lehrpersonen insbesondere auf der Sekundarstufe I sowie zur Erhöhung der Sprachkompetenz im Zusammenhang mit dem anstehenden Gesamtsprachenkonzept und zur konsequenten Umsetzung des Weiterbildungsobligatoriums.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.29 Mio.Fr.

6.12 Römerstadt Augusta Raurica

Die Planungen des Hochbauamtes für das dringend notwendige Sammlungszentrum Augusta Raurica gingen 2008 sehr zügig voran. Bis zum Einzug in den Neubau 2014 sollen sowohl die Funddepots als auch die Ausgrabungs-, Restaurierungs- und Museumsarchive neu geordnet, zeitgemäss erschlossen und archivarisch gesichert sein. Für diese Arbeiten soll dem Parlament parallel zur Bauvorlage eine eigene Vorlage unterbreitet werden.

6.12.02 Entwicklungskonzept für Augusta Raurica

Das Entwicklungskonzept für Augusta Raurica dient der Vorbereitung der Kantonalen Nutzungsplanung Augusta Raurica. Ziel ist die räumliche Abstimmung der Bereiche Natur- und Landschaftspark Augusta Raurica, Archäologisches Schutzgebiet, Siedlung Augst – Oberdorf und Bauen über den Ruinen. Ausser Honoraren für externe Experten und eine externe Berichte-Redaktion entstehen keine Kosten.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.03 Mio. Fr.

6.12.04 Ausstellung «Augusta Raurica: Modellstadt – Stadtmodell»

Im Zentrum der elf Monate dauernden Sonderausstellung (März 2010 bis Januar 2011) steht ein Stadtmodell von Augusta Raurica. Erstmals wird die auf dem Reissbrett geplante Stadt zur Zeit ihrer grössten Ausdehnung in einem 3 x 4.5 Meter messenden dreidimensionalen Modell gezeigt. Grossformatige Panoramabilder der historischen Entwicklung der Stadt von der Gründung bis ins Frühmittelalter sowie zeittypische Fundstücke aus den Ausgrabungen machen den Aufstieg und Niedergang von Augusta Raurica anschaulich sichtbar.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.04 Mio. Fr.

6.12.08 Sammlungszentrum Augusta Raurica

6.12.09

Das Sammlungszentrum in Augst mit Museumsdepots für die 1.5 Mio. Römerfunde und mit Arbeitsplätzen für die 60köpfige Belegschaft ist das vordringlichste Projekt.

Archäologische Kulturgüter sind gefährdet. Für die nachhaltige Sicherung der Investitionen des Kantons sind Sofortmassnahmen notwendig. Die Arbeitssituation der Mitarbeitenden ist unzumutbar. Für die Bereitstellung von zumutbaren sowie sicheren und gesunden Arbeitsplätzen für rund 60 Mitarbeitende und somit die Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes sind Sofortmassnahmen notwendig.

Das Sammlungszentrum in Augusta Raurica wird einhellig sowohl von der landrätlichen Bildungs-, Kultur- und Sportkommission als auch von der Finanz- und der Geschäftsprüfungskommission als dringlich und prioritär angesehen.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB

Projekt der BUD (vgl. Punkt Nr. 4.04.02 der BUD).

6.12.14 **Datensicherung: Sicherstellung Archive, Langzeitsicherung**

Bis zum Einzug in das geplante Sammlungszentrum Augusta Raurica sollen sowohl die Funddepots als auch die Ausgrabungs-, Restaurierungs- und Museumsarchive neu geordnet, zeitgemäss erschlossen und archivarisches gesichert sein. Ferner sind sämtliche Archivalien und die grosse archäologische Plansammlung neu zu ordnen und einer Triage «Temporärakten» vs. «Langzeitarchivalien» zu unterziehen. Die Bereinigung der Museumsdepots erfolgte 2006 – 2010; die Kontroll-Inventur aller Funddepots in der Datenbank IMDAS-Pro ist seit 2007 im Gange und wird noch bis ca. 2012 dauern. Parallel zur Bauvorlage für das geplante Sammlungszentrum wird dem Parlament eine entsprechende Vorlage unterbreitet.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

6.13 **Archäologie und Museum**

Sanierung der kantonseigenen Burgen Homburg und Pfeffingen sowie zeitgemässe Erhaltung und Erschliessung des kantonalen kulturellen Erbes.

6.13.04 **Burgen und Ruinen**

Die Frage der Sanierungen und des Unterhalts der Burgen im Besitz von Gemeinden, Bürgergemeinden und Privaten dürfen nicht nur einzeln betrachtet werden, sondern müssen vom Kanton mit einem Konzept angegangen werden. Die Sanierung der kantonseigenen Homburg wurde 2008 begonnen und wird 2009 abgeschlossen. Für die Sanierung der kantonseigenen Ruine Pfeffingen im Jahr 2010 folgt eine Landratsvorlage im Jahr 2009.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.75 Mio. Fr.

Landratsvorlage in Vorbereitung.

6.13.12 **Zeitgemässe Erhaltung und Erschliessung des kulturellen Erbes**

Sicherungsmassnahmen zur Erhaltung und zur Erschliessung der bestehenden Sammlungen sind dringend notwendig. Parallel zur Bauvorlage für das geplante Sammlungszentrum wird dem Parlament eine entsprechende Vorlage unterbreitet.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

6.14 **Kantonsbibliothek**

Förderung der Lese- und Medienkompetenz in verschiedenen sozialen Schichten. Die sehr einseitige Mediennutzung und der Verlust der Lesekompetenz nehmen bei Jugendlichen stark zu. Aber auch bildungsfernere, fremdsprachige oder ältere Menschen mit besonderen Bedürfnissen drohen den Kontakt zur Informationsgesellschaft zu verlieren.

6.14.07 **Teilnahme an nationalen Vermittlungsprojekten**

Mit dem Projekt «BuchStart» wird das Vorlesen und der frühzeitige Kontakt zum Buch bei Kleinkindern gefördert. Mit dem Projekt «Generation+» wird die Erhaltung und die Förderung der Lese- und Medienkompetenz der Altersgruppe ab 55 Jahren angestrebt.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.045 Mio. Fr.

6.15 Zeitgenössische Kunst- und Kulturförderung

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredits für den ordentlichen Spielbetrieb im Römischen Theater für die Jahre 2010 – 2014.
2. Abschluss und Umsetzung der Partnerschaftsverhandlungen BL / BS im Bereich Kultur (TP4) / Theater Basel.
3. Inkraftsetzung des Kultugesetzes.

6.15.04 Bespielung Römisches Theater in Augusta Raurica

Der Aufwand für den Spielbetrieb im Römischen Theater in Augusta Raurica ist im Budget 2010 enthalten. Die Sicherstellung für die folgenden Jahre soll mittels eines Rahmenkredits (Verpflichtungskredits) erfolgen.

Kooperation mit der Gemeinde Augst, dem Theater Basel, dem Stimmenfestival und weiteren Veranstaltern aus der Region Basel.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.6 Mio. Fr.

6.15.05 Partnerschaftsverhandlungen / TP4

Abschluss der Partnerschaftsverhandlungen mit besonderer Fokussierung auf einen erhöhten Beitrag des Kantons Basel-Landschaft an das Theater Basel für die Jahre 2011 – 2015; in Ergänzung zu den Beiträgen aus der Kulturvertragspauschale.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

Landratsvorlage ist in Arbeit

Budget 2011 – 2015:	Zusätzlich 17 000 000.– (insgesamt 33 000 000.–)
---------------------	--

6.15.06 Kultugesetz / Kulturbericht 2011 – 2015

Inkraftsetzung des neuen Kultugesetzes per Mitte 2010.

Im Nachgang dazu sollen die wichtigsten Prioritäten und Programme des Bereichs Kultur in einem Bericht für die Jahre 2011 – 2015 formuliert und umgesetzt werden.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

6.15.09 Erhöhung der Subvention für das Theater ROXY in Birsfelden für die Jahre 2010 – 2013

Um als Plattform für das regionale Theaterschaffen weiter die erfolgreiche Funktion der letzten Jahre sicherzustellen, müssen die Infrastruktur angepasst und der Spielbetrieb gestärkt werden.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.55 Mio. Fr.

Landratsvorlage 2009 / 165 / Verpflichtungskredit / LRB

Total:	Fr.	2 200 000.–
Budget 2010:	Fr.	550 000.–
Budget 2011:	Fr.	550 000.–
Budget 2012:	Fr.	550 000.–
Budget 2013:	Fr.	550 000.–

Teil Sport

6.16 Sport

Projekte Bewegung und Sport Mit gezielten Projekten zur Förderung von Sport und Bewegung soll die Anzahl regelmässig bewegungsaktiver Menschen erhöht werden.

Bewegte Schule Der Sportunterricht an den Schulen wird durch Bewegungsförderung im Schulalltag ergänzt.

Kantonales Sportanlagen-Konzept (KASAK 3) Das KASAK ist ein Planungs- und Koordinationsinstrument der kantonalen Sportanlagenpolitik. Die Erstellung oder die Sanierung von Sportanlagen von überkommunaler oder kantonaler Bedeutung kann mit Kantonsbeiträgen unterstützt werden.

Sport-Infrastruktur Im Raum Basel soll der Bedarf für einen Campus Sport für die Region näher geprüft werden. Dieser soll Räumlichkeiten für einen Sportstützpunkt für Leistungssportlerinnen und Leistungssportler und für Ausbildungs- und Fortbildungskurse beinhalten, aber auch Räumlichkeiten für die Verwaltung des öffentlich-rechtlichen und des privat-rechtlichen Sports.

6.16.01 Projekte Bewegung und Sport

Mit gezielten Projekten zur Förderung von Sport und Bewegung sollen möglichst viele Menschen dazu gebracht werden, sich täglich genügend zu bewegen. Zudem sollen möglichst viele bewegungsaktive Menschen zum lebenslangen Sporttreiben animiert und / oder für ein Engagement in einer Sportorganisation motiviert werden.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.15 Mio. Fr.

6.16.02 Bewegte Schule

Das Schwergewicht liegt auf der Bewegungsförderung und Bewegungserziehung in der Schule, insbesondere auf der Sicherstellung der Qualität. Massnahmen aus der Erklärung der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz vom 28. Oktober 2005 sollen vollzogen werden. In den Schulen sollen vermehrt Aktivitäten im Bereich des freiwilligen Schulsports durchgeführt werden.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

6.16.03 Kantonales Sportanlagen-Konzept (KASAK 3)

Das KASAK sieht Kantonsbeiträge an Sanierungen oder Neubauten von Sportanlagen von überkommunaler oder kantonaler Bedeutung vor. Infolge Sparmassnahmen wird die Jahrestrenche 2010 aus dem Verpflichtungskredit KASAK 2 gekürzt und das KASAK 3 erst für 2011 geplant.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine

6.16.09 Sportstützpunkt beider Basel: Um- und Neubauten

Auf der Grundlage des Postulats Rüegg 2007 / 315 «Campus Sport für die Region» werden Vorabklärungen für eine allfällige Projektierung eines Campus Sport für die Region vorgenommen.

Finanzielle Auswirkungen
2010: Keine



LaKa: Ort der Entscheidungen: Der ovale Tisch im Sitzungszimmer des Regierungsrates.

7 Landeskanzlei (LaKa)

Walter Mundschin, Landschreiber



Die Herausforderungen unserer Zeit an den Staat lassen sich nur bewältigen, wenn Regierung und Parlament möglichst optimal zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit, die jeder Behörde ihren Verantwortungsbereich und ihren Entscheidungsspielraum belässt, braucht Koordination. Für diese Aufgabe ist die

Landeskanzlei prädestiniert, weil sie als zentrale Stabstelle die rechtlichen und die politischen Zusammenhänge und Spielregeln kennt und gute Verbindungen zum Parlament und seinen Organen einerseits und zur Regierung und Verwaltung andererseits hat.

Mit einer sinnvollen Koordination und Kooperation sollen Synergien ermöglicht, Leerläufe verhindert, das gegenseitige Vertrauen gefördert und die vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen optimal ausgenutzt werden.

Die Vorbereitung und die Durchführung der kantonalen Wahlen und Abstimmungen sowie die organisatorische Unterstützung des Landrates und des Regierungsrates in ihren zahlreichen Repräsentationsverpflichtungen sind weitere Kernaufgaben der Landeskanzlei.

7.01 Parlamentsdienste

Die Landeskanzlei unterstützt die Arbeit des Landrates optimal, indem sie wirkungsvolle, den Bedürfnissen des Parlamentes und seiner Organe entsprechende Dienstleistungen erbringt.

7.02 E-Government / Publikationen

Unter Electronic Government wird die Abwicklung geschäftlicher Prozesse im Zusammenhang mit Redigieren und Verwalten durch Informations- und Kommunikationstechniken über elektronische Medien verstanden.

Die Chancen und die Risiken von E-Government sollen im Kanton Basel-Landschaft weiterhin durch vertiefte Zusammenarbeit mit dem Bund und den Gemeinden sowie durch die sorgfältige Prüfung und die Realisierung von neuen, Kunden orientierten Anwendungen optimiert werden.

7.02.01 Weiterführung von **www.ch.ch**

Die Mitarbeit am zentralen Internet-Portal **www.ch.ch** wird weitergeführt. Die nationale Internet-Einstiegsseite **www.ch.ch** soll Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Behörden einen einfachen, Themen orientierten Zugriff auf das Online-Angebot der Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden verschaffen.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.022 Mio. Fr.
(P2002 3130)

7.02.04 Weiterentwicklung der Kantonalen Homepage

Erfreulicherweise hat eine von allen Kantonen in Auftrag gegebene Studie ergeben, dass die Baselbieterinnen und Baselbieter mit ihrer Homepage am zufriedensten sind. Das verpflichtet und spornt dazu an, die Homepage weiterzuentwickeln. E-Government-Projekte werden in verschiedenen Gremien auf Bundesebene und interkantonaler Ebene verfolgt.

Das für die Betreuung der Homepage zuständige Team der Landeskanzlei erhält Verstärkung, um den wachsenden Anforderungen gerecht werden zu können.

Für den Landrat wird ein Closed-User-Group-Angebot eingeführt, wo die Mitglieder des Landrates auch nicht öffentliche Dokumente via Internet einsehen können.

7.03 Archivierung

Im Interesse der Rechtssicherheit, des Schutzes der Grundrechte, der rationellen Verwaltungsführung und der Forschung soll die Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns auch unter den neuen Anforderungen der Informationsgesellschaft sichergestellt werden.

7.03.03 Archivinformationssystem StAR und Interaktive Schnittstellen

Neben der Implementierung des neuen Archivinformationssystems StAR werden interaktive Internet- und Intranetz Zugänge aufgebaut, welche die archivischen Arbeitsabläufe unterstützen und elektronische Transaktionen zwischen dem Staatsarchiv und den Dienststellen, aber auch mit privaten Archivbenutzern ermöglichen. Damit ist eine wesentliche Grundlage geschaffen für die elektronische Archivierung. Teile dieses Projektes sind eng mit dem Projekt «Information Lifecycle Management (ILM)» verknüpft.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.100 Mio. Fr.
(P2003 3113 und 3130)

7.03.04 Erschliessungsprojekt «Kantonale Unterlagen 1950 – 1983»

Mit dem Erschliessungsprojekt «Kantonale Unterlagen 1950 – 1983» soll die letzte grössere Erschliessungslücke bei den kantonalen Archivbeständen geschlossen werden.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.060 Mio. Fr.
(P2003 3010)

7.03.06 Sicherung aller archivwürdigen Unterlagen der Kantonsverwaltung

Nach dem Abschluss des Archivneubaus stehen genügend Raumreserven zur Verfügung, so dass alle archivwürdigen Unterlagen des Kantons, die vor 2000 entstanden sind, übernommen werden können. Diese «Sicherungsinitiative» dauert bis 2010.

7.03.07 Schaffung der Grundlagen für die elektronische Archivierung

In Anlehnung an die GEVER-Strategie des Bundes sollen auch im Kanton Basel-Landschaft bis spätestens 2012 die Voraussetzungen für eine stabile elektronische Archivierung geschaffen werden. Die elektronische Archivierung wird eingebettet in die Informatikstrategie BL und das Projekt ILM.

7.04 Regionale Zusammenarbeit

Die regionale Zusammenarbeit gewinnt in vielen Bereichen an Bedeutung. Die Landeskanzlei vernetzt und unterstützt den Geschäftsverkehr zwischen den beteiligten politischen Behörden. Im Vordergrund stehen die Beziehungen zu Basel-Stadt, die Beziehungen zu den Mitgliedern der Nordwestschweizer Regierungskonferenz und die Beziehungen zu den französischen und deutschen Gebietskörperschaften der Oberrheinischen Regierungskonferenz.

7.04.03 Trinationale Kooperation im Oberrheingebiet

Auf der Grundlage des Strategischen Positionspapiers der Nordwestschweizer Regierungskonferenz für die Oberrhein-Kooperation soll mit den deutschen und französischen Partnern am Oberrhein eine trinationale Abstimmung gesucht werden. Ein Leitbild soll als Grundlage für die Generierung von grenzüberschreitenden Projekten (Interreg IV und NRP) und als Handlungsgrundlage für das Schweizer Präsidialjahr 2010 in der Deutsch-Französisch-Schweizerischen Oberrheinkonferenz dienen.

Ende 2010 laufen mehrere Subventionsverhältnisse und Leistungsaufträge für die Oberrhein-Kooperationsstrukturen aus (Regio Basiliensis / IKRB, ORK-Sekretariat, Infobest Palmrain, Eurodistrict). Für die Subventionsperiode 2011 – 2014 sollen möglichst gestraffte und integrierte Lösungen angestrebt werden.

Die Landeskanzlei beteiligt sich an der Erarbeitung der entsprechenden Beschlussentwürfe und Landratsvorlagen.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.250 Mio. Fr.
(P2002 3638)

7.04.05 Sekretariat der Nordwestschweizer Regierungskonferenz und der Interparlamentarischen Konferenz

Die Nordwestschweizer Regierungskonferenz wird im kommenden Jahr durch den Kanton Basel-Landschaft präsiert. Das Sekretariat der Nordwestschweizer Regierungskonferenz bei der Landeskantlei unterstützt das Konferenzpräsidium möglichst wirkungsvoll und entwickelt die im Jahr 2007 von den Konferenzkantonen beschlossene Organisationsstruktur etappenweise weiter. Das Sekretariat setzt insbesondere den Schwerpunkt auf einen regelmässigen, aktiven Informationsaustausch und eine Koordination zwischen den Mitgliedkantonen sowie auch mit den regionalen Fachgremien. Die gezielte Beobachtung und systematische Bearbeitung von Belangen auf Bundesebene bildet den zweiten Schwerpunkt. In diesem Rahmen soll die künftige Vertretung gemeinsamer Interessen gegenüber Bund, anderen Regionen und namentlich auch in der Konferenz der Kantonsregierungen sichergestellt werden.

Das Sekretariat der Interparlamentarischen Konferenz bei der Landeskantlei wird in Zusammenarbeit mit dem Präsidiumskanton Basel-Stadt die Organisation der traditionellen Herbsttagung zu einem aktuellen Thema für Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus allen Konferenzkantonen (Bern, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau) sicherstellen.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.150 Mio. Fr.
(P2002 3010)

7.04.06 12. Dreiländer-Kongress

Der 12. Dreiländer-Kongress findet zum Thema «Bildung, Forschung und Innovation» am 2. Dezember 2010 in Basel statt. Die Dreiländer-Kongresse am Oberrhein sind seit ihrer Entstehung vor rund 20 Jahren zu einem wichtigen Instrument der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geworden. Sie bieten die Möglichkeit, aktuelle Schwerpunktthemen unter Miteinbezug von Wissenschaft und Wirtschaft sowie weiterer Kreise vertieft zu bearbeiten. Die Ergebnisse der bisherigen Dreiländer-Kongresse haben Impulse für die staatliche regionale Kooperation geliefert. Der Kanton Basel-Landschaft ist ein Hauptträger des Dreiländer-Kongresses. Die Landeskantlei unterstützt die Vorbereitungs- und Durchführungsarbeiten optimal.

Finanzielle Auswirkungen
2010: 0.080 Mio. Fr.
(P2002 3631)

7.05 Volkswahlen und -abstimmungen

Die Landeskantlei nimmt eine zentrale Rolle ein bei der Vorbereitung und der Durchführung von Volkswahlen und -abstimmungen.

8 Entwicklung der Finanzen des Kantons Basel-Landschaft

Finanzplanung

Der Finanzplan, der jährlich überarbeitet wird, stellt das zentrale finanzpolitische Planungs- und Steuerungsinstrument dar. Ziel der Finanzplanung ist es, eine enge Verbindung zwischen der Sachplanung und den finanziellen Rahmenbedingungen zu gewährleisten und dafür zu sorgen, dass die jährlichen Voranschläge konform zur Defizitbremse sind und den finanzpolitischen Vorgaben von Regierung und Parlament genügen. Mit den verfügbaren Mitteln sollen die staatlichen Aufgaben möglichst optimal wahrgenommen werden können, was eine laufende Auseinandersetzung zwischen den ausgewiesenen Bedürfnissen der einzelnen Sachbereiche und den finanziellen Möglichkeiten voraussetzt.

Der vorliegende Finanzplan ist eine «wenn-dann»-Planung, welche auf möglichst realitätsnahen Annahmen für die Zukunft («wenn») basiert und deren finanzielle Auswirkungen auf den Kantonshaushalt («dann») abschätzt. Damit erfüllt der Finanzplan seine Planungs- und Steuerungsfunktion noch nicht in optimaler Weise. Die Finanzplanung soll daher auf der Basis des neuen ERP-Systems zu einem Businessplan weiterentwickelt werden, in welchem die Vorhaben und Projekte mit Blick auf die

finanziellen Möglichkeiten des Kantons und auf die übergeordneten Ziele priorisiert und posteriorisiert werden. Der Finanzplan stellt eine wichtige Grundlage für die anstehende Aufgabenüberprüfung dar.

Die Finanzplanung ist sowohl auf der Aufwand- als auch auf der Ertragsseite mit zahlreichen Unsicherheiten verbunden. Dies gilt umso mehr, je weiter der Prognosezeitpunkt vom Zeitpunkt der Finanzplanerarbeitung entfernt liegt. Der Finanzplan basiert auf Annahmen betreffend Teuerung und Wirtschaftswachstum und enthält die von den Direktionen gemeldeten Projekte, ohne dass die konkrete Finanzierung bereits sichergestellt wäre. Im Rahmen des jeweiligen Budgetprozesses findet eine Präzisierung der Vorhaben und eine Überprüfung der Finanzierbarkeit statt.

Finanzplan 2010 – 2013

Der vorliegende Finanzplan 2010 – 2013 basiert auf dem Budget 2010 und auf den aktuellen Konjunkturprognosen der BAK Basel vom Juli 2009, wie sie in der Tabelle 1 zusammengefasst sind:

Tabelle 1: Konjunkturprognosen der BAK Basel

In Prozent	2009	2010	2011	2012	2013
Bruttoinlandprodukt CH real	-2.5%	0.2%	1.6%	1.9%	1.9%
Bruttoinlandprodukt BL real	-1.6%	0.3%	2.0%	2.1%	2.1%
Teuerung (Konsumentenpreise CH)	-0.3%	1.1%	1.3%	1.4%	1.5%
Zinsen Geldmarkt	0.3%	0.9%	2.1%	2.8%	2.8%
Zinsen Kapitalmarkt	2.2%	2.7%	3.2%	3.4%	3.4%

Der Finanzplan 2010 – 2013 (Tabelle 2) zeigt die unbeflusste Entwicklung der Finanzen des Kantons:

Tabelle 2: Finanzplan 2010 – 2013

in Mio. Fr.	R 2008	E 2009	B 2010	F 2011	F 2012	F 2013
Aufwand	2 960.7	2 755.0	2 713.4	2 781	2 831	2 849
Ertrag	2 962.9	2 652.0	2 690.3	2 607	2 609	2 663
Saldo Erfolgsrechnung	2.2	-103.0	-23.2	-174	-222	-186
Selbstfinanzierung	336.0	40.8	-5.7	-81	-126	-87
Investitionsausgaben	163.4	284.3	425.4	312	432	482
Investitionseinnahmen	52.9	138.8	197.8	66	172	200
Saldo Investitionsrechnung	-110.5	-145.5	-227.7	-246	-260	-282
+ Selbstfinanzierung	336.0	40.8	-5.7	-81	-126	-87
Finanzierungssaldo	225.5	-104.7	-233.4	-327	-386	-369
Selbstfinanzierung	336.0	40.8	-5.7	-81	-126	-87
Saldo Investitionsrechnung	-110.5	-145.5	-227.7	-246	-260	-282
Selbstfinanzierung in %	304.0%	28.0%	-2.5%	-33%	-49%	-31%
Eigenkapital massgebend für Defizitbremse	210.3	107.3	-10.9	-185	-407	-593

Ohne Gegenmassnahmen steht für das Jahr 2011 kein Eigenkapital mehr zur Verfügung; Steuerfusserhöhungen ab 2011 wären unvermeidbar. Zudem würde ein Bilanzfehlbetrag die zukünftigen Finanzplanjahre mit entsprechenden Abschreibungen zusätzlich belasten.

Bei den Steuern wird ohne neue Reformen in der Finanzplanperiode ein kumuliertes Wachstum von 109 Mio. Franken prognostiziert. Im ersten Finanzplanjahr 2011 fällt dieses Wachstum mit 23 Mio. Franken noch bescheiden aus, da bei der Einkommensteuer wegen eines Kantonsgerichtsurteils zum Abzug der Verpflegungsmehrkosten auch von ledigen Berufstätigen sowie bei der Gewinnsteuer durch die Umsetzung des zweiten Teils der Unternehmenssteuerreform Ertragsausfälle zu verkraften sind.

Darüber hinaus sind ab 2012 die Ertragsausfälle von 44.5 Mio. Franken aus der geplanten Revision der Vermögenssteuer im Finanzplan berücksichtigt.

Im *Personalaufwand* sind die Kosten des Teuerungsausgleichs von kumulativ 43 Mio. Franken bis ins Jahr 2013 berücksichtigt. Im Finanzplan ist ab 2011 kein Stellenausbau vorgesehen.

Im *Sozialbereich* (Ergänzungsleistungen zu AHV / IV (netto), Prämienverbilligung (netto)) werden bis ins Jahr 2013 Mehraufwendungen im Umfang von 17 Mio. Franken erwartet. Die zweite Teilrevision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung wird ab 2012 zu einer Mehrbelastung von 40 Mio. Franken führen.

Mit der Umstellung auf die neue Abschreibungspraxis von HRM2 werden im Budget 2010 aufgrund von abgelaufenen Nutzungsdauern der Anlagen ausserplanmässige Abschreibungen im Umfang von 20 Mio. Franken vorgenommen. Diese entfallen in der Finanzplanperiode. Insgesamt ergibt sich gegenüber dem Budget 2010 eine Entlastung des Finanzplanes von ca. 18 Mio. Franken bis 13 Mio. Franken im letzten Finanzplanjahr.

Für den öffentlichen Verkehr sind zusätzliche Beiträge an Infrastrukturvorhaben im Umfang von 31 Mio. Franken (2011) vorgesehen. Der Zusatzbedarf nimmt gegen Ende der Finanzplanperiode auf ca. 22 Mio. Franken ab. Mit dem 6. Generellen Leistungsauftrag sind kumulierte Mehraufwendungen bis 2013 von ca. 12.5 Mio. Franken verbunden.

Der Leistungsauftrag an die Universität führt schrittweise zu einem kumulierten Mehraufwand von 14.6 Mio. Franken bis zum Ende der Finanzplanperiode. Für HarmoS und das Sprachenkonzept an obligatorischen Schulen sind ab 2011 im Finanzplan ca. 5 Mio. Franken eingestellt. Im Bereich Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe wird bis 2013 ein kumulativer Mehraufwand von ca. 6 Mio. Franken erwartet. Im Kulturbereich ist eine kumulative Aufwandsteigerung von 6 Mio. Franken bis gegen Ende der Finanzplanperiode eingestellt. Der Hauptanteil fällt auf die geplante Beitragserhöhung an das Stadttheater Basel.

Im Finanzplan 2010 – 2013 sind ferner die im Investitionsprogramm prognostizierten Investitionseinnahmen und -ausgaben berücksichtigt.

Der Finanzplan zeigt auf, dass der kantonale Finanzhaushalt ohne Gegenmassnahmen strukturell überlastet ist. Aufgrund der geplanten Vermögenssteuerreform fallen strukturelle Ertragsausfälle von kumuliert ca. 44.5 Mio. Franken an. Der strukturelle Anteil der Aufwandseite ist jedoch noch höher, denn auch ohne Umsetzung der Steuerreformen verbleiben tiefer Zahlen.

Nach gegenwärtigem Kenntnisstand wird die Rechnung 2009 mit einem Defizit der Erfolgsrechnung von ca. 103 Mio. Franken abschliessen. Der erwartete Saldo liegt somit um ca. 93 Mio. Franken unter dem budgetierten Defizit von 10 Mio. Franken. Für diese Entwicklung hauptverantwortlich sind aufgrund der Wirtschaftskrise die deutlich unter den Budgeterwartungen liegenden Steuererträge (-77 Mio. Franken).

Strukturelle und konjunkturelle Defizite

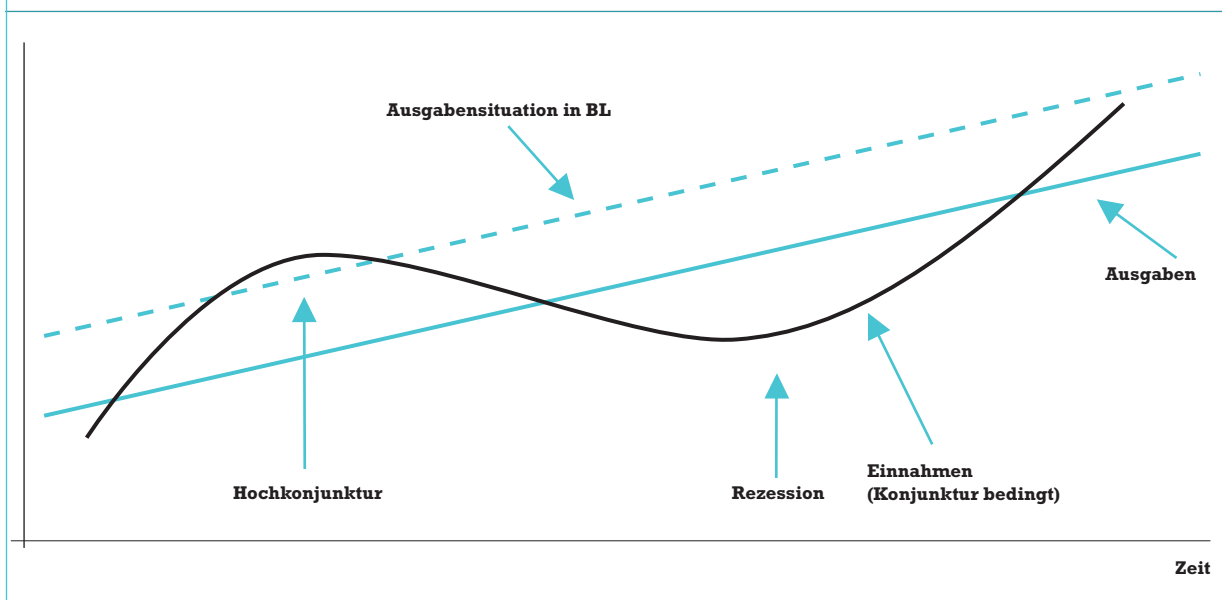
Die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung der öffentlichen Gemeinwesen unterliegt im Zeitablauf konjunkturellen Schwankungen. In wirtschaftlich schlechten Zeiten steigen einerseits die Ausgaben durch automatische Stabilisatoren (zum Beispiel die Arbeitslosenversicherung), welche die Einkommen und damit die Konsumausgaben stützen. Andererseits sinken die Steuereinnahmen; beispielsweise durch rückläufige Gewinne und Einkommen. Als Ergebnis entsteht ein Defizit, welches allein keinen Anlass zur Besorgnis bietet. Denn sobald die Konjunktur wieder anzieht, steigen auch die Einnahmen wieder an, während die Ausgabenseite entlastet wird.

Anders verhält es sich bei einem strukturellen Defizit. Das strukturelle Defizit bezeichnet den Ausgabenüberschuss, der unabhängig von der konjunkturellen Lage bestehen bleibt (über mehrere Jahre oder sogar Jahrzehnte). Ein strukturelles Defizit kann also auch im konjunkturellen Aufschwung nicht abgebaut werden. Ohne entsprechende Gegenmassnahmen erweist sich dieses Defizit als dauerhaft und muss entweder durch Schulden oder Steuererhöhungen finanziert werden.

Eine nachhaltige Finanzpolitik verfolgt das Ziel, die Entwicklung des Finanzhaushalts über einen Konjunkturzyklus so zu verstetigen, dass in wirtschaftlich guten Zeiten ausreichend Eigenkapital gebildet wird, welches in wirtschaftlich schlechten Zeiten zur Deckung der Budgetdefizite eingesetzt werden kann. Diese optimale Situation ist in Abbildung 1 zu sehen (durchgezogene, rote Linie).

Bei öffentlichen Gemeinwesen besteht die Gefahr, dass zu hohe strukturelle Aufwandsteigerungen bzw. Ertragsminderungen beschlossen werden, welche den Finanzhaushalt langfristig ins Ungleichgewicht bringen. Ist das Ausgabenniveau zu hoch angesetzt (gestrichelte Linie), können in guten Zeiten keine (oder nur geringfügige) Überschüsse erzielt und somit nicht genügend Eigenkapital angespart werden. Dieses Kapitalpolster fehlt dann wiederum in Krisenzeiten und verhindert eine angemessene fiskalpolitische Reaktion zur Stabilisierung der Volkswirtschaft. Über die lange Frist gesehen wachsen die Einnahmen des Staates in etwa gleich schnell wie das BIP. Um auf keine strukturellen Probleme zuzusteuern, muss deshalb garantiert werden, dass auch das Ausgabenniveau langfristig nicht schneller ansteigt. Sonst öffnet sich die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben immer mehr; es kommt zu strukturellen Problemen.

Abb. 1 Verstetigung des Finanzhaushaltes über einen Konjunkturzyklus



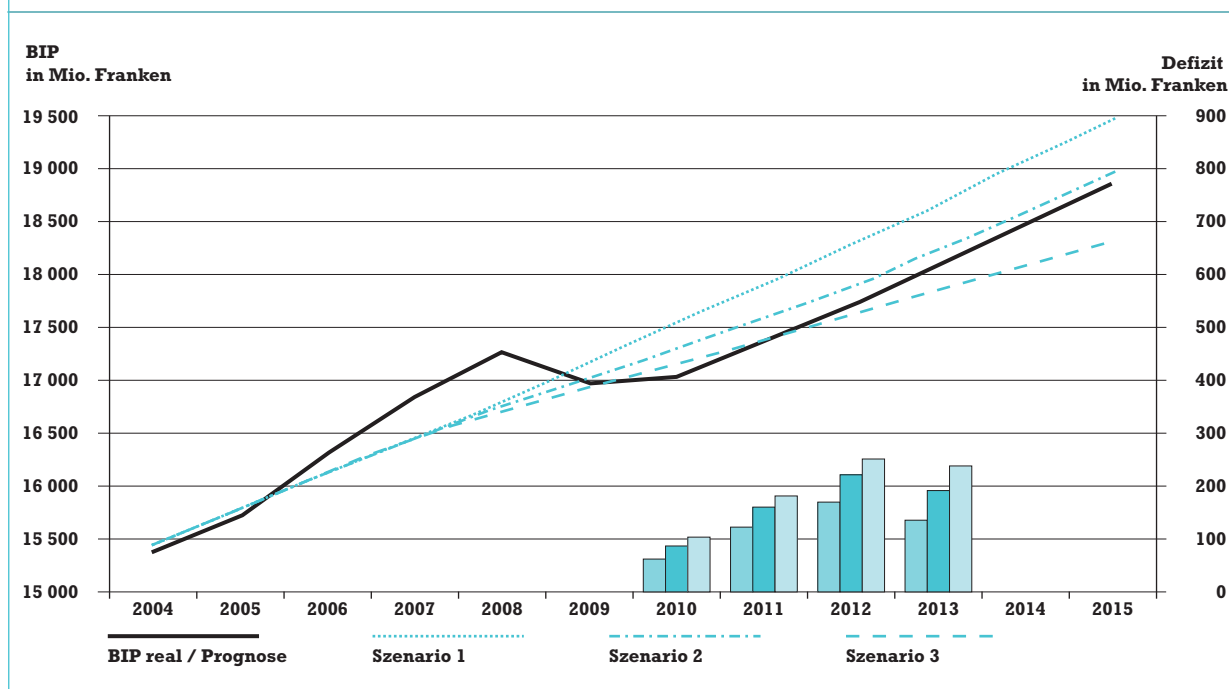
Szenarien für die Finanzplanperiode

In Anbetracht der Heftigkeit der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise drängt sich die Frage auf, inwieweit sich die aktuellen realwirtschaftlichen Entwicklungen langfristig auf die Struktur der Schweizer und Baselbieter Wirtschaft auswirken und damit auf die Einnahmen- und Ausgabenbasis des Kantons Basel-Landschaft. Um die potenziellen Rückwirkungen der Rezession auf den Entlastungsbedarf des Kantons besser abschätzen zu können, wurden mit dem Finanzhaushaltsmodell drei unterschiedliche Szenarien entwickelt. Diese drei Szenarien unterscheiden sich bezüglich der Annahmen, in welchem Umfang der langfristige Wachstumspfad des BIP BL durch die Finanzkrise beeinträchtigt wird.

Szenario 1 geht davon aus, dass der bisherige Wachstumspfad sich mit derselben Steigerung fortsetzen wird. Im mittleren Szenario, das die höchste Eintreffenswahrscheinlichkeit besitzt, wird angenommen, dass das Baselbieter Produktionspotenzial gegenüber dem vor der Krise beobachteten Pfad für die nächsten Jahre absinken wird. Im dritten (am wenigsten wahrscheinlichen) Szenario wird ein noch stärkeres Absinken des Baselbieter Produktionspotenzials angenommen.

Für eine Reduktion des langfristigen Wachstumspfades gibt es verschiedene Gründe: Einerseits ist diese Entwicklung eine Folge davon, dass die Baselbieter Unternehmen ihre Investitionen angesichts gesunkener Auftragseingänge und grosser Unsicherheiten über die zukünftige Entwicklung deutlich reduzieren werden. Damit steht in naher Zukunft kein zusätzlicher Bestand an Produktionsgütern (zum Beispiel Maschinen, Firmengebäude, Produktionsanlagen) zur Verfügung. Dieser Kapazitätsengpass kann dazu führen, dass es äusserst schwierig wird, die Produktion von Konsumgütern in den nächsten Jahren wesentlich zu steigern. Dieses Problem wird von einem zweiten Phänomen unterstützt: Vielen Branchen, die für das Baselbiet wichtige Wirtschaftssektoren sind (zum Beispiel Produzenten von Investitionsgütern und Zulieferfirmen der Automobilindustrie), fehlt es durch die Krise an Aufträgen aus aller Welt. Die Produktion ist durch diesen Rückgang der Nachfrage nicht mehr ausgelastet, Produktionsanlagen liegen brach. Da in naher Zukunft nicht mit einer starken Erholung in diesen Wirtschaftsbereichen gerechnet werden kann, wird ein Teil der Produktionsgüter für eine lange Zeit ungenutzt bleiben und damit unproduktiv werden.

Abb. 2 Szenarien für den langfristigen Wachstumspfad



Festzuhalten ist aber, dass der Kanton Basel-Landschaft von den möglichen Strukturveränderungen in Folge der Krise direkt eher weniger stark betroffen ist. Dies vor allem durch die krisenresistentere Wirtschaftsstruktur (zum Beispiel die hohe Bedeutung der von der Wirtschaftslage eher unabhängigen Pharmaindustrie). Über indirekte Wirkungen wird sich aber auch die Wirtschaft des Kantons Basel-Landschaft veränderten Rahmenbedingungen nicht entziehen können und muss damit rechnen, von Einbussen beim Produktionspotenzial nicht verschont zu bleiben.

Je nach angenommenem langfristigem Wachstumspfad fallen die konjunkturellen und strukturellen Defizite unterschiedlich hoch aus. Für die Finanzplanperiode wird angenommen, dass sich der Wachstumspfad leicht absenkt, was zu höheren strukturellen Defiziten als bei Szenario 1 (gleichbleibender langfristiger Wachstumspfad) führt.

Werden strukturelle Defizite nicht beseitigt, führen diese unweigerlich zu einer zusätzlichen Verschuldung. Schulden sind aus mindestens zwei Gründen unsozial und nicht nachhaltig. Einerseits belasten sie den Staatshaushalt zusätzlich durch den höheren Zinsendienst. Andererseits benachteiligen sie zukünftige Generationen, die diese Zinsenlast letztlich tragen und den hinterlassenen Schuldenberg am Ende mit ihren Steuern zurückbezahlen müssen. Oder anders ausgedrückt: Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen.

Investitionsrechnung

Investitionsniveau

Bei den Investitionsausgaben (Bruttoinvestitionen) ist eine Zunahme von ca. 129 Mio. Franken auf ca. 425 Mio. Franken budgetiert. Diese Entwicklung lässt sich vorwiegend durch folgende Abweichungen gegenüber dem Vorjahr begründen:

- Die geplante Übernahme der Sekundarschulbauten ins Eigentum des Kantons verursacht einmalig Investitionsausgaben von ca. 130 Mio. Franken.
- Entsprechend dem geplanten Baufortschritt nimmt die Jahrestranche der Investitionsausgaben für die H2 Pratteln – Liestal um ca. 40 Mio. Franken auf ca. 100 Mio. Franken zu.
- 2010 fallen keine Ausgaben für den Landerwerb der FHNW MuttENZ an, was gegenüber dem Vorjahr eine Verminderung der Investitionsausgaben von 25 Mio. Franken bedeutet.
- Für den Eggflue Tunnel fallen 2010 keine Ausgaben für die Tunnelsicherheit an (-12 Mio. Franken).

Da die Zunahme der Investitionseinnahmen mit ca. 59 Mio. Franken geringer ausfällt als diejenige bei den Investitionsausgaben, steigen die Nettoinvestitionen um ca. 70 Mio. Franken auf ein Niveau von 227.7 Mio. Franken an. Die Steigerung der Investitionseinnahmen ist vorwiegend auf die Entnahmen aus den Vorfinanzierungen zurückzuführen.

Im Investitionsbudget 2010 sind folgende spezialfinanzierten Projekte enthalten:

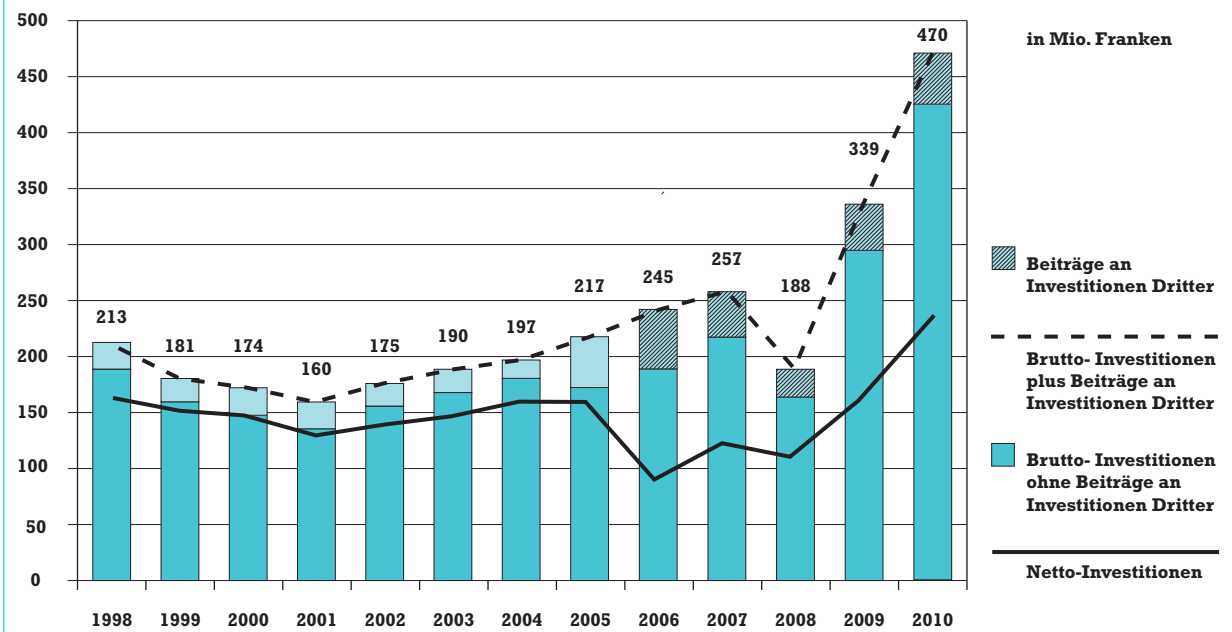
- H2 Pratteln – Liestal: Tranche 2010: 60 Mio. Franken spezialfinanziert durch Mehrerträge aus der Aufhebung des Verkehrssteuerrabatts. Die budgetierte Fondsentnahme entspricht dem voraussichtlich per 2010 zur Verfügung stehenden Fondsbestand und deckt die Investitionsausgaben nicht vollumfänglich ab. Es resultieren Nettoinvestitionen von ca. 40 Mio. Franken.
- UKBB Neubau: Tranche 2010: 26 Mio. Franken, spezialfinanziert aus dem Fonds zur Finanzierung von Projekten mit regionaler Bedeutung. Die Fondsentnahmen decken die Investitionsausgaben ab (Nettoinvestitionen = Null).
- FHNW HLS Campus MuttENZ: Tranche 2010: 1.8 Mio. Franken, spezialfinanziert aus dem Fonds Campus FHNW / Uni. Die Fondsentnahmen decken die Investitionsausgaben ab (Nettoinvestitionen = Null).
- Kantonsspital Bruderholz: 10.4 Mio. Franken spezialfinanziert aus dem Fonds zur Finanzierung Kantons-spital Bruderholz. Die Fondsentnahme deckt die durch den Beitrag des Kantons Basel-Stadt an das Geriatriezentrum nicht gedeckten Ausgaben ab (Nettoinvestitionen = Null).
- Übernahme der Sekundarschulbauten: 85 Mio. Franken; spezialfinanziert aus Schulbautenfonds. Der Fondsbestand reicht nicht aus, um den Übertrag der Schulbauten ins Eigentum des Kantons vollständig zu finanzieren. Es verbleiben Nettoinvestitionen von 45 Mio. Franken.

Für Wirtschaft und Gewerbe massgebend sind die Bruttoinvestitionen sowie die Beiträge an Investitionen Dritter (Investitionen im weiteren Sinne = Bruttoinvestitionen + Beiträge an Investitionen Dritter). Die in der Erfolgsrechnung verbuchten Beiträge an Investitionen Dritter bewegen sich mit 45 Mio. Franken auf dem Niveau des Vorjahres. Zusammen mit den Bruttoinvestitionen von 425 Mio. Franken aus der Investitionsrechnung belau-

Tabelle 3: Investitionen im weiteren Sinne

in Mio. Fr.	Rechnung 2008	Budget 2009	Budget 2010	Abweichung vom Vorjahr	
Nettoinvestitionen	110.5	157.7	227.7	70.0	44.4%
+ Investitionseinnahmen	52.9	138.8	197.8	58.9	42.4%
wovon aus Spezialfinanzierungen	26.6	128.3	183.2	54.9	42.8%
= Bruttoinvestitionen (Investitionsausgaben)	163.4	296.5	425.4	128.9	43.5%
+ Beiträge an Investitionen Dritter	24.9	42.0	45.0	3.0	7.1%
= Investitionen im weiteren Sinne	188.3	338.5	470.4	131.9	39.0%

Abb. 3 Entwicklung von Brutto-, Nettoinvestitionen und Beiträgen an Investitionen Dritter



fen sich die Investitionen im weiteren Sinne auf 470 Mio. Franken. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme von 132 Mio. Franken oder 39 Prozent (wobei die Eigentumsübertragung der Sekundarschulbauten an den Kanton zwar Investitionsausgaben im Umfang von 130 Mio. Franken verursacht, aber keine entsprechenden Aufträge an die Wirtschaft generiert). Die Investitionen im weiteren Sinne, welche in Wirtschaft und Gewerbe fließen, verbleiben daher in etwa auf dem gleich hohen Niveau wie im Vorjahr.

Im interkantonalen Vergleich zeigt sich, dass der Kanton Basel-Landschaft (Kanton und Gemeinden) relativ tiefe Pro-Kopf-Investitionsausgaben aufweist. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Niveau der Infrastrukturanlagen im Kanton Basel-Landschaft bereits hoch ist.

Der grosse Investitionsbedarf bei kantonalen und interkantonalen Projekten erfordert die Aufrechterhaltung des Investitionsniveaus. Die Verstetigung des Investitionsniveaus ist auch aus konjunkturpolitischer Sicht begrüssenswert.

Investitionsbudget 2010

Mit 212 Mio. Franken fällt ca. die Hälfte der gesamten Bruttoinvestitionen im Budget 2010 in den Bereich Hochbau. Damit hat eine Neuausrichtung der Schwerpunkte im Investitionsvolumen des Kantons stattgefunden, und zwar eine Verlagerung vom Tiefbau hin zum Hochbau. Das finanziell bedeutendste Projekt im Hochbau im Jahr 2010 ist die Übernahme der Sekundarschulbauten mit Bruttoinvestitionen von 130 Mio. Franken. Für den Neubau des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) sind 26 Mio. Franken budgetiert. Mit den Planungsarbeiten für die FHNW HLS und PH / HSA in Muttenz und für den Uni-Neubau Schällemätteli sind zwei weitere partnerschaftliche Vorhaben im Investitionsbudget berücksichtigt. Die wichtigsten Vorhaben für die Verwaltung selber sind der Umbau und die Sanierung des Kantonsmuseums sowie die Sanierung der Aussenhülle und der Neubau der Turnhalle beim Gymnasium Liestal. Mit der Aufstockung der Sammelpositionen für Um- und Ausbau von Gebäuden sowie budgetierten Mittel für die Instandsetzung der Sekundarschulbauten soll im Hochbau die nachhaltige Werterhaltung gewährleistet werden.

Für den Tiefbau sind im Budget 2010 Bruttoinvestitionen in der Höhe von ca. 151 Mio. Franken eingestellt. Das entspricht ca. 35 % des gesamten Investitionsvolumens. Das finanziell bedeutendste Projekt im Tiefbau im

Jahr 2010 ist die H2 Pratteln – Liestal mit einem Investitionsvolumen von nahezu 100 Mio. Franken. Die für die Erneuerung und den Ausbau von Kantonsstrassen sowie für den Betrieb und Erhalt von Hochleistungsstrassen eingestellten Budgetkredite wurden auf dem bisherigen Niveau gehalten resp. erhöht. Diese Mittel sind notwendig für einen nachhaltigen Erhalt der vorhandenen Bausubstanz.

Die Spitalbetriebe beanspruchen 10.5% oder 44 Mio. Franken der gesamten Bruttoinvestitionen. Wichtige Projekte sind die sicherheitsrelevanten Massnahmen Etappe 2 sowie die Sanierung und Erweiterung des Kantonsspitals Bruderholz inkl. Geriatriezentrum.

Abb. 4 Pro-Kopf-Investitionsausgaben Kanton und Gemeinden 2006/2007, (Fr. pro Kopf)

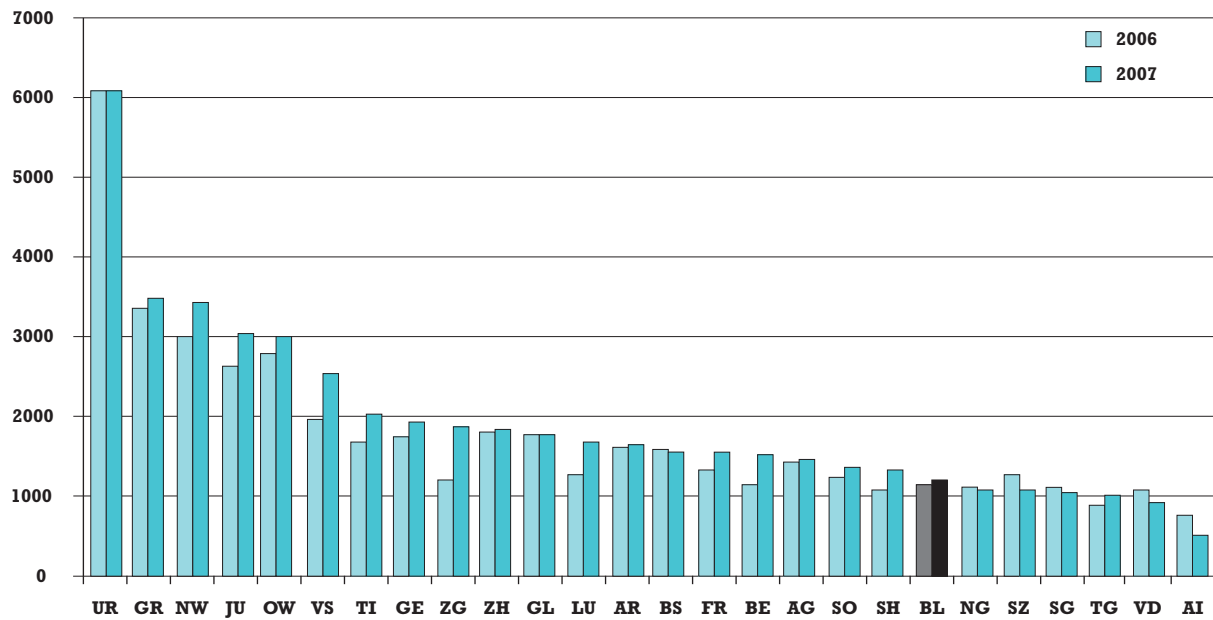
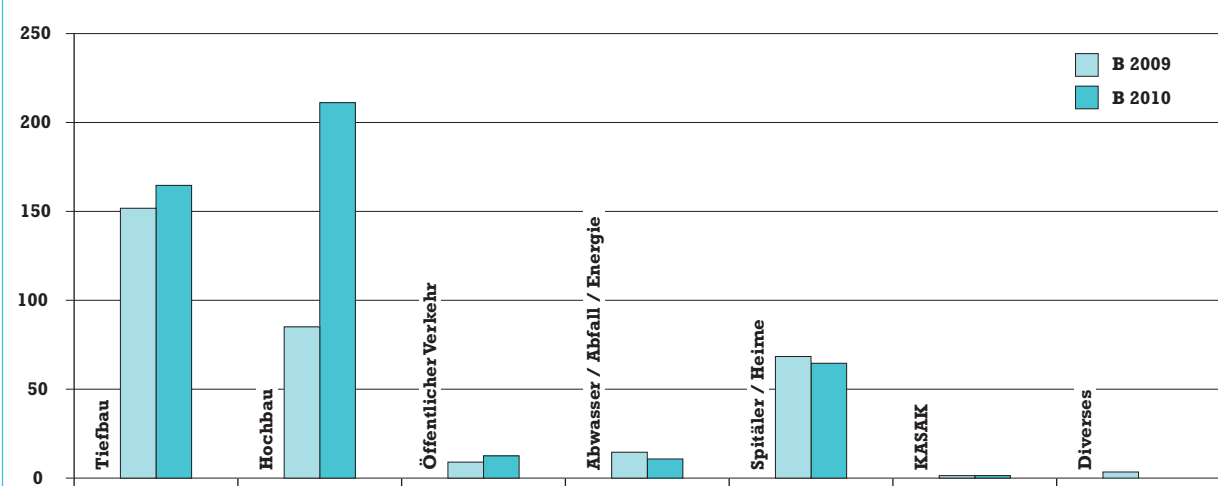


Abb. 5 Investitionen im weiteren Sinne nach Bereichen für die Budgetjahre 2009 / 2010 (in Mio. Franken)



Im Bereich Abwasser / Abfall / Energie betragen die Bruttoinvestitionen im Budget 2010 11.7 Mio. Franken. Das entspricht einem Anteil von 2.8%. Im Vordergrund stehen die Regenwasserbehandlung Region Birstal ARA und die Mischwasserbehandlung der Region Birstal. In der Erfolgsrechnung 2010 sind die folgenden Beiträge an Investitionen Dritter im Gesamtumfang von 45 Mio. Franken enthalten:

- Beiträge an Alters-und Pflegeheime 21.0 Mio.Franken
- Beiträge an Infrastrukturvorhaben beim öffentlichen Verkehr 15.0 Mio. Franken
- Beiträge an ÖV-Projekte 7.5 Mio. Franken
- Beiträge an KASAK 1.5 Mio. Franken

Tabelle 4: Überblick über die wichtigsten Investitionsprojekte (Investitionsausgaben in Mio. Franken)

Bereich	Projekt	Kredit	R 2008	B 2009	B 2010	F 2011	F 2012	F 2013
Tiefbau	H2 Pratteln – Liestal*	555	26.6	60.0	99.7	82.5	84.8	70.8
	Erneuerung Kantonsstrassen		10.8	15.0	15.0	15.0	15.0	15.0
	Ausbau Kantonsstrassen		8.0	9.0	9.0	9.0	9.0	9.0
	Erneuerungen kantonale Hochleistungsstrassen		2.7	7.0	10.0	10.0	10.0	15.0
	Allschwil, Umgestaltung Knoten Grabenring			3.0	3.3	0.5		
Hochbau	Übernahme Sekundarschulbauten*				130.0	10.0		
	UKBB Neubau (Anteil BL 1/2)*	80.9	15.1	27.7	26.0	1.0		
	Gym. Liestal Sanierung Aussenhülle	9.1	0.1	3.0	6.3	0.5		
	Gym. Liestal Turnhalle	9.5		0.9	4.7	4.7		
	Kantonsmuseum, Umbau und Sanierung	7.2	0.1	3.3	5.7			
	Muttenz FHNW HSL und PH/HSA*	240.0	0.4	0.6	4.0	5.4	25.2	70.8
	Basel, Uni-Neubau Schällemätteli (Anteil BL 1/2)	118.8		0.3	2.5	3.0	5.3	30.0
	Um- und Ausbau von Gebäuden		3.2	8.0	10.0	10.0	10.0	10.0
	Sekundarschulen, Instandsetzung und kleinere Investitionen				4.0	8.0	8.0	8.0
Spitäler	KS Bruderholz							
	Sicherheitsmassnahmen Etappe 2	18.0	3.8	8.0	5.0	2.0		
	KS Bruderholz Sanierung und Erweiterung und Geriatriezentrum	757.7	1.1	15.0	16.0	19.5	84.5	101.5
	Bauliche Massnahmen / Instandsetzung		6.2	18.9	13.2	5.8	12.8	9.9
	Maschinen / Apparate		3.9	8.8	3.2	7.5	0.2	
Abwasser Abfall	Regenwasserbehandlung Region Birsig	20.3	0.1	1.5	1.5			
	Mischwasserbehandlung Region Birstal	24.7	4.0	2.5	3.0	4.0	3.0	
ÖV	Allschwil BVB Linie 6		0.1	2.0	2.6	0.1		
	Ausbauten öffentlicher Verkehr		0.1	1.1	2.3	1.5	1.0	0.5

* Spezialfinanzierte Projekte

Investitionsprogramm 2010 – 2018

Das Investitionsprogramm wird mit einer rollenden Planung jährlich überarbeitet und prognostiziert die Investitionen über einen Zeitraum von 10 Jahren. Beim Investitionsprogramm handelt es sich wie beim Finanzplan um ein Planungsinstrument, das noch keine Priorisierungen der Vorhaben umfasst. Bei einem 10jährigen Planungshorizont werden die Unsicherheiten entsprechend noch grösser.

Im kantonseigenen Bereich sind im Investitionsprogramm (ab 2010) folgende grösseren Bauvorhaben enthalten:

- Bei den Sekundarschulbauten werden Instandsetzungsarbeiten und kleinere Investitionen ab 2011 jährlich mit 8 Mio. Franken zu Buche schlagen (Gesamtvolumen 68 Mio. Franken). Ab 2011 sind Neu- und Umbauten vorgesehen (Gesamtvolumen 55 Mio. Franken).
- FHNW, MuttENZ HLS: Gesamtvolumen 100 Mio. Franken (ab 2010).
- FHNW, MuttENZ PH / HSA: Gesamtvolumen 140 Mio. Franken (ab 2010).
- Neubau Verwaltungsgebäude Liestal: Gesamtvolumen 70 Mio. Franken (ab 2010).
- Strafjustizzentrum MuttENZ: Gesamtvolumen 73 Mio. Franken (ab 2011).
- Der Neubau des Kantonsspitals Bruderholz beläuft sich inkl. Geriatriezentrum auf rund 758 Mio. Franken, wobei das Geriatriezentrum zu 50%, d.h. mit 80 Mio. Franken durch den Kanton Basel-Stadt mitgetragen werden soll. Die Vorfinanzierungen im Umfang von 240 Mio. Franken reichen nicht aus, um den ganzen Neubau zu finanzieren.
- Kantonale Psychiatrische Dienste Haus B / Neubauten APD, PDA: Gesamtvolumen 92 Mio. Franken (ab 2010).

- H2, Pratteln – Liestal, laufend, verbleibendes Gesamtvolumen 2010 bis 2016: 392 Mio. Franken.
- H2, Gesamtkonzept Umfahrung Liestal (Gesamtvolumen von 190 Mio. Fr. ab 2018).
- Erneuerung und Ausbau Kantonsstrassen und kantonale Hochleistungsstrassen jährlich 34 Mio. Franken, Gesamtvolumen 306 Mio. Franken.
- Gymnasium Münchenstein Sanierung Gebäudehülle und Innenräume / Erweiterung: Gesamtvolumen 50 Mio. Franken (ab 2010).
- Augst Römerstadt Sammlungszentrum: Gesamtvolumen 33 Mio. Franken (ab 2010).

Weitere grosse Vorhaben sind im Rahmen der gemeinsamen Trägerschaft der Universität Basel geplant.

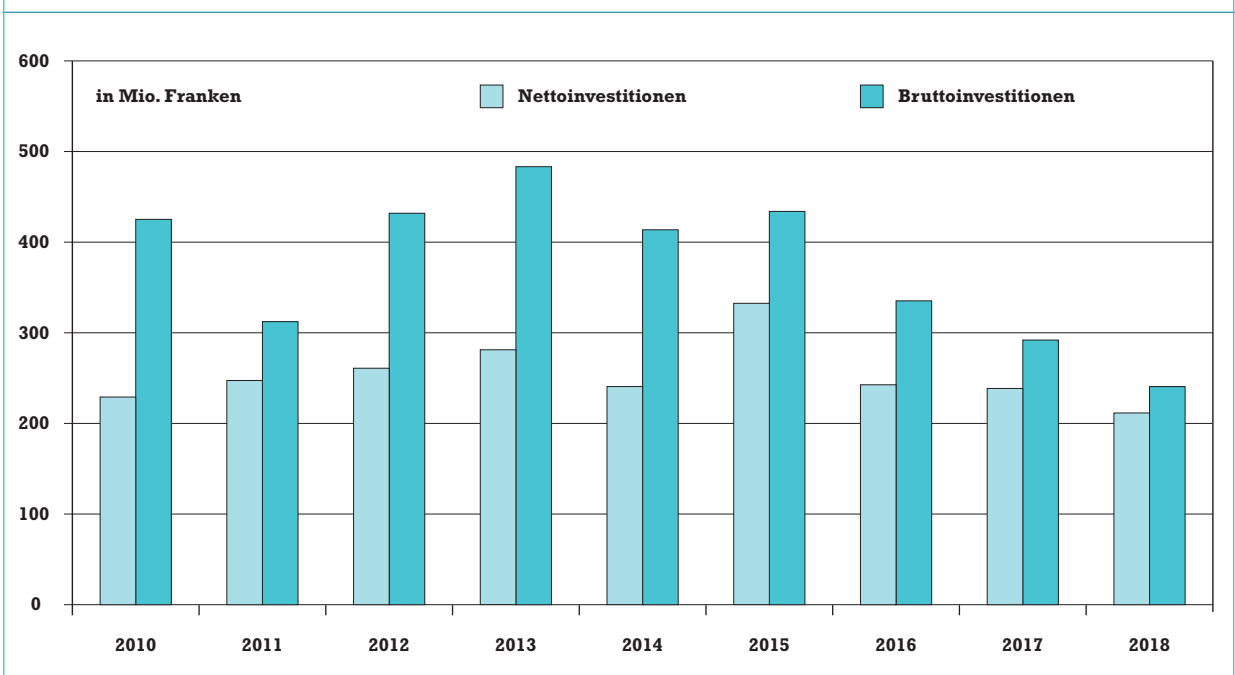
Das Investitionsprogramm zeigt, dass die Finanzierung der grossen Bauvorhaben im Zusammenhang mit der Universität Basel in den kommenden Jahren eine grosse Herausforderung darstellt. Für alle Baukosten der Universität Basel kommt der Kanton Basel-Landschaft jeweils für die Hälfte des Betrags auf, für die andere Hälfte kommt der Kanton Basel-Stadt auf. Für die Jahre 2010 bis 2018 sind folgende Bauvorhaben geplant:

Insgesamt sind im Investitionsprogramm für die Jahre 2010 – 2018 Bruttoinvestitionen von ca. 3.4 Mrd. Franken eingestellt. Die Nettoinvestitionen belaufen sich im selben Zeitraum auf ca. 2.3 Mrd. Franken.

Ein weiteres Ansteigen des Investitionsvolumens ist in Anbetracht des ansteigenden Kapitaldienstes finanziell nicht tragbar. Neubauten führen in der Regel immer zu höheren Betriebskosten, welche in der Finanzplanung nicht umfassend enthalten sind. Die im Investitionsprogramm angemeldeten Vorhaben können nicht alle im vorgesehenen Zeitrahmen realisiert werden. Bei einer Verstetigung des Nettoinvestitionsvolumens auf einem Niveau von 170 Mio. Franken sind in den kommenden neun Jahren, d.h. bis 2018, Nettoinvestitionen im Umfang von 1.53 Mrd. Franken finanzpolitisch tragbar.

Zeitspanne	Gesamtinvestitionen		Anteil Basel-Landschaft	
Neubau Schällemätteli	CHF	237 600 000.–	CHF	118 800 000.–
Neubau Volta	CHF	263 600 000.–	CHF	131 800 000.–
Weitere Neubauten	CHF	21 000 000.–	CHF	10 500 000.–
Total 2010–2018	CHF	522 200 000.–	CHF	261 100 000.–

Abb. 6 Brutto- und Nettoinvestitionen im Investitionsprogramm



9. Antrag

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, das Jahresprogramm 2010 des Regierungsrates zur Kenntnis zu nehmen.

Liestal, 8. September 2009

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident: **Urs Wüthrich-Pelloli**

Der Landschreiber: **Walter Mundschin**

Anhang 1: Überblick über die laufenden Gesetzgebungsarbeiten (Gesetze und Dekrete)

Legende

Nummer des Gesetzes (falls vorhanden)	Titel des Gesetzes Total- oder Teilrevision (bei Teilrevisionen mit Stichworten zum Bereich) <i>Stand der Bearbeitung des Gesetzes</i>	Federführende Stelle
--	--	----------------------

Finanz- und Kirchendirektion (FKD)

SGS 331	Steuergesetz Teilrevision; Reform der Vermögens- und Einkommenssteuer <i>Entwurf der Landratsvorlage</i>	Steuerverwaltung
–	E-Government Neues Gesetz <i>In Erarbeitung</i>	Generalsekretariat
SGS 834.3	Dekret über das Ruhegehalt der Mitglieder des Regierungsrates Totalrevision <i>In Erarbeitung</i>	Generalsekretariat
SGS 100, SGS 131, SGS 131.1 und SGS 310	Verfassung, Landratsgesetz, Geschäftsordnung des Landrates (Dekret) und Finanzhausaltsgesetz Teilrevision <i>In Erarbeitung im Rahmen der Optimierung der Planungsinstrumente und des Berichtswesens</i>	Generalsekretariat
–	Gesetz über die Elementarschadenprävention bei Gebäuden Neue Gesetzgebung <i>Vorlage an den Landrat Anfang 2010</i>	Generalsekretariat Stabstelle Gemeinden
SGS 180	Gemeindegesezt Teilrevision (Motion 2007/313, Praxisanpassungen) <i>Vorlage in die Vernehmlassung 2. Hälfte 2010</i>	Generalsekretariat Stabstelle Gemeinden
SGS 761	Feuerschutzgesetz Totalrevision <i>Erarbeitung der Vorlage in einer Arbeitsgruppe</i>	Generalsekretariat Stabstelle Gemeinden

SGS 150	Personalgesetz Teilrevision; § 19 ff Kündigungsbestimmungen <i>In Bearbeitung</i>	Personalamt
SGS 150.1	Dekret zum Personalgesetz Teilrevision; § 29 Erziehungszulage <i>In Bearbeitung</i>	Personalamt
SGS 150.1	Dekret zum Personalgesetz Teilrevision; § 6 Ferienanspruch <i>In Bearbeitung</i>	Personalamt

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD)

SGS 901	Gesundheitsgesetz Teilrevision im Zusammenhang mit den Änderungen des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) betreffend Spitalfinanzierung und Pflegefinanzierung. <i>Teilrevision wird noch in der 2. Jahreshälfte 2009 in die externe Vernehmlassung gegeben.</i>	Generalsekretariat
SGS 854	Gesetz über die Betreuung und Pflege im Alter Teilrevision im Zusammenhang mit der Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) betreffend Pflegefinanzierung. <i>Teilrevision wird noch in der 2. Jahreshälfte 2009 in die externe Vernehmlassung gegeben.</i>	Generalsekretariat
SGS 930	Spitalgesetz Teilrevision im Zusammenhang mit den Änderungen des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) betreffend Spitalfinanzierung <i>Teilrevision wird in der 1. Jahreshälfte 2010 in die externe Vernehmlassung gegeben.</i>	Generalsekretariat
SGS 547	Gesetz über die öffentlichen Ruhetage (Ruhetagsgesetz) Teilrevision <i>Externes Vernehmlassungsverfahren in der 2. Jahreshälfte 2009</i>	KIGA

Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD)

SGS 144.12	Dienstordnung der BUD Teilrevision aufgrund veränderter interner Organisation. <i>Pendent (Entwurf erarbeitet und BUD-intern im Mitbericht).</i>	Rechtsdienst BUD
SGS 400	Raumplanungs- und Baugesetz (RBG) Teilrevision: Anpassung an die IVHB (Interkantonale Vereinbarung zur Harmonisierung der Baubegriffe). <i>Pendent (Arbeitsgruppe zur Erarbeitung der Vorlage wird eingesetzt).</i>	Rechtsdienst BUD

SGS 400.11	Verordnung zum Raumplanungs- und Baugesetz Teilrevision: Anpassung an die IVHB <i>Pendent (Arbeitsgruppe zur Erarbeitung der Vorlage wird eingesetzt).</i>	Rechtsdienst BUD
SGS 425.11	Verordnung über die Gebühren für Baubewilligungen Teilrevision aufgrund der Motion 2008 / 233. <i>Pendent (Entwurf erarbeitet)</i>	Bauinspektorat
SGS 400	Raumplanungs- und Baugesetz (RBG) Teilrevision: Zulässigkeit von Windenergieanlagen im Landschaftsschutzgebieten <i>Technische Vorabklärungen im Gang; Im Jahr 2010 erfolgt der Dialog mit den Landschaftsschutzorganisationen und die Erarbeitung der Vorlage.</i>	Amt für Umweltschutz und Energie (AUE)
SGS 400	Bewilligung von Solaranlagen in Kernzonen Teilrevision aufgrund Motionen 2006 / 246, 2007 / 063, 2008 / 132. <i>Pendent (LRV in Vernehmlassung gewesen, Überarbeitung unter Einbezug des Verbands Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG)).</i>	Amt für Umweltschutz und Energie (AUE)
SGS 400	Festlegung für Standorte für Mobilfunkanlagen und Regelung für Standorte auf Dächern Teilrevision aufgrund Motionen 2004 / 115 und 2007 / 007. <i>Pendent (LRV in Vernehmlassung gewesen und nach Überarbeitung am 2. Juni 2009 an den Landrat überwiesen).</i>	Amt für Raumplanung (ARP)
SGS 480	Gesetz zur Förderung des öffentlichen Verkehrs Teilrevision zur Anpassung an Bundesrecht sowie zur Umsetzung der Behinderteninitiative. <i>Vorarbeiten teilweise abgeschlossen.</i>	Amt für Raumplanung (ARP)
SGS 490	Energiegesetz Teilrevision aufgrund der Energiestrategie und der damit verbundenen zahlreichen parlamentarischen Vorstösse. <i>Pendent (Auftrag zur Einsetzung einer Arbeitsgruppe ist erteilt, Arbeiten werden im Herbst 2009 aufgenommen).</i>	Amt für Umweltschutz und Energie (AUE)

Sicherheitsdirektion (SID)

SGS 162	Gesetz über die Information und den Datenschutz Teilrevision: Anpassung an übergeordnetes Recht und Einführung des Öffentlichkeitsprinzips. <i>Vorbereitung der Landratsvorlage.</i>	Generalsekretariat
SGS 545	Gesetz betreffend öffentliche Filmvorführung und Handel mit elektronischen Trägermedien Totalrevision (gemeinsames Gesetz mit Basel-Stadt). <i>Landratsvorlage</i>	Generalsekretariat
SGS 481.1	Verordnung (Dekret) zum Bundesgesetz über den Strassenverkehr Totalrevision <i>Vernehmlassungsvorlage</i>	Generalsekretariat

–	Gesetz über die Familienexterne Kinderbetreuung im Frühbereich Neues Gesetz <i>Vernehmlassungsvorlage</i>	Generalsekretariat
–	Einführungsgesetz zur Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung Neues Gesetz <i>Vernehmlassungsvorlage</i>	Generalsekretariat
–	Einführungsgesetz zur Schweizerischen Zivilprozessordnung Neues Gesetz <i>Vernehmlassungsvorlage</i>	Generalsekretariat

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD)

SGS 640	Bildungsgesetz Teilrevision (bedingt durch das Projekt Bildungsraum NWCH, den Beitritt zu HarmoS und das Konkordat Sonderpädagogik). <i>Entwurf bis 28. September 2009</i>	Projektleitung Bildungsraum, für Konkordat Sonderpädagogik: Fachstelle für Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe
SGS 640	Bildungsgesetz Teilrevision zur familienergänzenden Kinderbetreuung / Tagesstrukturen im Schulbereich. <i>Entwurf für den Steuerungsausschuss liegt vor; Entscheid RR im September / Oktober 2009.</i>	Fachstelle für Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe
SGS 640	Bildungsgesetz Anpassungen in Folge des Konzeptes Sonderpädagogik. <i>Konzept in Konsultation, Vorlage 1. Quartal 2010.</i>	Fachstelle für Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe in Koordination mit Amt für Volksschulen (Vorlage Förderangebote)
SGS 850 und evtl. SGS 833	Sozialhilfegesetz und evtl. Ergänzungsleistungsgesetz Noch offen, ob 2010 wirklich notwendig; hängt von der Genehmigung des Konzeptes Behindertenhilfe durch den Bundesrat ab (wahrscheinlich im Laufe des Jahres 2010). <i>Konzept Behindertenhilfe beschlussreif für Regierungen (RRB im November 2009).</i>	Fachstelle für Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe
–	Gesetz über die Massnahmen zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit Neues Gesetz <i>Vernehmlassung läuft bis 31. Oktober 2009</i>	Fachstelle für Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe
SGS 610 (neu)	Kultugesetz / Gesetz über die Förderung des kulturellen Lebens Neues Gesetz <i>Kommissionsberatung / Behandlung im Landrat</i>	Amt für Kultur / kulturelles.bl

Anhang 2 Übersicht über die sich in Vorbereitung und Bearbeitung befindlichen Landratsvorlagen

Legende

Nummer der Vorlage (falls vorhanden)	Titel der Vorlage <i>Stand der Bearbeitung der Vorlage</i>	Federführende Stelle
--------------------------------------	---	----------------------

Finanz- und Kirchendirektion (FKD)

–	Wettbewerbsfähige Anpassung des Vermögens- und Einkommenssteuertarifs <i>Entwurf der Landratsvorlage</i>	Steuerverwaltung
–	Totalrevision des Dekrets über das Ruhegehalt der Mitglieder des Regierungsrates <i>In Erarbeitung</i>	Generalsekretariat
–	Gesetzliche Grundlagen für E-Government <i>In Erarbeitung</i>	Generalsekretariat
–	Optimierung der Planungsinstrumente und des Berichtswesens <i>In Erarbeitung</i>	Generalsekretariat
2009 / 069	Änderung des Sozialhilfegesetzes (SHG) <i>In der Schlussphase</i>	Kantonales Sozialamt

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD)

–	Schlussbericht über den Vollzug des Gesetzes über die Reduktion der Regulierungsdichte und den Abbau der administrativen Belastungen für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU-Entlastungsgesetz) <i>Vorlage an den Landrat in der 1. Jahreshälfte 2010.</i>	Generalsekretariat
---	---	--------------------

–	Gesamtmelioration Wahlen: Ergänzung mit Bachausdolungen / Wasserbau <i>Mai 2010: Öffentliche Auflage des Generellen Projektes der Gesamtmelioration Wahlen. Nach der Bearbeitung möglicher Einsprachen: Erstellung der Landratsvorlage.</i>	Landwirtschaftliches Zentrum Ebenrain, Fachstelle Meliorationen (in Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt, Wasserbau, BUD)
–	Verpflichtungskredit «Bike-Konzept Blauen» <i>In Erarbeitung</i>	Amt für Wald
–	Kantonale Psychiatrische Dienste; Aufstockung des Büro- und Werkstattgebäudes (Haus C), Liestal, Verpflichtungskredit <i>Vorlage an den Landrat im 4. Quartal 2009.</i>	Kantonale Psychiatrische Dienste
–	Kantonale Psychiatrische Dienste; Sanierung und Erweiterung der Gebäude der Kantonalen Psychiatrischen Dienste am Standort Liestal <i>Vorlage an den Landrat im 4. Quartal 2009.</i>	Kantonale Psychiatrische Dienste
–	Bericht über die zukünftige Altersversorgung im Kanton Basel-Landschaft <i>Verschieden aus dem Jahr 2009; neu vorgesehen auf die 1. Jahreshälfte 2010.</i>	Generalsekretariat
–	Universitätskinderspital beider Basel (UKBB): Änderung des Kinderspitalvertrags § 14 betr. Liegenschaften <i>1. Jahreshälfte 2010</i>	Generalsekretariat

Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD)

–	Bottmingen – Oberwil, Lärmschutzmassnahmen und Sanierung der linksufrigen Kantonsstrasse <i>Baukreditvorlage in Ausarbeitung</i>	Tiefbauamt
–	BLT-Linie 10 / 17: Instandsetzung <i>Baukreditvorlage in Ausarbeitung</i>	Tiefbauamt
–	BLT-Linie 10, Birseck; Instandsetzung <i>Baukreditvorlage in Ausarbeitung</i>	Tiefbauamt
–	BLT-Linie 11, Birseck; Instandsetzung <i>Baukreditvorlage in Ausarbeitung</i>	Tiefbauamt
–	BLT-Linie 14, Erneuerung Tramgeleise 2. Etappe; 1. Teil <i>Noch nicht begonnen, warten auf Unterlagen der BVB.</i>	Tiefbauamt
–	Liestal WB-Haltestelle Altmarkt <i>Baukreditvorlage in Ausarbeitung</i>	Tiefbauamt
–	Liesberg; Gesamtplanung Eichhölzli <i>Projektierungskreditvorlage noch nicht begonnen.</i>	Tiefbauamt
–	Aesch; Anpassung Netz Kantonsstrassen <i>Vorlage zur Anpassung des Kantonalen Richtplans (KRIP) noch nicht begonnen.</i>	Tiefbauamt

–	WB, Erneuerung Fahrleitungen <i>Noch nicht begonnen.</i>	Tiefbauamt
–	Liestal, Übernahme Rosenstrasse / Militärstrasse <i>Projektierungskreditvorlage und Anpassung des KRIP noch nicht begonnen.</i>	Tiefbauamt
–	BLT-Linie 10 / 17: Ettingen – Flüh; Doppelspurausbau <i>Baukreditvorlage in Ausarbeitung</i>	Tiefbauamt
–	Lausen / Liestal, Sanierung / Umgestaltung Hauptstrasse – Altmarkt <i>Baukreditvorlage in Ausarbeitung</i>	Tiefbauamt
–	Busbahnhof Laufen <i>Baukreditvorlage noch nicht begonnen.</i>	Amt für Raumplanung / Tiefbauamt
–	Muttenz, Strafjustizzentrum Baukredit <i>In Bearbeitung</i>	Hochbauamt
–	Übernahme Sekundarschulen durch den Kanton <i>Geplante Bearbeitung</i>	Hochbauamt
–	Liestal, Neubau Verwaltungsgebäude, Projektierungskredit <i>Geplante Bearbeitung</i>	Hochbauamt
–	Liestal, Neubau Lagergebäude, Projektierungskredit <i>Geplante Bearbeitung</i>	Hochbauamt
–	Sammelvorlage Instandsetzung, Global-Baukredit Konto 2320.503.30-997 <i>Geplante Bearbeitung</i>	Hochbauamt
–	Muttenz, FHNW, Instandsetzungsarbeiten, Übergangslösungen, Baukredit <i>Geplante Bearbeitung</i>	Hochbauamt
–	Basel, Universität, Neubauten Volta, Anteil BL, Projektierungskredit <i>Kreditvorlage in Vorbereitung</i>	Basel-Stadt
2341.501.51-079	Ersatz Steuer- und Leitsystem ARA Birsig <i>Geht Mitte September 2009 in die Vernehmlassung.</i>	Amt für industrielle Betriebe, BA
2341.501.52-125	Sanierung Kanal Sissach <i>Geht Mitte September 2009 in die Vernehmlassung.</i>	Amt für industrielle Betriebe, PB
2341.501.51-063	Ausbau / Erhalt ARA Frenke 3 <i>Geht Ende 2010 in die Vernehmlassung.</i>	Amt für industrielle Betriebe, VT
2341.501.52-123	Ersatz Kanal Ormalingen <i>Geht Mitte 2010 in die Vernehmlassung.</i>	Amt für industrielle Betriebe, BA
–	Mischwasserbehandlung Region Birstal, Zusatzkredit <i>Geht Mitte 2010 in die Vernehmlassung.</i>	Amt für industrielle Betriebe, PB
–	Sanierung lokale Anlagen <i>Geht Ende 2010 in die Vernehmlassung.</i>	Amt für industrielle Betriebe, PB

–	Teilrevision des Gesetzes zur Förderung des öffentlichen Verkehrs <i>Vorarbeiten teilweise abgeschlossen.</i>	Amt für Raumplanung
–	Neobiota – Handeln jetzt! <i>Verwaltungsinterne Vernehmlassung</i>	Sicherheits- inspektorat (SIT)

Sicherheitsdirektion (SID)

–	Vorlage über die Zusammenarbeit der Ereignisdienste Basel-Landschaft (Polizei, Feuerwehr, Sanität) <i>Erstellung der Grundlagen</i>	Amt für Militär und Bevölkerungsschutz
---	---	---

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD)

–	Beitritt zum Konkordat Sonderpädagogik <i>Entwurf bis 28. September 2009 an die Projektleitung</i>	Generalsekretariat
–	Teilrevision Bildungsgesetz über familienergänzende Kinderbetreuung im Schulbereich <i>Entwurf an die Regierung im Herbst 2009</i>	Fachstelle für Son- derschulung, Jugend- und Behindertenhilfe
–	Gesetz über die Massnahmen zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit <i>In der Vernehmlassung bis 31. Oktober 2009</i>	Fachstelle für Son- derschulung, Jugend- und Behindertenhilfe
–	Anpassungen Bildungsgesetz in Folge des Konzeptes Sonderpädagogik <i>Konzept in Konsultation, Vorlage 1. Quartal 2010</i>	Fachstelle für Sonderschulung, Jugend- und Behin- dertenhilfe in Koordination mit dem Amt für Volksschulen (Vorlage Förderangebote)
–	Vereinbarung über die Beitragsleistung an Fahrten von Behinderten <i>Gemäss LRB vom 11. Juni 2009 muss für die Fortführung des Dienstes ab 2011 eine Neuregelung vorgelegt werden.</i>	Fachstelle für Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe, evtl. Übergabe des Geschäftes an die BUD
2002 / 283	Postulat «Finanzierung von stationären Platzierungen von Kindern und Jugendlichen sowie pädagogische Familienbegleitung» <i>Postulat wurde nicht vollständig abgeschrieben; wird im Zusammenhang mit den Arbeiten zum Konzept Jugendhilfe behandelt; Bericht an RR 1. Quartal 2010; daran anschliessend LRV.</i>	Fachstelle für Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe

–	Beantwortung des Postulats Nr. 2006 / 153 von Ruedi Brassel betr. Aufbau eines Kompetenzzentrums für die Begleitforschung zu den Life Sciences <i>Mit Vorlage 2008 / 268 erfüllt, Abschreibung am 11. Dezember 2008 vom Landrat abgelehnt. Beantwortung Anfang 2010 vorgesehen.</i>	Stabsstelle Hochschulen
2008 / 181	Beantwortung des Postulats 2007 / 202 betr. Überprüfung der Standorte der Universität Basel <i>LRB Nr. 489 vom 8. Mai 2008, Postulat überwiesen. Mit LRV 2008 / 267 Abschreibung beantragt, mit LRB Nr. 1020 vom 19. Februar 2009 und LRB Nr. 1245 vom 11. Juni 2009 abgelehnt. Beantwortung 2010 vorgesehen.</i>	Stabsstelle Hochschulen
–	Vorlage zur Motion 2007 / 227 betr. Standesinitiative zur Einsitznahme als Mitglied des Universitätskantons BL in die Schweizerische Universitätskonferenz <i>Vom Landrat überwiesen am 30. Oktober 2008. Beantwortung im Herbst 2009 vorgesehen.</i>	Stabsstelle Hochschulen
–	Postulat 2009 / 010 von Klaus Kirchmayr betr. Uni Basel und FHNW – Quelle neuer Unternehmen? <i>Schriftliche Beantwortung vorgesehen bis Ende 2009.</i>	Stabsstelle Hochschulen
–	Postulat 2009 / 088 der SVP-Fraktion betr. FHNW-Kostenexplosion: Massnahmen statt Nachtragskredite <i>Schriftliche Beantwortung vorgesehen für Herbst 2009.</i>	Stabsstelle Hochschulen
–	FHNW: Umgang mit den Reserven aus der FHBB <i>Fertigstellung per November 2009</i>	Stabsstelle Hochschulen
–	FHNW: Berichterstattung zum Leistungsauftrag für das Jahr 2009 (vierkantonal) <i>Nach Vorliegen der Jahresrechnung der FHNW; Fertigstellung April 2010.</i>	Stabsstelle Hochschulen
–	Universität: Leistungsbericht 2009 (partnerschaftliches Geschäft) <i>Nach Vorliegen der Jahresrechnung der Universität; Fertigstellung Mai 2010.</i>	Stabsstelle Hochschulen
pro memoria	Projektierungskredit für die Bauvorhaben der FHNW in MuttENZ <i>Fertigstellung per November 2009 vorgesehen.</i>	BUD / BKSD
pro memoria	Projektierungskredit für das Life Sciences-Gebäude der Universität auf dem Areal Volta / Dreirosen (partnerschaftliches Geschäft) <i>Fertigstellung 1./2. Quartal 2010 vorgesehen.</i>	BUD / BKSD
–	Inbetriebnahme des Sammlungszentrums Augusta Raurica: Sicherung der archäologischen Archivalien und Museums-Kulturgüter sowie Vorbereitungsarbeiten für den Umzug <i>In Vorbereitung</i>	Amt für Kultur / Römerstadt Augusta Raurica
2009 / 082	Römerstadt Augusta Raurica als UNESCO-Weltkulturerbe <i>Bericht BKSD vom 23. Juli 2009</i>	Amt für Kultur / Römerstadt Augusta Raurica
–	Inbetriebnahme des Sammlungszentrums der Hauptabteilung Archäologie und Museum. Sicherung der Archivalien und Museums-Kulturgüter und Vorbereitungsarbeiten für den Umzug <i>In Vorbereitung</i>	Amt für Kultur / Archäologie und Museum
–	Sicherung der Ruine Pfeffingen <i>In Vorbereitung</i>	Amt für Kultur / Archäologie und Museum

2009 / 165	Subventionserhöhung für Verein Kulturraum ROXY <i>Kommissionsberatung / Behandlung im Landrat</i>	Amt für Kultur / kulturelles.bl
2009 / 030	Gemeinsames Kulturkonzept BS / BL <i>Kommissionsberatung / Behandlung im Landrat</i>	Amt für Kultur / kulturelles.bl
–	Kulturpartnerschaftsverhandlungen BS / BL (TP4) Subvention Theater Basel <i>In Vorbereitung</i>	Amt für Kultur / kulturelles.bl
–	Bespielungskredit Römisches Theater Augusta Raurica <i>In Vorbereitung</i>	Amt für Kultur / kulturelles.bl
–	Projekt Zukunft WMS / HMS BL / BS (bikantonales Projekt BL / BS als Teilprojekt des Projektes Umsetzung des neuen Berufsbildungsgesetzes nBBG in BL / BS) <i>Projektstart ist erfolgt. Hintergrund: LRV ist nötig wegen der Neukonzeption des Praktikumsjahres im 4. Ausbildungsjahr, die zu Mehrausgaben führt. Die Neukonzeption der WMS ist wegen des neuen Berufsbildungsgesetzes nBBG unverzichtbar.</i>	Amt für Berufsbildung und Berufsberatung
–	Neubau des Ausbildungszentrums des Verbands der Basellandschaftlichen Elektroinstallationsfirmen (VBLEI) in Pratteln (ÜK-Zentrum) <i>Warten auf den Eingang des Beitragsgesuchs (und das Baugesuch)</i>	Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt der BUD)
–	Kantonales Sportanlagen-Konzept (KASAK 3) <i>Auftrag des Vorstehers BKSD Ende 2008 / 2009 erteilt, Eckwerte werden definiert, anschliessend Erstellung LRV.</i>	Sportamt
2007 / 231	Postulat von Karl Willimann vom 20. September 2007: Gezielte Förderung des Jugendsports! <i>LRV frühestens bis Oktober 2009 erstellt, Beratung im Jahr 2010.</i>	Sportamt
2007 / 315	Postulat von Martin Rüegg vom 13. Dezember 2007: Campus Sport für die Region <i>LRV frühestens 2010 erstellt, zurzeit unklare Situation.</i>	Sportamt
2008 / 068	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 13. März 2008: Entlastung der Schulen von unnötiger Bürokratie <i>Wird direkt zur Abschreibung beantragt, sobald traktandiert. Amt für Volksschulen liefert zusätzliches Argumentarium für Regierungs-präsident.</i>	Amt für Volksschulen

Landeskanzlei (LaKa)

–	Finanzierung IKRB, Oberrhein-sekretariat, Infobest Palmrain, TEB für die Jahre 2011 – 2014 <i>Gesuch um Finanzierung beim Kanton eingereicht.</i>	Landeskanzlei in Zusammenarbeit mit Regio Basiliensis, FKD, BUD
---	---	--